

## V. DIE VERWALTUNG VON STADT UND KREIS RASTENBURG

### *Die Reichsdienststellen*

#### 1. Die Post

nach C. Beckherra und anderen

C. Beckherra berichtet 1880 über die Anfänge der Post in Rastenburg, daß die Stadt unter dem Großen Kurfürsten in das Netz der Postcourse aufgenommen wurde, welches zu diesem Zeitpunkt begann, seine Fäden über das Herzogtum auszuspannen. Die erste Einrichtung bestand in der Dragonerpost, welche seit dem Verträge von Wehlau Königsberg mit Warschau verband und ihren Kurs über Rastenburg und Ortelsburg nahm. Auf jeder Station waren zuerst zwei, später vier Dragoner postiert, welche die Posttasche zu den Nebenstationen beförderten. Sie sollten nie einzeln, sondern nur zu zweien reiten, und zwar mit geladenem Gewehr, und die ihnen anvertraute Posttasche nicht anders als mit dem Leben von sich lassen. Diese Post sollte eigentlich nur zur Beförderung von Regierungsdepeschen dienen, wurde aber auch vom Publikum zur Übersendung von Briefen, Geld und kleinen Päckchen benutzt. Außerdem existierte hauptsächlich für den Briefverkehr der Ämter mit dem platten Lande seit 1661 die Ämter- oder Schulzenpost, mit welchem Namen die ziemlich regelmäßigen Gänge der Amtsboten (Schulzen und Packmore) bezeichnet wurden, welche neben der amtlichen auch einige Privatkorrespondenz beförderten. In Rastenburg unterhielt das Amt *drei Postreiter*, die die Briefe nach Lötzen, Rhein und nach Sehesten zu besorgen hatten. Durch diese Einrichtung waren die Städte Königsberg, Preußisch-Eylau, Bartenstein, Rastenburg, Schippenbeil, Lötzen, Lyck, Angerburg, Rhein und Johannisburg miteinander verbunden. Die Boten gingen wöchentlich einmal. Die notwendigen Postfahrten mußten die Bauern der Zinsdörfer verrichten. Unter König Friedrich Wilhelm I. wurde auch eine *Fahrpost* zunächst zwischen Königsberg und Rastenburg eingerichtet mit einem zweimaligen Gange in der Woche. Bei den Fahrposten kamen viersitzige mit drei Pferden bespannte Wagen zur Anwendung. Sie waren anfangs meist unbedeckt, ohne Federn, hatten ungepolsterte Sitze ohne Lehne und hinten eine Schoßkelle für das Gepäck. War diese gefüllt, so wurden auch noch Pakete, Futtersäcke usw. zwischen die Passagiere gepackt. Die Verbindung zwischen Rastenburg, Lyck, Johannisburg, Angerburg und Oletzko blieb einstweilen noch auf Reitposten mit einmaligem Gange in der Woche beschränkt. Dieser primitive Zustand ging nur sehr allmählich in einen vollkommeneren über, und erst die neuere Zeit konnte sich einer Anstalt erfreuen, welche allen Anforderungen genügte.

Bei vorliegender Ausarbeitung stand ein Original-Postfahrplan vom Jahre 1850 zur Verfügung. Er trägt den Titel „Post-Cours-Tableau pro 1850 für die Provinz Ostpreussen, genau nach den durch die neuesten Berichtigungen des Depart. Post-Insp.

Herrn Schilling geordneten Cours Regulierungen pro anno 1850 und nach dessen besonderer Anleitung angelegt, gezeichnet, mit hoher Erlaubnis herausgegeben und seinen vormaligen Collegen hochachtungsvoll gewidmet von C. Klingauf, Reg. Geometer in Königsb., lithographirt in d. Lith. Anst. v. Adolph Wilutzky“.

Nach diesem Fahrplan von 1850 war die offenbar wichtigste Verbindung von Rastenburg aus die mit Königsberg. Sie führte von Rastenburg über Langheim, Bartenstein, Preußisch-Eylau nach der Provinzhauptstadt. Die genannten Orte bildeten Zwischenstationen, davon Langheim eine mit kürzerem Aufenthalt. Es handelte sich im übrigen hier um eine Personenpost. Eine solche verband Rastenburg auch mit Sensburg, Lötzen und Drengfurt. Nach Rhein bestand nur eine Botenpost und nach Röfel und Barten eine Cariolpost.

Und nun die Abfahrts- und Ankunftszeiten: Von Rastenburg aus nach Königsberg konnte man täglich zweimal aufbrechen, und zwar morgens und abends, jeweils um 6 Uhr und man erreichte um 8.15 Uhr Langheim, wo es nach 10 Minuten Aufenthalt bereits weiterging in Richtung Bartenstein. In Bartenstein war vormittags eine Viertelstunde Aufenthalt, abends eine halbe Stunde und fünf Minuten.

Von Königsberg aus traf die Personenpost täglich um 4.30 morgens und um 5.40 Uhr am späten Nachmittag in Langheim ein. Von hier ging es morgens um 4.40 Uhr weiter, und man erreichte um 6.50 Uhr früh Rastenburg. Abends fuhr die Personenpost in Langheim um 5.50 Uhr ab und erreichte Rastenburg um 8.00 Uhr abends.

Die Verbindungen von Rastenburg aus nach den anderen Richtungen wurden in der Woche nur drei- bis viermal befahren. Die zweimal täglich befahrene Strecke von Königsberg aus fand in Rastenburg ihre Endstation.

Von Rastenburg aus nach Sensburg konnte man Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend um 8 Uhr morgens aufbrechen und kam mittags um 12 Uhr in Sensburg an. Von Sensburg aus nach Rastenburg zurück konnte man um 12.30 Uhr nachmittags aufbrechen und kam am späten Nachmittag um 4.30 Uhr in Rastenburg an. Unterwegs gab es keine Zwischenstation. Diese Verbindung bestand Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag.

Die Verbindung von Rastenburg nach Lötzen mit der Personenpost bestand nur dreimal in der Woche, montags, mittwochs und freitags; man fuhr um 7.30 Uhr früh los und kam mittags um 12.30 Uhr in Lötzen an. Von Lötzen aus konnte man Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach Rastenburg fahren. Um 12.45 Uhr nachmittags ging es in Lötzen ab und man erreichte um 4.30 Uhr nachmittags Rastenburg.

Eine weitere Verbindung mit der Personenpost bestand nach Drengfurt. Sonntag, Dienstag und Donnerstag konnte man von Rastenburg aus um 8.15 Uhr früh aufbrechen und kam um 11.30 Uhr vormittags in Drengfurt an. Die Rückfahrt von Drengfurt konnte man Montag, Mittwoch und Freitag um 1.45 Uhr nachmittags antreten und kam um 5 Uhr nachmittags in Rastenburg an.

Verbindung mit Barten durch die Cariolpost bestand von Rastenburg aus Sonntag, Dienstag und Donnerstag. Abfahrt in Rastenburg um 8.30 Uhr früh. Ankunft in Barten um 11.45 Uhr vormittags. Rückfahrt von Barten nach Rastenburg Montag, Mittwoch und Freitag. Abfahrt in Barten um 12.45 Uhr nachmittags. Ankunft in Rastenburg um 4 Uhr nachmittags.

Verbindung von Rastenburg nach Rößel bestand viermal in der Woche, und zwar Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag. Man fuhr um 9 Uhr abends in Rastenburg los und erreichte Rößel um 11.30 Uhr abends. Die Rückfahrt von Rößel nach Rastenburg konnte man Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag antreten. Um 1.45 Uhr früh ging es von Rößel ab und um 4.30 Uhr früh kam man in Rastenburg an.

Von Rastenburg nach Rhein bestand nur eine Botenpost. Sie ging Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von Rastenburg um 8.30 Uhr früh ab und kam um 11.15 Uhr vormittags in Rhein an. Zurück ging sie Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend um 2 Uhr nachmittags und erreichte Rastenburg um 5 Uhr abends.

Auffällig ist, daß Drengfurt und Barten keine Postverbindung miteinander hatten. Zwischen Barten und Langheim gab es nur eine Botenpost, von Barten nach Gerdauen eine Cariolpost. Von Drengfurt aus bestand eine Personenpost nach Angerburg und Botenpost nach Nordenburg. Weitere Verbindungen mit Orten aus dem Kreisgebiet gab es nicht.

Daß Rastenburg eine wichtige Poststation auch später blieb, zeigt die Notiz im Rastenburger Stadtführer von 1903, daß das „Kaiserliche Post- und Telegraphenamt“ ein in rohen Backsteinen ausgeführter imposanter Bau sei.

Einen besonderen Akzent erhielt die Postgeschichte in dem erst spät zur Blüte kommenden Korschen, wo von Holder-Egger zwischen 1867 und 1870 eine Posthalterei eingerichtet wurde. Diese war nun nicht nach der Kreisstadt Rastenburg orientiert, sondern nach Rößel, wo sie dem dortigen Postamt unterstand. Das Postgebäude in Korschen wurde 1914 von den Russen abgebrannt; später wieder in Stand gesetzt, diente es nur noch dem Bahnpostverkehr, während ein neues Postgebäude am „schwarzen Weg“ entstand, der nun den Namen „Poststraße“ erhielt.

## 2. Die Eisenbahn

nach verschiedenen Quellen

Die Entwicklung der ostpreußischen Eisenbahn hat im Kreise Rastenburg ihren besonderen Höhepunkt in der Schaffung des Eisenbahnknotenpunktes Korschen. Wir haben daher im Rahmen der Geschichte von Korschen bereits eingehend die Entwicklung der Eisenbahn im Kreise Rastenburg behandelt: Die erste Stufe der Eisenbahnerschließung durch den Bau der Ostbahn (Ost-West-Verbindung) und die zweite Stufe durch den Bau der Ostpreußischen Südbahn (Nord-Süd-Verbindung), die von Königsberg aus in Angriff genommen, sich allmählich der Kreisstadt Rastenburg näherte und im Jahre 1867 dem Verkehr übergeben wurde. Der Weiterbau dieser Bahn nach dem Grenzorte Prostken erfolgte im Jahre darauf. Die 3. Stufe der Erschließung des Kreisgebietes durch die Eisenbahn war die Anlegung von Kleinbahnen. So kam es 1897 zur Herstellung von Kleinbahnverbindungen mit den Städten Sensburg, Barten und Drengfurt und nach 1903 zur Anlegung der Eisenbahnlinie von Angerburg über Rastenburg und Rößel nach Bischdorf. Bereits 1903 gingen täglich in Richtung über Korschen nach Berlin, Königsberg und Insterburg

5 Züge, ebensoviel nach Lötzen, bzw. Lyck, während je 2 Züge die Reisenden nach Barten, Drengfurt oder Sensburg befördern. Eine Beförderung von Reisenden mit der Post fand 1903 nach keiner Richtung hin mehr statt.

Waren zumindest nach den jüngsten Verhältnissen vor 1945 die Reichsbahnhöfe in Korschen und Rastenburg Reichsdienststellen und die Angestellten der Eisenbahn Angestellte einer Reichsbehörde, so gab es als letzten Rest der privaten Eisenbahngeschichte eine Ostpreußische Kleinbahnen-Aktiengesellschaft, zu welcher auch die Rastenburger Kleinbahnen gehörten. Nach dem 1. Weltkrieg aber gab es eine stark ins Defizit gehende Entwicklung. So mußte die Hauptverwaltung der Kreiskommunalverwaltung unterstützend eingreifen, und wir finden die „Rastenburger Kleinbahnen“ in den Verwaltungsberichten als jedes Jahr wiederkehrenden Posten. Im Wirtschaftsjahr 1928/29 mußte der Kreis einen Zuschuß von 15 100 RM an die Rastenburger Kleinbahnen geben. Im Wirtschaftsjahr 1929/30 ermäßigte sich dieser Zuschuß auf 11 700 Reichsmark.

Im Berichtsjahr 1930/31 führte die weiter zunehmende katastrophale Wirtschaftslage bei der Ostpreußischen Kleinbahn-Aktiengesellschaft zu einem Verlust von 561 619,77 Reichsmark. Der Verlust im Wirtschaftsjahr 1929/30 hatte 186 999,70 RM betragen. Auf Beschluß der Generalversammlung der Ostpr. Kleinbahnaktiengesellschaft vom 18. Dezember 1931 ist der Fehlbetrag des Jahres 1930/31 auf neue Rechnung vorgetragen und nicht, wie in den Vorjahren, auf die einzelnen Aktionäre mitverteilt worden. Die Rastenburger Kreiskommunalverwaltung ist nach ihrem Jahresbericht von 1931 nicht in der Lage gewesen, den auf sie entfallenden Fehlbetrag aus den Wirtschaftsjahren 1928/1929 und 1929/1930 in Höhe von 15 100 RM und 11 700 RM zu zahlen. Die gleiche Erklärung wird 1932 wiederholt. Im Wirtschaftsjahr 1931/32 schloß die Ostpr. Kleinbahnen-Aktiengesellschaft mit einem Verlust von 315 279,55 RM ab. Der Verlustbetrag wurde wiederum auf neue Rechnung vorgetragen. Im Wirtschaftsjahr 1932/33 hatte sich der Verlust der Gesellschaft auf 91 670,39 RM reduziert. Der Fehlbetrag ging auch jetzt auf die Rechnung des folgenden Jahres über. Über die Beteiligung der Kreiskommunalverwaltung an der Schuldentilgung ist im Jahresbericht von 1933 nichts mehr erwähnt. Es wird lediglich über den Ausbau einer neuen Kleinbahnlinie berichtet:

Die Schlußvermessungsarbeiten für den Grunderwerb zum Ausbau der Kleinbahn von Barten über Meistersfelde nach Gerdauen innerhalb der Gemarkungen Barten und Meistersfelde sind im Jahre 1933 zu Ende geführt worden, so daß nunmehr die Auflassung der Grundstücke an die Ostpr. Kleinbahnen-Aktiengesellschaft veranlaßt werden kann.

Im Jahresbericht der Rastenburger Kommunalverwaltung von 1934 wird das Kapital Kleinbahnen weggelassen, es erscheint aber 1935 erneut, und es heißt nur kurz, daß die Ostpr. Kleinbahnen-Aktiengesellschaft im Geschäftsjahr 1934/35 mit einem Verlust von 20 829,03 RM abgeschlossen habe. Von dem 1933 angesprochenen Bauprojekt ist keine Rede mehr.

Im Geschäftsjahr 1935/36 schloß die Ostpr. Kleinbahnen-Aktiengesellschaft mit einem Verlust von 88 192,95 RM ab.

Im Geschäftsjahr 1936/37 betrug der Verlust 90 350,31 Reichsmark.

Im Geschäftsjahr 1937/38 endlich besserte sich die Situation ganz entscheidend. Unter Einrechnung eines Zuschusses des Landesdirektoriums des Memelgebietes er-

zielte die Gesellschaft einen Überschuß von 84 661,53 RM, wodurch sich der Verlust-Vortrag des Vorjahres von 90 350,31 RM auf 5 685,78 RM verminderte.

Ob später noch eine gänzliche Tilgung der Schulden möglich wurde, läßt sich nicht sagen, da keine weiteren Unterlagen zugänglich sind. Etwas zur Schuldentilgung dürfte der Ausbau des Kraftfahrliennetzes der Eisenbahn beigetragen haben. Im kommunalen Verwaltungsbericht des Kreises Rastenburg von 1938 heißt es, daß das Kraftfahrliennetz 1938 um die Linien Rastenburg—Barten und Rastenburg—Drengfurth vergrößert worden ist.

### 3. Die Garnison

von Dr. phil. Rudolf Grenz

Die früheste Garnison der Nachordenszeit, die uns Beckherrn in seiner Rastenburg-Chronik von 1881 für die Kreisstadt erwähnt, waren die Molli'schen Soldaten, die im Jahre 1659 hier standen (lt. Notiz in der Schaffer'schen Stadtchronik von Rastenburg). Für das Jahr 1660 werden die Soldaten des Obristen Hundebek und die des Obristen Eylburg in Rastenburg erwähnt. 1779 stand eine Abteilung des Garnison-Regiments v. Hallmann in Rastenburg.

Die zweite Teilung Polens 1793 und die im folgenden Jahre ausbrechende polnische Revolution hatte für unsere Stadt zur Folge, daß sie einige Jahre ohne Garnison blieb, die bis zum April 1793 das Depotbataillon des Infanterie-Regiments von Hansen gebildet hatte.

Erst am 27. Mai 1796 rückte das 1. Bataillon des genannten Regiments aus Polen hier wieder ein und es wurde ihm ein festlicher Empfang bereitet. 1799 aber wurde es wieder nach Braunsberg verlegt und durch das 1. Bataillon des Regiments von Reinhard ersetzt. Die bisherige Garnison verlor die Stadt sehr ungern, denn sie betrug sich musterhaft und hatte auch aus dem polnischen Feldzuge viel Geld mitgebracht. Die Offiziere hatten auf der Vorstadt viele Häuser gekauft und ausbauen lassen, was diesem Stadtteil zu großem Vorteil gereichte.

Die Versammlung der preußischen Armee in Thüringen zum Kriege gegen Napoleon entzog im Jahre 1806 im September der Stadt wieder die Garnison, die nach Thorn und Danzig ausmarschierte.

Vom September 1807 bis zum Dezember 1808 hatte die Stadt als Garnison das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments von Reinhard und vom Januar 1809 bis Februar 1812 zwei Kompanien vom 1. und vom 2. Infanterie-Regiment.

Nach der „Franzosenzeit“ gab es ab 15. Februar 1815 in Rastenburg wieder eine Garnison, und zwar das 2. Bataillon des 13. Infanterie-Regiments, von dem aber zwei Kompanien nach Rössel abrückten. Am 10. Juli marschierte dieses Bataillon wieder nach Königsberg und wurde darauf das ganze Regiment nach Münster, Soest und Wesel verlegt.

Am 13. Dezember 1817 rückte dann das Ostpreußische Jägerbataillon als Garnison in die Stadt, in der es bis zum 20. September 1848 verblieb. Die „Preußischen Provinzial-Blätter“ von 1830 berichten, daß auch damals schon Soldaten zu Einsätzen kamen, die nicht immer etwas mit der soldatischen Aufgabe zu tun hatten.

In dem „Berichte aus dem Regierungsbezirke Gumbinnen für den Monat Februar 1830“ wird auch eine Übersicht gegeben über „Unglücksfälle, Selbstmorde, Verbrechen und Feuersbrünste“. Da heißt es: „1 Person wurde meuchelmörderisch getötet.“

Der Todesfall betraf den zum Forstschutz beorderten Jäger von der Jägerabteilung zu Rastenburg, Namens Wulff. Derselbe wurde am 13. Februar Abends, als er im Begriff war, Holzdieben in der Schneken'schen Forst nachzuspüren, von 8 mit Knütteln bewaffneten Leuten im Walde angefallen und dergestalt mißhandelt, daß er den folgenden Morgen an den erhaltenen Kopfwunden starb. Sieben der Tat verdächtigen Personen sind bereits verhaftet und vor Gericht gestellt, auch haben 5 davon das Bekenntniß ihrer Schuld bereits abgelegt . . .

Diese betäubende Ereignisse sind durchaus nicht von den Forstbeamten herbeigeführt, sondern nur aus Rache und aus dem Bestreben der ganz entarteten Einsaßen, sich von einer ihnen lästigen Aufsicht zu befreien, entsprungen; denn die Forstverwaltung hat theils durch Einführung der Heidemiehe, mittelst welcher sich die ärmeren Einsaßen für wenige Silberroschen das nöthige Brennmaterial den ganzen Winter hindurch beschaffen können, theils durch die mit Genehmigung des Finanz-Ministeriums in Berücksichtigung des strengen Winters schon früher nachgelassene Anordnung, wornach die ärmeren Einsaßen die geringen Holz-Sortimente in kleinen Quantitäten für wenige Pfennige erhalten können, alles Mögliche gethan, um die Bedingungen der physischen Existenz nicht mit der Befolgung der Forstgesetze in Conflict zu bringen. Es handelt sich hier aber nicht um die Beschaffung des unentbehrlichen Brennmaterials, sondern um die Abstellung von Mißbräuchen, mittelst deren die Einsaßen hier aus dem Diebstahl des Holzes, vorzüglich des Bauholzes und aus dem Handel damit, ein Gewerbe machen. Diesem Unfuge kann jedoch nur durch Energie und Consequenz bei Handhabung des Forstschutzes gesteuert werden, wobei freilich so lange der zunehmenden Frechheit der Holzdiebe nicht mit mehr Nachdruck begegnet werden kann, das Leben der Forstaufsichts-Beamten fürs Erste noch oft bedrohet werden dürfte. Inzwischen ist bereits darauf Bedacht genommen, das Forstschutz-Personal durch Jäger-Commandos zu verstärken.“

Nach den Jägern stand noch einmal vom 30. September 1848 bis zum 4. April 1849 eine Kompanie des 1. Infanterie-Regiments hier; und von da ab war Rastenburg ohne Garnison.

Gegen Ende des Jahres 1830 brach in Polen eine Revolution aus, welche zur Folge hatte, daß von preußischer Seite die Grenze gegen Polen mit Truppen besetzt wurde. Zu diesem Zweck rückte auch am 4. Dezember die Garnison Rastenburgs nach Ortelsburg in Cantonierung ab. Die russischen Truppen in Polen flüchteten und traten zum Theil nach Preußen über. Eine Escadron Kosaken war am 27. und 28. Dezember in Rastenburg einquartiert, wohin auch die Garnison am 5. Januar 1831 wieder zurückkehrte.

Nach dem Stadtführer von Rastenburg vom Jahre 1903 stand das Jäger-Bataillon bereits seit 1816 in Rastenburg. Die Mannschaften waren in Bürgerquartieren untergebracht.

Seit dem 1. Oktober 1898 hatte Rastenburg erneut Garnison erhalten: Das Infanterie-Regiment König Friedrich der Große (3. Ostpreußisches) Nr. 4, das älteste, 1626 gegründete Regiment der preußischen Armee, das unter der Führung des Obersten von Linsingen aus Allenstein, wo es längere Zeit gelegen hatte, hierher

verlegt worden war. Es war dies das zweite Mal, daß Rastenburg eine stehende Garnison erhielt (die 1. stehende Garnison war das Jäger-Bataillon gewesen!), deren Soldaten jetzt aber nicht mehr in Bürgerquartiere kamen, sondern man hatte für die neue Garnison mit einem Kostenaufwande von über 3 Millionen Mark ein besonderes Kasernement errichtet. Es lag auf der Westseite der Stadt, in einer Entfernung von etwa 2 Kilometern auf Carlsberger Gelände an der Königsberger Chaussee.

Im Jahre 1903 wird im Rastenburger Stadtführer die Klage erhoben, daß die Garnison auf den Geschäftsverkehr in und um Rastenburg keinen besonders günstigen Einfluß ausübe und daß manche Hoffnung auf ein schnelleres Emporblühen der Stadt, das man an die Garnison geknüpft habe, vernichtet sei. Gleichwohl habe sich die Stadt in den letzten Jahren äußerlich zum Vorteil entwickelt.

Da aber Rastenburg, wie Modricker notiert, außerdem einen Brigadestab und ein Bezirkskommando erhielt, wozu im Dezember 1912 noch eine Abteilung und der Stab des 82. Feldartillerieregiments kamen, wurde die Kreisstadt eine ausgesprochene Garnisonstadt.

Über den Mobilmachungstag, am 1. August 1914, überliefert E. Anker, daß in Rastenburg die schicksalhafte Bekanntmachung des Mobilmachungsbefehls einem Offizier des 4. Grenadier-Regiments (= Infanterie-Regiments) zufiel, der von einem Hornisten und einem Tambour begleitet auf dem Neuen Markt erschien. Ein helles Hornsignal schallte über den Platz, danach ein dumpfer Trommelwirbel: der Offizier bestieg einen herbeigeschafften Tisch und verlas mit lauter Stimme den Mobilmachungsbefehl. Teile der Rastenburger Garnison waren bereits am 31. Juli 1914 ausgerückt, um die Grenzbewohner im Johannsburger und Neidenburger Raum vor Übergriffen feindlicher Patrouillen zu schützen.

War bei Kriegsausbruch allenthalben großer Jubel gewesen, so schlug die Stimmung doch bald um. Die harten Kämpfe brachten manchen Verlust. Auch der Kommandeur des 4. Grenadier-Regiments, Oberst Stern, ließ sein Leben im Oktober 1914 bei den ersten Kämpfen auf russischem Boden. Die Stadt Rastenburg übermittelte dem Regiment ein Beileidstelegramm (vgl. die nähere Berichterstattung in dem Abschnitt „Der Kreis Rastenburg in den ersten Monaten des 1. Weltkrieges im Spiegel der ostpreußischen Tagespresse“). Später erfuhr das Regiment zahlreiche Unterstützungsaktionen durch die Stadt Rastenburg, und zwar nicht nur durch Liebesgaben-Sendungen, sondern auch durch Stiftung von Kleidungsstücken; auch wurden die Wollsachen des Regiments regelmäßig von der Front zur Reinigung nach Rastenburg geschickt.

Nach dem traurigen Kriegsende von 1918 hörte das Grenadier-Regiment Nr. 4 auf zu existieren, aber seine Tradition lebte im 100 000-Mann-Heer fort. Sie wurde von einem Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 2, das jetzt in Rastenburg stationiert war, bis 1945 gepflegt. In unserer Heimatstadt Rastenburg wurde 1926 vor dem Schloß ein Denkmal zur Erinnerung an die 4. Grenadiere errichtet. Auf der Schauseite war FR als Namenszug Friedrichs des Großen mit der Königskrone angebracht. Darunter die Jahreszahl: 1626—1926. Auf dem Zwischensockel die Inschrift: „Grenadier-Regiment König Friedrich der Große (3. Ostpr.) Nr. 4.“

Eine weitere Ehrung erfuhr das Regiment an dem Kreisehnenmal, das für die Gefallenen des 1. Weltkrieges angelegt worden war. Auf zwei Pfeilern des Denkmals

waren Gedenksteine für die beiden Rastenburger Regimenter angebracht, für das kurz vor 1914 neu gegründete Feld-Artillerieregiment Nr. 82 und für unsere 4. Grenadiere. Die Gedenktafel zierte das alte Wappen derer von Kracht; denn der Obrist Hillebrand von Kracht hatte 1626, im Dreißigjährigen Kriege, auf Veranlassung des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg das Regiment gegründet. Entworfen war der Bau von dem Bremer Architekten Stoffregen, aufgeführt von der Firma Modricker/Rastenburg. Eingeweiht wurde es am 300jährigen Jubiläumstage des Grenadier-Regiments am 1. Mai 1926 unter großer Beteiligung der Bevölkerung aus Stadt, Kreis, Provinz und Reich. Die Polen haben das Denkmal nach 1945 beseitigt.

Nach der Vertreibung von 1945 ist die Traditionspflege des 4. Grenadier-Regiments in der Patenstadt des Kreises Rastenburg, Wesel, neu aufgelebt. Darüber berichtet in Wort und Bild der Heimatbrief der Rastenburger „Rund um die Rastenburg“, Nr. 3 vom Dezember 1969:

Die Tradition lebt weiter

Ehnenmal für Preußens ältestes Regiment in Wesel neu entstanden.

Wie bereits in der zweiten Ausgabe dieser Zeitschrift kurz berichtet, fand am 3. Mai 1969 in Wesel-Hamminkeln vor der Schill-Kaserne die feierliche Enthüllung eines von Steinmetzmeister Paul Matberg geschaffenen Erinnerungsmals statt . . .

Vor einem guten Jahrzehnt, als der Kreis Rees und die Stadt Wesel die Patenschaft über den Kreis Rastenburg übernahmen, wollten die alten ostpreußischen Soldaten gern, daß ihr Denkmal in Wesel wiedererrichtet würde. Der Wunsch erfüllte sich. Wahrscheinlich ist dieses Ehnenmal das einzige, das fast naturgetreu nach dem alten Vorbild in Westdeutschland neu entstand. Bis zum September vorigen Jahres errichtete der Steinmetzmeister Grundstein und Sockel. Das nun vollendete Erinnerungsmal hat die Form einer stilisierten friderizianischen Mütze, ist 4,30 m hoch und 3 m breit. Es ist allen gefallenen, verstorbenen und vermissten Soldaten geweiht. Die Vorderseite zeigt das Emblem der 4. Grenadiere, Krone und Namenszug FR II, darunter den Namen des letzten Traditionsträgers, Infanterieregiment 2, mit dem Eisernen Kreuz. Auf dem 80 cm hohen Sockel steht die Inschrift „1626 — Unseren Gefallenen — 1945“. Die Rückseite schmückt die in Stein gehauene Fahne des von Krachtschen Regiments mit dem Fahnenspruch „LEBE BESTÄNDIG — KEIN UNGLUECK EWIG“.

Am 3. Mai 1969 wurde dieser Erinnerungsstein, unter der Fahne von Rastenburg verborgen, feierlich enthüllt. Viele Soldaten, die im Infanterie-Regiment 2 und in seinem Traditionsregiment dienten, kamen neben zahlreichen Rastenburgern zu dieser Feierstunde. Es kamen auch Prinz Louis Ferdinand von Preußen, Chef des Hauses Hohenzollern, sowie lokale und bundesdeutsche Prominenz. Die Landsmannschaft Ostpreußen wurde durch unseren Kreisvertreter, Herrn Heinrich Hilgendorff, vertreten, dessen jahrelange Bestrebungen um die Traditionsübernahme nun von Erfolg gekrönt wurden. Der Schein der warmen Frühjahrs Sonne lag auf den Anlagen — „Kaiserwetter“ nannte man das früher —, als sich ein Hubschrauber der Heeresflieger, mit Generalleutnant Uchtritz an Bord, auf das Kasernengelände hinter dem Ehnenmal senkte. Der Kommandierende General des I. Korps, der einst Dienst als Fähnrich im I. R. 2 tat, war nicht nur zur Einweihung des Denkmals gekommen, sondern wollte auch die Übergabe der Traditionspflege an das Raketen-Artilleriebataillon 150 vollziehen.

Der „Alte Dessauer“ klang auf, der Präsentiermarsch der Rastenburger Grenadiere, als General Üchritz zusammen mit Prinz Louis Ferdinand von Preußen, Generalleutnant a. D. Wilke, dem Vertreter der 4. Grenadiere, und dem letzten Kommandeur des Infanterieregiments 2, Oberst a. D. Ramser, die Front abschrift, deren Schluß die Fahnenabordnung einer in der Schill-Kaserne stationierten amerikanischen Einheit bildete.

In einer kurzen Ansprache begrüßte General a. D. Wilke die Anwesenden, insbesondere die Förderer des neuen Gedenksteines. Er erinnerte an die 300-Jahr-Feier des Regiments, die am 1. Mai 1926 in Rastenburg stattfand, als dort das Jubiläumsdenkmal errichtet und mit ihm zusammen das Ehrenmal für die Gefallenen der 4. Grenadiere eingeweiht wurde. Im Ersten Weltkrieg verlor das Regiment 3 Regimentskommandeure, 125 Offiziere und 4 860 Unteroffiziere, Grenadiere und Füsilier. Auf das Monument in Wesel eingehend, sagte der General: „Zur Ehre der Gefallenen ist nun dieses Denkmal errichtet worden. Es soll zugleich ein Bindeglied zwischen der alten und der neuen Armee sein. Es soll an die beiden tragischen Weltkriege erinnern und zum Frieden mahnen . . .“

Die jungen Artilleristen, die mit schweißnassen Gesichtern unbeweglich in der Sonne verharren, merkten auf, als Generalleutnant Üchritz, der anschließend das Wort ergriffen hatte, die für heute gültigen Maßstäbe setzte: „Alte Fahnen sind verehrungswürdig, wichtiger aber ist der Sinn und das Verstehen für das, was unsere Zeit vom Soldaten fordert. Darüber vergessen wir die Vergangenheit nicht, denn wer sie in der Gegenwart vergißt, verliert die Zukunft!“ Er fügte noch einen wichtigen Satz hinzu: „Der Soldat von heute hat keine andere Aufgabe, als dem Frieden und der Freiheit zu dienen!“

Danach sprach Oberst a. D. Professor Dr. Kurt Hesse, ehemals Kompanie-Chef im I. R. 2 in Rastenburg. Er hob in seiner Rede vor allem die stetige und treue Pflichterfüllung des deutschen Soldaten hervor.

Feldweibel des neuen Traditionsbataillons trugen die ehrwürdige Fahne der Rastenburger Grenadiere und die des Raketenbataillons 150 zum Gedenkstein. Das Musikkorps spielte das Lied vom „Guten Kameraden“, und Soldaten trugen die zahlreichen Kränze zum Ehrenmal, voran den Kranz des Bundesverteidigungsministeriums. Nach der Totenehrung enthüllten Generalleutnant Wilke und Oberst Ramser als Vertreter der beiden alten Traditionsregimenter feierlich den Stein. Dann übernahm der Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Kube, das Ehrenmal in die Obhut des Raketenbataillons 150. Mit dem Deutschlandlied endete die Feierstunde.

Ein Vorbeimarsch der Truppe und die Besichtigung der Schill-Kaserne durch die zahlreichen Gäste schlossen sich an. Hier zeigten die jungen Artilleristen bei der Montage einer Sergeant-Rakete, daß der Soldat heute ein hochqualifizierter Fachmann ist. Er beherrscht die Technik des Waffenhandwerks exakt, um es nicht zu einem neuen Krieg kommen zu lassen, einem Krieg, der mörderisch wäre. Oberstleutnant Kube, der Kommandeur, formulierte es anders: „Meine Soldaten sind Feuerwehrlente, die durch ihre Anwesenheit den Ausbruch eines Brandes verhindern!“

Am Abend trafen sich in der Niederrheinhalle mehr als 1 000 ehemalige Soldaten der Elchkopfdivision (11. I. D.), zu der das Infanterieregiment 2 gehörte. Unter die „Elchköpfe“ mischten sich die Veteranen der 4er und die jungen Soldaten des Raketenbataillons. Oberst a. D. Laebe und Bürgermeister Nakaten (Wesel) hielten

kurze Ansprachen. Gerhard Ohst und Erwin Raddatz wurden für ihre Vorarbeiten zum Bau des Ehrenmals geehrt. Das Musikkorps der Bundeswehr gab mit altvertrauten Märschen und Liedern dem Abend das Gepräge. Erst lange nach Mitternacht begannen sich die Tischreihen zu lichten. (S. B.)

#### 4. Das Gerichtswesen

nach Carl Beckherrn und anderen

In der Zeit der souveränen Herzöge und der Könige von Preußen lag die Jurisdiktion den Justizkollegien ob, die durch Kombinierung mehrerer Ämter gebildet wurden und mit einem Amtsdirektor, einem Justizrat und einem Gerichtsschreiber besetzt waren. Das Amt Rastenburg war in dieser Beziehung kombiniert mit Barten, Sehesten und Angerburg. Im Jahre 1781 wurde der Sitz des Justizkollegiums von Rastenburg nach Angerburg verlegt. Außerdem wurden im Jahre 1770 noch Domänen-Justizämter eingerichtet, von denen auch eins in Rastenburg seinen Sitz hatte. Diese Justizbehörden standen unter dem Tribunal zu Königsberg.

Im Anfange des 18. Jahrhunderts bestand das Gericht in Rastenburg aus einem Richter, einem Schöppenmeister und sieben Gerichtsverwandten. Außerdem wurden bei wichtigen Verhandlungen die Älterleute als Vertreter der Bürgerschaft noch hinzugezogen.

Haben wir über die Rastenburger Scharfrichterei bereits eingehend Bericht erstattet, so sei doch an dieser Stelle auch einiger anderer Justifizierungsmethoden gedacht.

So gab es beispielsweise an der Georgenkirche zu Rastenburg ein *Halseisen*, das in der Nähe des Einganges angebracht war, in das die Sünder gegen das sechste Gebot geschlossen und sonntags zur Schau gestellt wurden. Diese abscheuliche Strafe wurde im Anfange des 18. Jhdts. abgeschafft, wie aus dem Kirchen-Revisions-Rezeß vom Jahre 1724 zu ersehen ist, worin es im 18. Artikel heißt: „Mit dem Halseisen haben die Prediger nichts zu tun, sondern die Huren bestrafet die weltliche Obrigkeit mit Geld (Die Kämmererechnungen dieser Zeit weisen jährlich mehrere Posten derartiger Einnahmen nach.), davon die Kämmererei zwei Teile an sich nimmt, und den dritten Teil der Kirche überläßt, welcher denn auch in einem besonderen Titel der Kirchen jährlich verrechnet wird; jedoch berichten sie zuvor jedesmal ad Consistorium und holen Vorschrift ein. Wann dreifache Huren vorhanden, die referiren sie hauptsächlich ans Consistorium, das dann an Königl. Majestät berichtet, um allergnädigst zu verordnen, daß ihnen der Inquisitions-Prozeß gemacht werde.“

Die Inventar-Verzeichnisse der Kämmererei enthielten bis zum Jahre 1814 auch einen *spanischen Mantel*, d. h. ein Strafinstrument, das besonders „bei liederlichen Frauenzimmern“ Anwendung fand. Es hatte die Form einer Tonne, in deren Boden ein Loch eingeschnitten war. Dieser Mantel wurde der Betreffenden so angelegt, daß der Kopf oben aus diesem Loch heraustrat und unter Begleitung eines Trommlers wurde sie durch die Straßen der Stadt geführt.

Ein besonders abstoßendes „Gerichtsverfahren“ fand im Jahre 1761 in Rastenburg statt. Eine Dienstmagd hatte mutwillig die Scheune eines Bürgers angezündet, von der das Feuer sich bald über die halbe Stadt ausbreitete. Es brannten ab: 31 Wohn-

häuser, 9 Chaluppen, 3 Malzhäuser, 1 Speicher und 88 Scheunen. Die ergriffene Verbrecherin wurde während der Untersuchung in der Religion unterrichtet, konfirmiert und sodann zum *Scheiterhaufen* geführt, auf dem sie auf derselben Stelle, auf der sie das Feuer angelegt hatte, lebendig verbrannt wurde.

Am 23. Januar 1809 wurde die Städteordnung vom 19. November 1808 eingeführt und infolgedessen das Gericht vom Magistrat getrennt.

Die jetzige (von 1881) Gerichtsorganisation, so erklärt C. Beckherrn, stammt aus dem Jahre 1849.

Der Führer durch Rastenburg vom Jahre 1903 bemerkt nur das Vorhandensein eines Königlichlichen *Amtsgerichts* in der Kreisstadt, an dem drei Richter tätig sind. Zu diesem Zeitpunkt war Rastenburg dem Landgericht in Bartenstein unterstellt. Als Rechtsanwälte werden für das gleiche Jahr in Rastenburg genannt: 1. Kalau vom Hofe und 2. Tröge. Auch nach dem Handbuch der Behörden von 1913 hat sich die Gerichtsorganisation nicht verändert. Das Landgericht in Bartenstein bleibt die nächsthöhere Instanz für Rastenburg. In Rastenburg sind jetzt die Amtsrichter: 1. Amtsgerichtsrat Lunau, 2. Amtsgerichtsrat Adinsky und 3. Peters, tätig. Ferner gibt es zu diesem Zeitpunkt auch in Barten einen Amtsrichter: Dr. von Boxberger. Als Rechtsanwälte sind 1913 in der Kreisstadt Rastenburg tätig: 1. Grundner, 2. Kalau vom Hofe, Justiz-Rat, 3. Podschwatek, Justiz-Rat.

Das Gemeindeflexikon von 1925 verzeichnet im Kreise Rastenburg die Amtsgerichte Barten und Rastenburg, denen jeweils eine bestimmte Anzahl von Orten zugeteilt war. Die Amtsgerichte unterstanden dem Landgericht in Bartenstein und dieses dem Oberlandesgericht in Königsberg. Außerdem gab es mindestens seit 1925 (wenn nicht auch schon früher) in Rastenburg ein Arbeitsgericht, das dem Landesarbeitsgericht in Königsberg unterstand. Übrigens waren 26 Gemeinden des Kreises Rastenburg von insgesamt 84 dem Amtsgericht Barten unterstellt, die übrigen dem Amtsgericht in Rastenburg.

### 5. Das Finanzamt

nach verschiedenen Quellen

Zur Zeit der souveränen Herzöge und der Könige unterstand der Kreis Rastenburg der Kriegs- und Domänenkammer zu Königsberg.

Unter dieser Behörde standen in Finanz-, Gewerbe- und Polizeisachen auch die Städte und waren zu diesem Zwecke in gewisse städtische Kreise eingeteilt, deren jedem ein Steuerrat (*Commissarius loci*) vorgesetzt war. Die Einführung dieser Steuerräte datiert schon vom Jahre 1688, die Aufhebung erfolgte 1809. Zu dem steuerrätlichen Kreise Rastenburg gehörten die Städte Barten, Drengfurt, Gerdauen, Nordenburg, Rastenburg und Schippenbeil.

Das zuletzt in Rastenburg bestehende Finanzamt unterstand dem Landesfinanzamt in Königsberg.

Als 1910 das Schloß in städtischen Besitz gekommen war, wurde es umgebaut und bewohnbar gemacht. Später wurde dann das Finanzamt hineingelegt.

Es ist erstaunlich, wie spärlich die Quellen gerade über diese Institution laufen. Selbst C. Beckherrn bringt nur wenig umfangreiche Notizen.

Aus den Jahresberichten der Kreiskommunalverwaltung wissen wir, daß direkte und indirekte Kreissteuern abzuführen waren. Als direkte Steuern werden nur die „Kreisabgaben“ geführt, die 1929 414 496 RM betrug, 1930: 495 192 RM. 1914 dagegen betrug sie 320 797 Mark. 1931: 534 475 RM. 1932: 493 049 RM. 1933: 515 469 RM. 1934: 547 353 RM. 1935: 518 847 RM. 1936: 658 617 RM. 1937: 631 927 RM. 1938: 697 684 RM.

Zu den indirekten Steuern gehörten Schankerlaubnissteuer, Hundesteuer, Wertzuwachssteuer, Grunderwerbssteuer, Zubehörsteuer und Jagdsteuer.

Am einträglichsten war die Grunderwerbssteuer. Sie brachte 1933: 44 950 RM. 1934: 55 768 RM. 1935: 96 334 RM. 1936: 80 222 RM. 1937: 88 491 RM. 1938: 76 320 RM.

An zweiter Stelle stand die Hundesteuer. Sie erbrachte 1933: 16 739 RM. 1934: 16 259 RM. 1935: 14 733 RM. 1936: 16 568 RM. 1937: 16 066 RM. 1938: 15 400 RM. 1914: 7 267 Mark.

An 3. Stelle stand die Zubehörsteuer. Sie erbrachte 1933: 5 043 RM. 1934: 677 RM. 1935: 1 790 RM. 1936: 101 RM. 1937: 856 RM. 1938: keine Angabe.

Auf die Dauer einträglicher war jedoch die Jagdsteuer. Sie erbrachte 1933: 2 618 RM. 1934: 2 387 RM. 1935: 2 206 RM. 1936: 2 409 RM. 1937: 2 265 RM. 1938: 2 277 RM.

Beträchtlich waren auch die Einnahmen aus der Wertzuwachssteuer. Sie betrug 1933: 1 917 RM. 1934: 5 555 RM. 1935: 4 060 RM. 1936: 3 869 RM. 1937: 4 889 RM. 1938: 3 319 RM.

Schließlich ist die Schankerlaubnissteuer anzuführen. Sie erbrachte 1933: 721 RM. 1934: 659 RM. 1935: 1 293 RM. 1936: 1 786 RM. 1937: 1 048 RM. 1938: 1 386 RM.

In den Jahresberichten der Kreiskommunalverwaltung von 1930 bis 1932 werden die direkten und indirekten Steuern zu einem Posten zusammengefaßt, dem als zweiter die „Steuerüberweisungen“ folgen, die sich zusammensetzen aus Reichseinkommen und Körperschaftsteueranteilen, Reichsumsatzsteueranteilen und Hauszinssteueranteilen.

### *Die Kreisverwaltung des Kreises Rastenburg von 1930—1945*

von Landrat a. D. Dodo Freiherr von und zu Knyphausen  
(von 1912 bis Ende 1934 Landrat des Kreises Rastenburg)

Dem Berichterstatter, der im Jahre 1934 aus der Kreisverwaltung ausschied, standen keinerlei Unterlagen für die vorliegende Ausarbeitung zur Verfügung. Die maßgeblichen ehrenamtlichen Mitglieder und Beamten der Kreisverwaltung aus der Berichtszeit sind fast alle verstorben. Der Berichterstatter war daher fast ganz auf seine eigene Erinnerung angewiesen. Er bittet, die vielen vorhandenen Lücken, besonders auch bezüglich der Angaben über die Finanz- und Vermögenslage des Kreises im Jahre 1939, damit zu entschuldigen.

#### 1. Die Jahre vor der Machtübernahme

Der Kreis Rastenburg, im Herzen Ostpreußens gelegen, umfaßte einen Flächeninhalt von 875 Quadratkilometern, mit den drei Städten Rastenburg (der Kreisstadt),

Barten und Drengfurt, dreißig Amtsbezirken und ca. 100 Landgemeinden. Die Einwohnerzahl umfaßte im Jahre 1933 ca. 51 000 Seelen, davon entfielen auf die Stadt Rastenburg ca. 16 000, auf Barten und Drengfurt je 1 300, der Rest auf die Landgemeinden. Die Landwirtschaft gab dem Kreis sein Gepräge. Landwirtschaftlich gehörte er zu den besten Gegenden Ostpreußens. Die Bartener Lande waren schon in der Ordenszeit durch ihren fetten Boden berühmt. Vor den Toren der Stadt Barten stand noch das alte Ordensschloß, in dem eine Komturei ihren Sitz hatte. Bis 1945 war es staatliche Domäne. Während die Bartener Lande vorwiegend flach sind, ist die Gegend um Rastenburg welliger Natur. Im Süden und Osten des Kreises, wo in alten Zeiten „die Wildnis“ begann, jener Urwaldgürtel, den die Ordensritter als Schutz gegen Überfälle der feindlichen Nachbarn unberührt stehen ließen, und von dem die letzten Reste noch in den Stadtwaldungen der „Görlitz“ und von „Bürgersdorf“ vorhanden sind, hat die Gegend schon einen masurischen Charakter, kupfuge Hügel, Seen, oft wechselnder Boden. Die Stadt Rastenburg, eine mittelgroße Landstadt, im Jahre 1329 von den Ordensrittern auf hügeligem Gelände erbaut, mit einer prächtigen alten Ordenskirche, der Georgskirche, und einem alten Ordenschlosse, war der Sitz der verschiedenen Behörden, des Landratsamtes, des Finanzamtes, eines Amtsgerichtes, eines staatlichen Landgestütes, einer provinziellen Pflegeanstalt, sowie eines staatlichen Gymnasiums, der Herzog-Albrecht-Schule, eines Oberlyzeums, und der Standort eines Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 2, des Traditions-Bataillons des alten Rastener Infanterieregiments König Friedrich der Große.

Auch wirtschaftlich war die Stadt der Zentralpunkt des Kreises. Die große Rastener Raiffeisen-Genossenschaft mit Raiffeisen-Bank, die Bank der Ostpreußischen Landschaft, die Kreissparkasse mit ihren Filialen in Drengfurt und Korschen, die Stadtparkasse, sowie die mittelständische Kreditbank vermittelten den Geldverkehr. Die Rastener Mühlenwerke Gramberg, das Sägewerk Reschke, das Baugeschäft und Sägewerk Modricker, eine Hefefabrik, eine Brauerei, eine Gerberei, die Eisengießerei und Maschinenfabrik Rudolf Lanz, sowie die Rastener Zuckerfabrik, die einzige Ostpreußens, gaben Arbeit für viele Familien. Eine Reihe von kleineren und größeren Molkereien und Ziegeleien vervollständigen die Liste. Ein Netz von Voll- und Kleinbahnen überspannte den Kreis. Im Westen die große Bahnlinie Berlin—Allenstein—Insterburg mit dem Verkehrsknotenpunkt Korschen, von Nord nach Süd die Ostpreußische Südbahn, die Nebenbahnen Rastenburg—Angerburg und Rastenburg—Rössel. Und ferner die vornehmlich dem Zuckerrübenverkehr dienenden Kleinbahnstrecken Rastenburg—Barten, Barten—Skandlack—Nordenburg, Rastenburg—Sensburg und Rastenburg—Rhein. Das Chausseenetz war in den Jahren 1911 bis 1933 sehr erheblich ausgebaut, das Ziel, jede Ortschaft mit einer festen Straße an das große Wegenetz anzuschließen, war im wesentlichen erreicht.

Bei der ländlichen Struktur des Kreises war es von größter Bedeutung, die Landwirtschaft zu fördern und in dem nach dem ersten Weltkrieg erschwerten Existenzkampf lebenskräftig zu erhalten. Eine Landwirtschaftsschule gab den jungen Bauernsöhnen die Möglichkeit, sich auch theoretisch die nötigen Kenntnisse zu verschaffen. Landwirtschaftliche Vereine dienten dem Zweck, durch Vorträge und Aussprachen ihre Mitglieder fortzubilden. Vor allem aber war der nach dem ersten Weltkriege neugeschaffene Landwirtschaftsverband mit seiner Spitze in Königsberg und seinen

Kreisverbänden die Stelle, die die Vertretung der Interessen der Landwirtschaft und ihre Förderung in die Hand nahm. An der Spitze des Rastener Landwirtschaftsverbandes stand der Graf zu Eulenburg-Prassen und Herr Deutsch-Kämlack. In der Stadt Rastenburg wurde mit Hilfe der Kreisverwaltung ein Haus für die Geschäftsstelle hergerichtet, diese wurde mit einem hauptamtlichen Leiter besetzt, so daß sich jeder Landmann dort Rat und Hilfe in der bald einsetzenden schweren Notzeit holen konnte. In den ersten Jahren nach dem ersten Weltkriege, besonders in der Inflationszeit, war es der Landwirtschaft verhältnismäßig gut gegangen. Die Sachwerte gaben den Wirtschaften bei der schwindenden Kaufkraft der Mark einen großen Rückhalt. Nach der Umstellung der Währung im Jahre 1923 auf Renten- bzw. Goldmark sanken aber die Preise für landwirtschaftliche Produkte rapide, die meisten Industrieprodukte stiegen hingegen im Preise. Durch diese sog. Preisschere gerieten die meisten landwirtschaftlichen Betriebe in Not. Hinzu kam, daß die Regierung sehr auf Intensivierung der Betriebe drängte und durch erleichterte Wechselkredite zur Beschaffung teurer Maschinen, starker Verwendung künstlichen Düngers usw. anregte, und die damit verbundenen Zinslasten und die hohen Steuern die Wirtschaften schwer bedrückten. So standen viele Wirtschaften gerade in Ostpreußen, wo sich die „Preisschere“ durch die ungünstige Frachtlage besonders auswirkte, vor dem Zusammenbruch. Die Reichsregierung sah sich genötigt, wollte sie nicht die ganzen Ostprovinzen gefährden, einzugreifen. Die „Osthilfe“ setzte ein. Die mit Hilfe der Schwerindustrie gegründete Industrie-Bank wandelte hochverzinsliche drückende kurzfristige Schulden in niedrig verzinsliche langfristige um, wenn erforderlich mit Zwangsakkorden. Für jeden notleidenden Betrieb wurde eine Beleihungsgrenze festgelegt, die bei der Belastung nicht überschritten werden durfte und deren Festsetzung ein weiteres rentables Bewirtschaften des Grundstücks garantieren sollte.

Vielfach wurde auch bei der Umschuldung die Abgabe von Land zu Siedlungszwecken gefordert, und dies gab auch im Kreise Rastenburg Anlaß zu vielen neuen Siedlungen. Ursprünglich hatte im Kreise der Großbetrieb vorgeherrscht. Durch mancherlei Siedlungen der ostpreußischen Landgesellschaft in früheren Jahren und durch die mit der Osthilfe verbundenen Aufteilungen, war der Kreis der selbständigen Bauernstellen erheblich vermehrt worden.

Die Osthilfe hatte zweifellos viele Besitzer vor dem wirtschaftlichen Ruin gerettet. Trotzdem war die Lage der Landwirtschaft in den letzten Jahren vor der „Machtübernahme“ immer noch sehr schwierig. Die mangelnde Kaufkraft der Landwirte brachte es mit sich, daß auch Industrie, Handwerk und Handel in Mitleidenschaft gezogen wurden. Manche industriellen Werke mußten ihre Tore schließen, andere große Produktionseinschränkungen vornehmen. Die Folge war eine sich immer steigende Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenversicherung zahlte Unterstützungen nur für eine begrenzte Zeit. Dann wurden die Betroffenen „ausgesteuert“ und fielen der allgemeinen Fürsorge anheim. Die Zahl der „Wohlfahrtserwerbslosen“ stieg allmählich so, daß der Haushaltsplan des Kreises ganz über den Haufen geworfen wurde und die nötigen Gelder nur durch eine starke Erhöhung der Kreissteuern und durch schwierig zu erlangende Zuschüsse des Reiches beschafft werden konnten. Man suchte durch Einzelmaßnahmen, Winterhilfsgelder und Ähnliches zu helfen. Aber eine großzügige Arbeitsbeschaffung, die allein die Notstände beseitigen konnte, brachte der Weimarer Parlamentarismus nicht zustande.

Alles dies beeinflusste natürlich auch stark das politische Klima. Bis zum Ende des ersten Weltkrieges waren die Kreistage nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Großgrundbesitz, bäuerliche Bevölkerung und die Städte entsandten ihre Vertreter. Nach der Revolution 1918 hatte sich die Lage geändert. Die Politik wurde auch in die Kreistage hineingetragen. Von 1919 bis 1933 setzte sich der Kreistag fast immer gleichbleibend zusammen aus 13 Vertretern der bürgerlichen Parteien, 11 Sozialdemokraten und einem Kommunisten. In den Kreisausschuß wurden 3 Vertreter des Bürgertums und 3 Sozialdemokraten gewählt. Es wurde aber immer sachliche Arbeit geleistet.

Der Nationalsozialismus blieb in den ersten Jahren seines Bestehens in Ostpreußen fast unbemerkt. Als Ende der zwanziger Jahre der „Gauleiter“ Erich Koch als Hitlers Beauftragter für Ostpreußen auf dem Plan erschien, änderte sich die Lage. Durch betriebsame und geschickte Propaganda gelang es Koch, überall Fuß zu fassen und Zellen zu bilden. Es war im Großen und Ganzen nicht der wertvollste Teil der Bevölkerung, der ihm Gefolgschaft leistete. Verkrachte Existenzen, Leute, die nichts zu verlieren hatten, unzufriedene radikale Elemente waren es in der Hauptsache, die durch die freigebigen Versprechungen des Parteiprogramms angelockt, der Hakenkreuzfahne folgten. Gewiß waren auch viele Idealisten darunter, die wirklich erhofften, die Durchführung der nationalsozialistischen Ideen würden eine Weltverbesserung und für Deutschland eine Besserung seiner wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage bringen. In den Kreistag zog im Jahre 1929 der erste Nationalsozialist ein, der Lehrer Schulz aus Wendehnen. Er hielt sich zu den Rechtsparteien und beteiligte sich sachlich an der Arbeit.

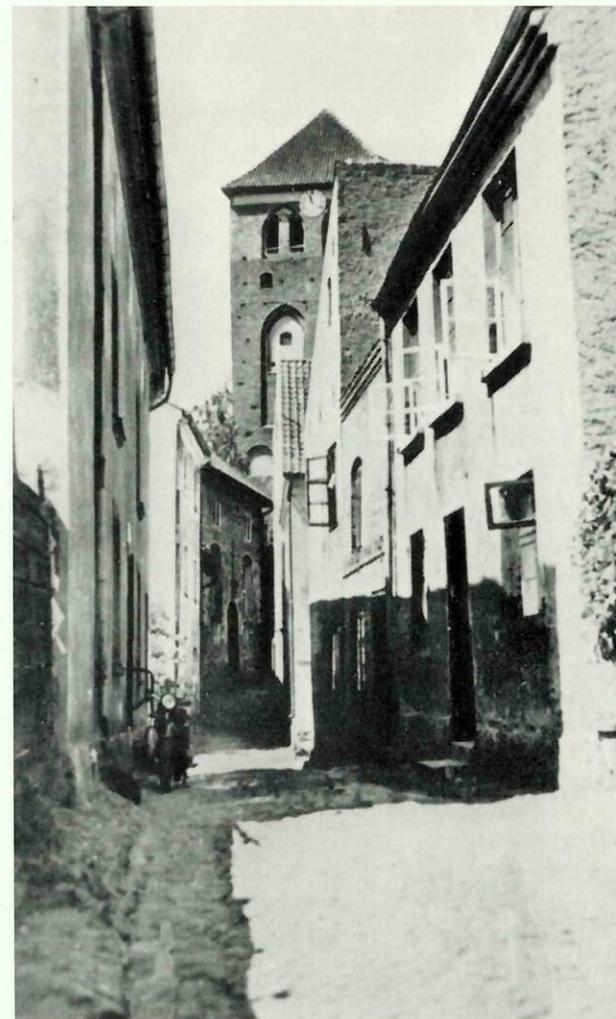
So war die Lage Ende des Jahres 1932 zwar äußerlich ruhig, aber doch wirtschaftlich und politisch äußerst gespannt. Gar manche, die Leute wie Hitler und Koch nicht für die geeigneten Personen hielten, in Deutschland zu regieren, waren doch der Ansicht, daß der Weimarer Parlamentarismus abgewirtschaftet habe, und nur eine starke Persönlichkeit an der Spitze Rettung bringen könne.

## 2. Von der Machtübernahme bis zum Kriegsbeginn

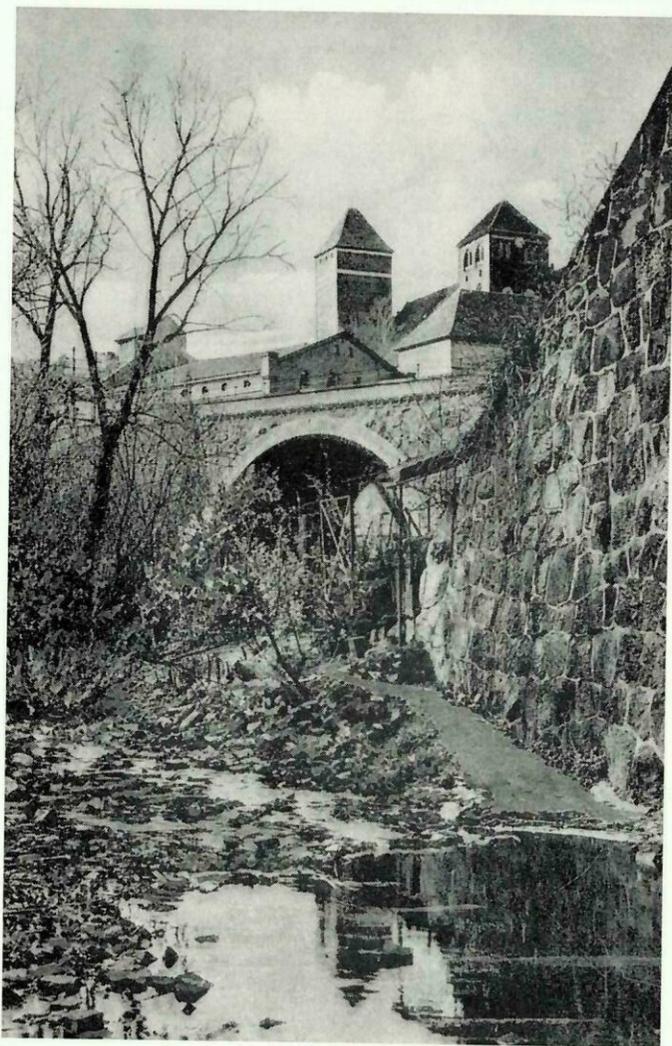
Die Kreisverwaltung war zu Beginn des Jahres 1933 folgendermaßen zusammengesetzt:

Landrat und Vorsitzender des Kreisausschusses war der seit dem Jahre 1912 im Amte befindliche Freiherr zu Knyphausen. Ihm stand neben dem staatlichen Kreisobersekretär Stankewitz und verschiedenen anderen staatlichen Beamten der Bürodirektor des Kreisausschusses Schwietzke zur Seite. Das Wohlfahrtsamt leitete der Kreisausschuß-Oberinspektor Mathiebe, das Kreisbauamt Kreisbaumeister Pröhl, Kreiswiesenbaumeister war Herr Gehlhaar, leitender Arzt des Krankenhauses der hochverdiente Dr. Diehl, Kreissparkassenleiter Sparkassendirektor Schütz. Anfang 1930 hatte der Kreis für die Kreissparkasse ein eigenes Haus am Wilhelmsplatz erworben, der Geschäftsbetrieb war dadurch wesentlich gefördert worden.

Das Kreishaus war im Jahre 1895 erbaut. Da es den Anforderungen der Neuzeit nicht mehr genügte, war im Jahre 1916 ein gegenüber liegendes Privathaus erworben und darin das Kreiswohlfahrtsamt, das Kreisbauamt und das Kreiswiesenbauamt untergebracht.



Rastenburg, Hintere Schloßstraße  
mit Ostturm der St. Georgskirche.



Rastenburg. St. Georgs-Kirche und Guberbrücke.

An sonstigen Kreisvermögen war vorhanden: Das Anfang des Jahrhunderts in hübscher Lage errichtete, in den Jahren 1913—1915 und später Ende der zwanziger Jahre auf 180 Betten erweiterte Kreiskrankenhaus, ausgerüstet mit modernem Operationssaal, Röntgenanlage, Labor und einer hydrotherapeutischen Heilabteilung; ferner das im Jahre 1929 neu erbaute Kreisaltersheim mit über 100 Betten, vom Architekten Stoffregen, Bremen, entworfen, in einem kleinen, mit schönen alten Bäumen geschmückten Park, dem sogenannten Georgenthal gelegen, mit dem Blick auf die alte ehrwürdige Ordenskirche.

Der Kreis hatte ferner ein altes Abdeckereigrundstück erworben und dort eine moderne Abdeckerei eingerichtet. Einige kleine Häuser für Straßenarbeiter und Gendarme vervollständigen die baulichen Anlagen des Kreises.

Nebenher hatte der Kreis bei der Umschuldung der Güter Weitzdorf und Blaustein 1 200 Morgen forstlichen Besitz gekauft, den Wald bei der Wallfahrtskirche Heiligelinde in Größe von 300 Morgen und den Blausteiner Wald nebst kleinem Krebssee in Größe von 900 Morgen. Ein Kreisförster war zur Betreuung des Waldes angestellt. So stand dem nicht übermäßig hohen Schuldenbestand ein nicht unansehnliches Kreisvermögen gegenüber, das man — wenn man von dem Kreischausseenetz absieht — wohl auf einen Wert von etwa 2,5 Millionen Reichsmark schätzen konnte.

In sozialer Hinsicht war in den beiden letzten Jahrzehnten manches Neue geschaffen. Das im Kriegsjahr 1916 eingerichtete Kreiswohlfahrtsamt betreute alle Hilfsbedürftigen und Erwerbslosen, ihm unterstand auch die Jugendpflege, die Kreisbücherei, und die Lungenfürsorge. Es war eine besondere Kreisfürsorgerin angestellt, ein nebenamtlich angestellter Kreiskommunalarzt leitete das Gesundheitswesen.

Eine stets fahrbereite Kreismotorspritze sicherte den Schutz gegen Feuersgefahr.

Mit der Verwaltung der Stadt Rastenburg wurde Hand in Hand gearbeitet. An der Spitze der *Stadtverwaltung* stand Bürgermeister Schrock, Stadtverordneten-Vorsteher war Reg. Baumeister a. D. Martin Modricker, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat waren in politischer Beziehung ähnlich zusammengesetzt, wie die Kreisvertretung. Die bürgerlichen Parteien hatten die Oberhand, aber 5 kommunistische Mitglieder waren im Jahre 1929 in das Stadtparlament eingezogen.

Dies war das Bild des Kreises und der Stadt, als am 30. Januar 1933 die Machtübernahme Hitlers erfolgte.

Zuerst glaubten viele, sich freuen zu sollen, in der Erwartung, daß die von dem alten ehrwürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg gebildete Reichsregierung, die sich mit Hitler an der Spitze aus einer Reihe führender Nationalsozialisten und mehreren in der Verwaltung erfahrenen Deutschnationalen Männern zusammensetzte, die schlimme wirtschaftliche und politische Lage meistern würde.

Dem vom Nationalsozialismus aufgestellten Parteiprogramm glaubte man zustimmen zu können. Auch die Kundgebungen auf dem „Tag von Potsdam“, auf dem viel von der Rückkehr zu altpreussischem Wesen, zu preussischer Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Gerechtigkeit und Sparsamkeit die Rede war, gab Hoffnung, daß man in gute Bahnen einlenken würde. Aber bald zeigte sich, daß alles nur leere Worte waren. Hitler ließ sich durch das Ermächtigungsgesetz fast diktatorische Vollmachten geben. Unter dem Titel „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erließ man Bestimmungen, mit denen man die alten Beamten mühelos verdrängen konnte. Es setzte die sogenannte „Gleichschaltung“ ein. Jeder, der als „reaktionär“

oder sozialistisch angehaucht galt, wurde seiner Stellung enthoben. Viele leitenden Posten im Reich, Staat, kommunalen Behörden und anderen öffentlichen Körperschaften wurden mit Persönlichkeiten besetzt, die charakterlich für solch wichtige Aufgaben nicht geeignet waren. Oberpräsident von Ostpreußen wurde der später so berühmte Gauleiter Koch. Die neugeschaffene Geheime Staatspolizei brachte viele wohlgesinnte Staatsbürger ohne Verhör und Urteilsspruch in ihre Gefängnisse und in die berühmten Konzentrationslager. Im Kreise Rastenburg ging es verhältnismäßig ruhig und glimpflich zu. Der Kreisleiter der NSDAP mit Namen Struck war ein ordentlicher Mann, der sich auch dem Landrat gegenüber korrekt und zuvorkommend benahm. Aber er war zu schwach, auch die braunen Scharen der SA in Ordnung zu halten. Diese griffen widerrechtlich in Eigentums- und Freiheitsrechte ein, beschlagnahmten u. a. für ihre Zwecke die Rastenburger Freimaurerloge, nahmen willkürliche Verhaftungen vor usw. Von den Königsberger Dienststellen wurden sie dabei stets unterstützt. Das löste ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit aus. Keiner traute dem anderen mehr. Opportunistsritter, die erst nach der Machtergreifung ihr 150prozentiges nationalsozialistisches Herz entdeckt hatten, traten in den Vordergrund. Bürgermeister Schrock, die Bürgermeister von Barten und Drengfurth und mehrere städtische Beamte wurden ihrer Ämter enthoben. In der Kreisverwaltung änderte sich zunächst nicht viel. Die Kreistage wurden aufgelöst und neu gewählt, der Kreis Ausschuss wurde neubesetzt. Er setzte sich zusammen aus 4 Nationalsozialisten und 2 Vertretern der Deutschnationalen Partei: die beiden Letzteren waren schon früher Mitglieder des Kreis Ausschusses gewesen. Auch die nationalsozialistischen Mitglieder waren verständig und rechtlich denkende Menschen, mit denen sich gut und sachlich zusammenarbeiten ließ. Unter ihnen war auch der oben genannte „alte Kämpfer“ Lehrer Schulz, der gleichzeitig zum Kreisdeputierten ernannt wurde. Alle vier standen keineswegs restlos hinter dem Gauleiter Koch, einige sogar in stärkstem Gegensatz zu ihm. Sie mißbilligten die vielen Willkürakte der Partei, hatten aber nicht die Macht, sich gegen die schlechten Elemente durchzusetzen.

Im allgemeinen konnte die Kreisverwaltung zunächst in ruhiger Weise weiterarbeiten. Die Hauptaufgabe war, die vielen Erwerbslosen von der Straße zu bringen. Durch großzügige Zurverfügungstellung staatlicher Mittel wurden größere Meliorationsprojekte in Angriff genommen und auf diese Weise Arbeit verschafft. Die Wirtschaft begann sich wieder etwas zu beleben. Durch gesetzgeberische Maßnahmen wurde das Gemeinde- und Kreisverfassungsrecht wesentlich umgestaltet. Die Gemeindevorsteher und Gemeindevetreter wurden nicht mehr gewählt, sondern letzten Endes von der Partei bestimmt, der Kreistag hatte mehr oder weniger nur noch formell mitzuwirken, später wurde er gar nicht mehr einberufen, die ganze Verwaltung wurde mehr dem französischen Präfektursystem angepaßt. Neben der landrätlichen Verwaltung gab es den Kreisleiter der Partei mit seinem Stabe, der sich berufen fühlte, bei der Ausübung der Verwaltung, besonders auch in personellen Fragen, mitzubestimmen. Das gab natürlich Spannungen. Obwohl das Verhältnis zwischen Kreisverwaltung und Kreisleitung im Kreise Rastenburg einigermaßen gut war, so traten doch Differenzen zutage. Der Oberpräsident und Gauleiter Koch hatte schon längere Zeit die Absicht, das Landratsamt mit einem Nationalsozialisten zu besetzen. So erreichte er es nunmehr, den bisherigen Landrat durch ministerielle Anordnung seines Amtes zu entheben und in den Ruhestand zu versetzen. Im De-

zember 1934 wurde der Kreisdeputierte Lehrer Schulz-Wendehnen zu seinem Nachfolger berufen. Man kann wohl sagen, daß dieser sich aufrichtig bemüht hat, mit Hilfe der alten Beamenschaft den Kreis in ordnungsmäßiger, ruhiger Weise zu verwalten. Da er als „alter Kämpfer“ gute Beziehungen zum Gauleiter Koch hatte, so konnte er erreichen, daß er gleichzeitig als Kreisleiter eingesetzt wurde — ein einzigartiger Fall in Ostpreußen —, und dadurch die Schwierigkeiten einer dualistischen Machtverteilung fortfielen. Mit den beiden alten erfahrenen Kreis Ausschussmitgliedern, dem Grafen zu Dohna-Tolksdorf und dem Rechtsanwalt Partikel, dem Leiter der Raiffeisen-Genossenschaft, stand er in gutem Einvernehmen und ließ sich von ihnen beraten. Für viele unangenehme Eingriffe der Partei, die in seine Amtszeit fielen, konnte man ihn nicht verantwortlich machen, so z. B. nicht für die Verhaftung mehrerer evangelischer Geistlicher der Bekennenden Kirche und die Beschlagnahme der Carlshöfer Anstalten.

Die Carlshöfer Anstalten, ein Klein-Bethel, gegründet Ende vorigen Jahrhunderts zur Betreuung von Epileptikern, Geistesschwachen und Siechen, hatte sich zu einem großen Unternehmen entwickelt. Ein Diakonen-Ausbildungshaus, mehrere Heime für Fürsorgezöglinge, ein Arbeitslosenheim, ein größeres Krankenhaus und anderes mehr waren hinzugekommen. Auf den der Anstalt gehörigen 2 000 Morgen Land wurde mit Hilfe von Fürsorgezöglingen und Arbeitslosen eine intensive Landwirtschaft betrieben. Leiter der Anstalt war Pfarrer Heinz Dembowski, der Sohn des Mitbegründers der Anstalt. Eines Tages erschien die Gestapo, erklärte ohne Begründung die Mitglieder des Kuratoriums und den verdienstvollen Pfarrer Dembowski für abgesetzt und übertrug zunächst dem Provinzialverband die Leitung. Bald ging man dazu über, die Insassen zu evakuieren, der größte Teil wurde zweifellos vergast. Die Anstalt wurde schließlich Kaserne für mehrere Hundertschaften der SS. In der sogenannten „Kristallnacht“ wurde auch die Synagoge in Rastenburg ein Raub der Flammen, jüdische Geschäfte wurden demoliert und die jüdischen Mitbürger verschwanden.

An aufbauender Arbeit wurde in den Jahren bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges aus Mangel an Mitteln nicht viel geleistet. Eine kleinere Chaussee wurde ausgebaut, und es wurde in Rastenburg außerhalb der Stadt bei Charlottenberg in schöner Lage ein Wohnsitz für den Landrat geschaffen. In Korschen wurde im Plane der Industrialisierung Ostpreußens eine Milchpulver-Fabrik eingerichtet. Bei der Neuschaffung der Wehrmacht kamen nach Rastenburg zwei Bataillone und der Stab des neugebildeten Infanterie-Regiments 23, sowie eine Abteilung des Artillerie-Regiments Nr. 11. Die Wiederaufrüstung belebte die Wirtschaft auf allen Gebieten und das Arbeitslosenproblem war gelöst. So hoffte mancher im Lande, daß nunmehr eine ruhigere Zeit des Aufbaus anbrechen würde. Aber Hitler hatte andere Pläne, er wollte den Krieg!

### 3. Vom Kriegsbeginn bis zum Zusammenbruch

Die Hintergründe des Kriegsausbruchs sind bekannt. Polen sollte zerschlagen werden. Nachdem Hitler mit dem „Erzfeind“ Rußland paktiert und es zu einer neutralen Haltung unter dem Motto der Teilung der Beute veranlaßt hatte, kannte er keine Hemmungen mehr. Am 25. August 1939 wurde die Mobilmachung befohlen.

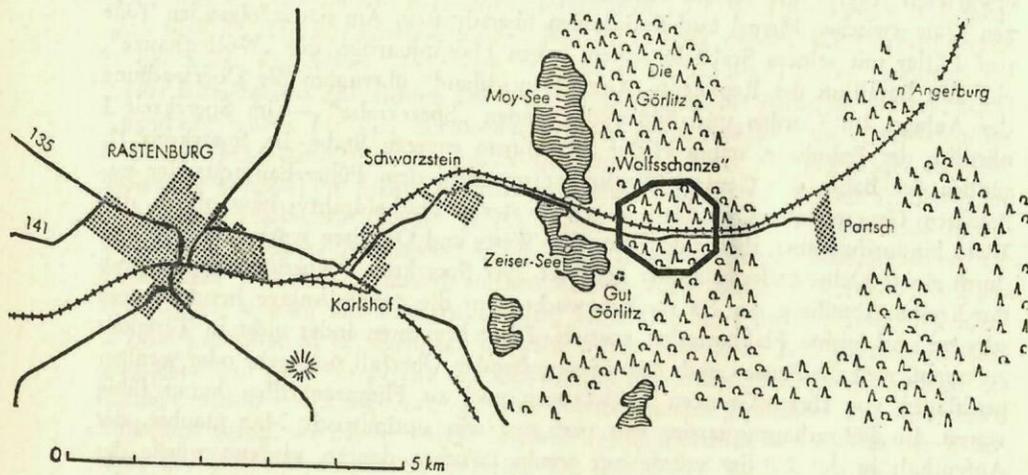
Alles rollte nach dem Mobilmachungskalender planmäßig ab. Der alte preußische Drill war allen noch so im Blute, daß die Mobilmachungstage reibungslos vergingen. Aber von Kriegsbegeisterung wie im August 1914 war nichts zu spüren. Damals strömte alles begeistert zu den Fahnen, um das Vaterland zu verteidigen. Jetzt fühlte jeder instinktiv, daß der Krieg keine Notwendigkeit war, vielmehr ein Angriffskrieg, dessen Folgen unübersehbar waren. Am 1. September setzte der Angriff auf Polen ein. Der Kreis Rastenburg wurde kaum dadurch berührt. Nur flogen täglich Geschwader deutscher Kampfflugzeuge bombenschwer über den Kreis und kamen nach einiger Zeit ohne ihren Ballast wieder zurück. Die Beschießung von Warschau konnte man deutlich Schuß für Schuß vernehmen. Nach drei Wochen war Polen niedergeworfen. Aber Frankreich und England waren in den Krieg eingetreten und der Krieg im Westen ging weiter. Ostpreußen war weit vom Schuß. Doch war es ein bedenkliches Gefühl, nunmehr Sowjetrußland mit seinem großen Machtpotential als unmittelbaren Grenznachbarn zu haben. Äußerlich begann eine ruhige Zeit. Von der Kreisverwaltung wurde ein Wirtschaftsamt eingerichtet, das die Aufgabe hatte, Lebensmittel, Kleidung, Benzin und Brennstoffe planmäßig an die Bevölkerung zu verteilen. Trotz des Fehlens vieler Männer ging die Wirtschaft weiter. Als Frankreich niedergeworfen war, kamen größere Mengen französischer Kriegsgefangener in den Kreis, die sich als brauchbare und zuverlässige Arbeiter erwiesen. Irgendwelche Umstellungen der wenigen Industrieanlagen im Kreise auf Kriegsproduktion kamen nicht in Frage.

Im August 1940 — nach Beendigung des Feldzuges in Frankreich — kam zu dem Erstatte dieses Berichtes, der ein kleines Gut mit Namen Görlitz an der nach Osten von Rastenburg gelegenen ca. 3000 Morgen großen gleichnamigen Stadtforst besaß, ein Regierungsbaurat, der ihm ankündigte, er brauche für militärische Zwecke ein Stück Land in der Stadtforst, und müsse auch vom Gute Görlitz einen kleinen Teil in Anspruch nehmen. Über Zweck und Art der Anlage dürfe er keine Auskunft geben, das Gelände sei jedoch vom Reichsminister Todt persönlich vom Flugzeuge aus ausgesucht, der Ausbau der Anlage solle sofort in Angriff genommen und möglichst noch im Herbst, spätestens im Frühjahr 1941 fertig werden. Bald darauf wurde in der Stadt Rastenburg unter dem Decknamen „Chemische Werke Askania“ ein großes Betriebsbüro eingerichtet. Die Arbeiten begannen, die Bahnlinie Rastenburg—Angerburg wurde für den Personenverkehr gesperrt und für die Materialzufuhr reserviert. Man nahm erst an, daß es sich um ein großes Munitionslager handele. Bald aber konnte man feststellen, daß an beiden Seiten der Bahnlinie in der Nähe der kleinen Haltestelle Görlitz in die hohen Fichten- und Eichenbestände hinein verstreut 4 m starke Betonsöckel in die Erde gelassen, hierauf Betonhäuschen mit meterdicken Wänden und ebenso starken Zementdecken errichtet wurden. Die Bunkerhäuschen wurden mit Parkettfußböden, Holztafelung, Zentralheizung und elektrischen Lichtanlagen versehen, in der Nähe wurde eine große Zentralheizungsanlage geschaffen und eine Pumpstelle am Moysee für die Wasserversorgung angelegt, die Zufahrtsstraßen von Rastenburg und von Queden wurden gepflastert und asphaltiert, schließlich wurde die ganze Anlage in zwei Teilen (nördlich und südlich der Bahnlinie) mit hohen Drahtzäunen umgeben, die Dächer der Bunker wurden mit Erde und Rasen bedeckt sowie mit Sträuchern bepflanzt. Man vernahm, daß eine ähnliche Anlage im Steinorter Forst am Mauersee (Kreis Angerburg) gebaut wurde. Den

ganzen Winter 1940/41 hindurch wurde fieberhaft Tag und Nacht gearbeitet, nachts bei Scheinwerferbeleuchtung. Allmählich wurde es dem Beobachter klar, daß es sich nur um den Bau eines Führerhauptquartiers handeln könne. Die Lage dafür war äußerst günstig, mitten in einem großen gegen Fliegeransicht Deckung gebenden Waldkomplex, im Osten geschützt durch die breite Kette der Masurischen Seen (Mauer- und Löwentin-See), umgeben von kleinen, ebenfalls Schutz gewährenden Seen, gute Bahnverbindungen, ein kleiner Flugplatz in 2 km Entfernung (bei Wilhelmsdorf), und zu allem dazu noch eine landschaftlich anmutige Umgebung. Aber der Bau eines Hauptquartiers in dieser Gegend, nahe der russischen Grenze, konnte nur die Folgerung ergeben, daß ein Krieg gegen Rußland geplant sei oder erwartet würde. Daß Rußland im gegenwärtigen Augenblick, wo Frankreich niedergeworfen und große deutsche Armeen freigeworden waren, Deutschland angreifen würde, schien im höchsten Grade unwahrscheinlich. Wollte es den mit Deutschland abgeschlossenen Neutralitätsvertrag brechen, so hätte es dies getan, als Deutschland im Westen noch stark gebunden war. In der gegenwärtigen Lage konnte es nicht den Wunsch haben, sich mit den sieggewohnten deutschen Truppen zu messen. War es wirklich denkbar, daß Hitler es wagen würde, Rußland anzugreifen? Er hatte sich stets gerühmt, um Gegensatz zur kaiserlichen Regierung 1914 einen Zweifrontenkrieg vermeiden zu haben. Würde er sich nun freiwillig dieses Vorteils begeben und sich in ein Wagnis von unberechenbaren Folgen stürzen? Die Anzeichen, daß er solche Pläne hege, mehrten sich. Schon im Herbst und Winter 1940/41 waren viele Truppen vom Westen nach dem Osten verlegt worden. Nun kamen im März 1941 und in den folgenden Monaten große Truppenmengen auch nach Ostpreußen, auch in den Kreis Rastenburg. Aber immer noch wollte die öffentliche Meinung nicht an einen Krieg gegen Rußland glauben. Von dem Ausbau des Führerhauptquartiers, das Ende Mai 1941 seiner Vollendung entgegenging, wußten selbst im Kreise Rastenburg nur wenige Menschen. So war die Überraschung groß, als am 22. Juni früh morgens im Radio die Nachricht verbreitet wurde, die deutschen Truppen hätten, „um einem erwarteten Angriff der Russen zuvorzukommen“, Rußlands Grenzen auf der ganzen Linie zwischen Memel und Bessarabien überschritten. Am nächstfolgenden Tage traf Hitler mit seinem Stabe in seinem neuen Hauptquartier, der „Wolfsschanze“, ein. Ein Bataillon des Regiments „Groß-Deutschland“ übernahm die Überwachung der Anlage. Im Norden und Süden der beiden „Sperrkreise“ — im Sperrkreis I nördlich der Bahnlinie, nahm Hitler mit seinem engeren Stabe, im Sperrkreis II, südlich der Bahn, der General Warlimont mit dem dem Führerhauptquartier zugeordneten Generalstabe Quartier —, waren starke Stacheldrahtverhaue durch den Wald hindurchgeführt, die beiden schmalen West- und Ostseiten waren zunächst nur durch einige kleine Gefechtsbunker gesichert. Der Sperrkreis I wurde zusätzlich noch durch eine Abteilung der SS stark bewacht. Um die ganze Anlage herum waren schwere und leichte Flakbatterien postiert. Diese brauchten indes nicht in Tätigkeit zu treten, weil die Russen nach dem überraschenden Überfall sich mehr oder weniger geschlagen von ihren Grenzen zurückzogen und zu Fliegerangriffen kaum fähig waren. Im Führerhauptquartier war man erst sehr optimistisch. Man glaubte, der Aufenthalt in der Görlitz würde nur wenige Wochen dauern, alsdann würde das Hauptquartier in das Innere Rußlands verlegt werden. Als es dann aber an der südlichen Front nicht so vorwärts ging, wie man gehofft hatte, hörte man doch

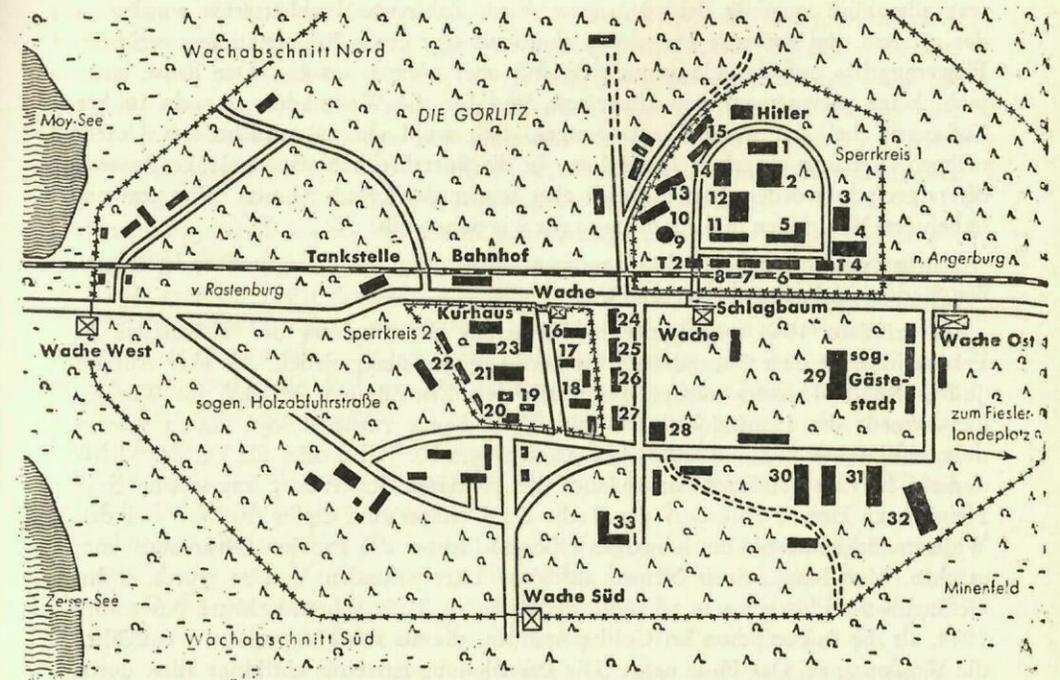
schon bedenkliche Stimmen laut werden. Aber wer hätte damals voraussagen wollen, daß Hitlers Aufenthalt in der Görlitz — von einigen Unterbrechungen abgesehen — fast 3 1/2 Jahre dauern würde? Außerlich waren Offiziere und Mannschaften gut untergebracht, die Mannschaften in Baracken, die Offiziere in den zwar engen, aber gemütlich eingerichteten Wohnbunkern, mit Kabinen, ähnlich denen eines Ozeandampfers, ausgestattet mit Holztäfelung, Zentralheizung, elektrischem Licht, fließendem Wasser, warmen Duschen etc. Das „Kurhaus“ in der Nähe der Haltestelle Görlitz, eine kleine Waldschänke, diente als Offizierskasino. In der Stadt Rastenburg und seiner näheren Umgebung begann ein reges Leben. Hitler zeigte sich zwar nie der Bevölkerung, er verließ seinen Sperrkreis nur, um gelegentlich seiner seltenen Frontbesuche zum Flugplatz zu fahren. Aber im Hauptquartier war in den folgenden Jahren ein Kommen und Gehen. Unzählige Gäste kamen zu Besuch, u. a. Mussolini, Laval, der König von Bulgarien, Admiral Horthy, Antonescu und andere ausländische Staatsmänner, Botschafter und Heerführer, deutsche Feldmarschälle, Generale, Ritterkreuzempfänger usw. Sie wurden meist in dem schön gelegenen Gästehaus in Jägerhöh am Mauersee, dem Gutshaus in Partsch, oder in dem auf dem Bahnhof in Görlitz stationierten, gegen Fliegersicht mit grünen Netzen getarnten, stets fahrbereiten Sonderzug untergebracht. Als im weiteren Verlauf des Krieges die Luftangriffe sich verstärkten, als feindliche Luftlandetruppen eingesetzt wurden, fühlte man sich im Hauptquartier nicht mehr sicher genug. Die Wolfsschanze wurde erheblich vergrößert und verstärkt. Mehrere Riesenbunker mit Wänden von 6 Metern Stärke wurden am östlichen Ausgang der Anlage gebaut, man grub hunderte von Bäumen mit riesigen Ballen im Walde aus und pflanzte sie zur Tarnung an die Bunker. Das um die ganze Anlage herumgeführte Drahthindernis wurde in einem Abstand von etwa 100 Metern durch einen zweiten Drahtverhau ergänzt, der Zwi-

#### DIE UMGEBUNG DER „WOLFSSCHANZE“



Situationsplan des Führerhauptquartiers „Wolfsschanze“.

#### FÜHRER-HAUPTQUARTIER „WOLFSSCHANZE“



#### Erläuterungen zur Karte Wolfsschanze

- |                                  |                                       |
|----------------------------------|---------------------------------------|
| 1 Küche 1 und Teehaus            | 18 Wehrmachts-Führungsstab            |
| 2 Wehrmacht (Ordonnanzen, Fahr.) | 19 Sauna                              |
| 3 Kartenhaus                     | 20 Wehrmachts-Führungsstab            |
| 4 Göring, Reichsmarschall        | 21 Führer-Begleit-Befehlsstelle       |
| 5 Keitel, Feldmarschall          | 22 Stabsbaracken                      |
| 6 Jodl, Generaloberst            | 23 Nachrichtenzentrale                |
| 7 Nachrichtenbunker              | 24 Abteilung IV b (Arzt)              |
| 8 Heizbaracke                    | 25 Schreibstube (Schirmmeister)       |
| 9 Reichs-Presse-Chef             | 26 Post                               |
| 10 Reichssicherheitsdienst       | 27 Bad                                |
| 11 Garagen                       | 28 Kompaniechef der 1. Komp.          |
| 12 Kino                          | 29 Speer, Reichsminister              |
| 13 Gästehaus                     | 30 Unterkunft d. 3. Zuges d. 1. Komp. |
| 14 Bormann                       | 31 Kammer, Schneider usw.             |
| 15 Stenographen                  | 32 Unterkunft d. 1. Zuges d. 1. Komp. |
| 16 Gästebunker                   | 33 Kasino der Komp.-Offiziere         |
| 17 Gästebunker                   |                                       |

schenraum mit Minen gespickt. Die Zugangstore zur Anlage an der Straße Rastenburg—Partsch und Görlitz—Queden wurden stark verschanzt und bewacht. Zu all diesen Arbeiten brauchte man hunderte von Arbeitskräften, Pioniere und OT-Leute, die täglich von auswärts in Sonderzügen herangeschafft wurden. Auch die Bewachung der Anlage wurde im Laufe der Zeit sehr verstärkt. Das Begleitbataillon war allmählich zu einer Brigade angewachsen. Zahlreiche Flakbatterien wurden in der näheren und weiteren Umgebung eingebaut und große Radarstationen errichtet. Fliegerangriffe auf das Hauptquartier sind aber niemals erfolgt. Der Russe hatte wohl keine geeigneten Bombenflugzeuge, und für die Westmächte war ein solcher Luftangriff bei den weiten Entfernungen doch wohl ein zu aussichtsloses Unternehmen. Versuche einzelner Individuen, in die Sperrkreise hineinzugelangen, waren öfters gemacht worden, hatten diesen aber immer das Leben gekostet. Nun war ein unbefugtes Eindringen in die Anlage so gut wie unmöglich.

Mittlerweile waren gegen 500 Bombenevakuierete aus Hamburg und anderen großen Städten im Kreise untergebracht.

Im Frühjahr 1944 war Hitler in Erwartung der Invasion der Westmächte in Frankreich nach dem Obersalzberg bei Berchtesgaden übersiedelt. Als aber Anfang Juli in Rußland unsere mittlere Front mit dem Zentralpunkt Witebsk ins Wanken kam, wurde das Hauptquartier in die Wolfsschanze zurückverlegt. Kaum war es dort, erfolgte der mißglückte Bombenanschlag vom 20. Juli. Leider fiel mit den vielen anderen hervorragenden Männern auch der im Kreise Rastenburg angesessene Graf Heinrich zu Dohna Tolksdorf der Rache der Gestapo zum Opfer. Er war von den Widerstandskämpfern zum künftigen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen vorgesehen. Man hatte seinen Namen auf einer Liste gefunden, und so wurde er im Gefängnis zu Plötzensee in schändlicher Weise zu Tode gebracht. Mitte November 1944, als die Russen schon bei Goldap standen, räumte das Hauptquartier endgültig die Wolfsschanze. Das Ende nahte. Die Parteileitung hatte die einfältige Idee, durch das Ausheben von Panzergräben und eines „Ostwalles“ den Ansturm der Russen aufhalten zu können. Schippkolonnen, Hitler-Jugend und das kurz vorher aufgestellte Volkssturmbataillon mußten überall Gräben ausheben, die praktisch nicht den geringsten Wert hatten. In der Nähe von Rastenburg fielen einige Fliegerbomben, die aber keinen Schaden anrichteten. Am 12. Januar 1945 griffen die Russen auf der ganzen Front an. Zuerst wurde die rechte Flanke unserer Stellungen zwischen Allenstein und Deutsch-Eylau eingedrückt, die Russen stießen bis Elbing durch und machten so einen Rückzug über die Weichsel unmöglich. Am Morgen des 26. Januar stand der Russe an den Grenzen des Kreises. Das Führerhauptquartier wurde von abziehenden deutschen Truppen gesprengt. Die Bevölkerung in Stadt und Land geriet in größte Erregung. Für die Evakuierung waren behördlicherseits keinerlei Vorkehrungen getroffen. Jedes eigenmächtige Verlassen seines Wohnsitzes war mit strengsten Strafen bedroht. Am Nachmittag des 26. Januar erfolgte in letzter Minute der Räumungsbefehl. Der frühere Stadtverordnetenvorsteher, Regierungsbaumeister a. D. Martin Modricker, berichtet in seiner Schrift „600 Jahre Rastenburg“ über die allerletzten Ereignisse folgendes: „Jetzt hieß es: Rette sich, wer kann. Ein Strom zahlloser Fußgänger, Fahrzeuge, Kraftwagen, vermischt mit militärischen Abteilungen, ergoß sich vor allem auf die Hauptchaussee nach Königsberg, bei 15° Kälte und eisigem Wind, stellenweise hohem Schnee. Der größte Teil der Bevölke-

rung blieb jedoch zurück, da er sich so Hals über Kopf nicht zur Flucht entschließen konnte. Wenige Stunden später aber war es schon zu spät; in den Morgenstunden des 27. Januar rückten die bolschewistischen Truppen in die Stadt ein. Es begann nun eine Schreckenszeit, wie sie die Stadt in den 600 Jahren ihres Bestehens nicht gesehen hatte. Die ganze Unmenschlichkeit der östlichen Steppe tobte sich in kaum vorstellbarer Weise aus. Zahlreiche Bürger, vor allem die sogenannten Kapitalisten, aber auch Arbeiter, Angestellte und kleine Beamten wurden erschossen. Andere zogen es vor, beim Anblick der schrecklichen Grausamkeiten freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Eine große Anzahl aber, vor allem Frauen, wurden nach Sibirien verschleppt. 4000 sollen schätzungsweise den Todesmarsch nach dem Osten angetreten haben. Die meisten von ihnen sind elend umgekommen oder verschollen. Nur wenige sind, oft seelisch und körperlich zerrüttet, zurückgekehrt.

Ohne Kampfhandlung war die Stadt unbeschädigt in die Hände der Feinde gefallen. Ohne Sinn und Zweck wurde sie aber dann von den einrückenden Truppen in Brand gesteckt. Nach Berichten ehemaliger Rastenburger, die die Schreckenszeit miterlebt haben und später ausgewiesen wurden, sind folgende Straßenzüge vollständig oder zum größten Teil heruntergebrannt: Vordere und hintere Neustadt, Mauerstraße, Poststraße, Rollberg, Ritterstraße mit dem Arno-Holz-Platz, Vordere und Hintere Kirchenstraße, Neuer Markt und Angerburger Straße — also die ganze Innenstadt. Aber auch die anderen Stadtteile weisen zum Teil recht große Lücken auf. Ein Raub der Flammen ist auch das Ordensschloß geworden. Die öffentlichen Gebäude sind jedoch erhalten geblieben.“

Und ebenso ging es in den ländlichen Bezirken des Kreises zu. Nur wenige konnten sich mit Wagen und Pferden oder zu Fuß über das Eis des Frischen Haffs und über die Nehrung retten. Viele kamen auf dieser Flucht ums Leben, so auch der Landrat Schulz, der im Auto bei der Überfahrt über das Haff ertrank.

Alles, was in jahrhundertelanger Pionierarbeit von den Ordensrittern angefangen bis zur Jetztzeit von der kerndeutschen Bevölkerung aufgebaut war, wurde durch die erbarmungslose rote Flutwelle aus dem Osten vernichtet.

Auf einer Anhöhe vor den Toren Rastenburgs stand, verbunden mit einem Ehrenfriedhof, das Kreisehrenmal für die Gefallenen aus dem ersten Weltkrieg, ein monumentaler hoher, offener Rundbau mit Spitzbögen, aus heimischem Feldstein gemauert; in der Mitte ein gewaltiger Gedenkstein, gekrönt von einem schmiedeeisernen Kreuz, auf dem die Worte „Ich lebe“ angebracht waren. Bei der feierlichen Grundsteinlegung war in das Innere des Gedenksteins eine Pergamentrolle in kupfernem Gehäuse eingemauert, auf der die Namen der 1 330 im ersten Weltkriege aus dem Kreise Rastenburg Gefallenen verzeichnet waren. Auf zwei Pfeilern des Denkmals waren Gedenksteine für die beiden Rastenburger Regimenter angebracht, für das kurz vor dem Kriege neugegründete Feld-Artillerieregiment Nr. 82 und für das älteste Regiment der alten preußischen Armee, das Grenadier-Regiment König Friedrich der Große (3. Ostpr.) Nr. 4. Es war im Jahre 1626, im Dreißigjährigen Kriege, auf Veranlassung des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg von dem Obristen Hillebrand von Kracht gegründet. Die Gedenktafel zierte das alte Wappen derer von Kracht. Entworfen war der Bau von dem Bremer Architekten Stoffregen, aufgeführt von der Firma Modricker/Rastenburg. Eingeweiht wurde es am 300jährigen Jubiläumstage des Grenadier-Regiments, am 1. Mai 1926, unter großer Beteiligung

aus Stadt, Kreis, Provinz und Reich. Die Polen haben das würdige Denkmal dem Erdboden gleichgemacht. Unvergessen aber soll der in Stein gehauene Wappenspruch des alten Obristen von Kracht bleiben. Möge er all denen, die von ihrer Heimat vertrieben sind und sich nach ihr zurücksehnen, Trost und Hoffnung sein:

„LEBE BESTÄNDIGK, KEIN UNGLÜCK EWIGK“

*Dodo Freiherr zu Knyphausen*

Der letzte Landrat der „alten Zeit“ hat den Kreis Rastenburg 20 Jahre lang geleitet, bis er Ende 1934 von den damaligen Machthabern ohne Angabe von Gründen abberufen wurde. In seiner Persönlichkeit und in seinem beruflichen Leben spiegelt sich das zu Ende gehende Zeitalter des Bürgertums und die Problematik des Überganges von Monarchie zu Demokratie wider. Die vornehme Gesinnung und innere Ausgeglichenheit dieses Landrats haben dazu beigetragen, daß der Kreis und seine Bevölkerung in den Weimarer Tagen und im Aufruhr des Jahres 1933 vor großen inneren Erschütterungen und Zwistigkeiten bewahrt blieb.

Dodo Freiherr zu Innhausen und Knyphausen war im Jahre 1877 auf dem Landsitz seiner Eltern im damaligen Landkreis Dortmund geboren worden, als das 5. von 8 Geschwistern. Er und seine 4 Brüder waren stattliche, hervorragend aussehende Männer, die sich alle eines ungewöhnlichen Ansehens ihrer Mitmenschen erfreuten und das harmonische Miteinander, das sie in ihrem Elternhause erfahren hatten, bis in das hohe Alter hinein bewahrten. Ein gut Teil westfälischer Denkungsart war Erbeil unseres Landrats. Sein Großvater mütterlicherseits, der Graf von Bodelschwingh — Plettenberg war Mitglied des preußischen Herrenhauses gewesen, hatte aber von diesem Ehrenamt aus Protest gegen den König von Preußen keinen Gebrauch mehr gemacht, nachdem Bismarck im Jahre 1872 die Annahme der preußischen Kreisordnung im Herrenhause durch einen „Pairsschub“ erzwungen hatte.

Knyphausen, der die Verwaltungslaufbahn erwählt hatte, wurde nach Ausbildungsjahren bei Verwaltungsbehörden im Westen Preußens im Jahre 1906 nach Königsberg Pr. versetzt, wo er — nach kurzer Einarbeit beim Polizeipräsidenten — 6 Jahre als Regierungsassessor beim Oberpräsidenten Dienst tat. Bald haben ihn Landschaft und Menschen seiner neuen Heimat in ihren Bann geschlagen. Besonders beeindruckte ihn das starke Zusammengehörigkeitsgefühl der Ostpreußen, von dem er spürte, daß es „in diesem von der slawischen Flut umbrandeten Lande“ stärker sei als in den anderen Provinzen. Die Landschaft lernte er vor allem von seinem im Seebad Neuhäuser gelegenen, im Biedermeierstil einst von den Bernstein — Douglas's erbauten Sommerhäuschen lieben. Er schrieb später: Ganz besonders schön sind in Ostpreußen die Sonnenuntergänge an der See, der ganze weite Westhimmel erstrahlt dann in den weichsten Farben.

Die Tätigkeit beim Königsberger Oberpräsidenten — dem damals neben dem Oberpräsidialrat nur 3 oder 4 Referenten beigegeben waren — brachte Kn. nicht nur reiche Erfahrung auf allen Gebieten der Verwaltung sondern auch die Bekanntschaft mit bedeutenden Verwaltungsleuten, aber auch Künstlern, Musikern und Soldaten. Kommandierender General von Ostpreußen war damals Kluck, dem 1914 zu Unrecht die Schuld am Verlust der Marneschlacht in die Schuhe geschoben wurde, und vor

ihm einer der großen ostpreußischen Söhne, Colmar Freiherr von der Goltz, der spätere Feldmarschall und Reorganisator der türkischen Armee. Von ihm schreibt Kn.: „... ein vorzüglicher Soldat und dabei großer Gelehrter, für den sein ganzes Corps durchs Feuer ging. Seine Reden und Ansprachen waren ein geistiger Hochgenuß.“

Kn. wurde dann 1912 im Juni kommissarisch mit der Verwaltung des durch den plötzlichen Tod des Landrats Freiherr von Schmiedseck freigewordenen Landratsamtes in Rastenburg beauftragt. Seine endgültige Ernennung stieß auf Schwierigkeiten. Im Kreistage, der anzuhören war, votierte eine Mehrheit unter Führung des Gutsbesitzers Freiherr von Schenck auf Großpartsch zunächst für den aus Wossau stammenden Regierungsrat von Queiss, dessen Großvater und Vater auch Landräte in Rastenburg gewesen waren, (bis 1885). Es war im Grunde ein Machtkampf zwischen Schenck und dem ebenfalls dem Kreistage angehörenden Graf Fritz zu Eulenburg-Prassen, der für Knyphausen eintrat. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien im Kreistage wurde ziemlich erbittert geführt — erklärlich auch daraus, daß damals der noch junge, aufstrebende Graf Eulenburg von der bäuerlichen Bevölkerung besonders im Süden des Kreises mit einem gewissen Argwohn betrachtet wurde. Als sich herausstellte, daß Queiss, der schon über 50 Jahre zählte, auch deswegen gar nicht präsentationsfähig war, weil er noch nicht ein Jahr lang als Mit-eigentümer von Wossau eingetragen war, — fand die endgültige Ernennung Kns. durch den Minister des Innern die Zustimmung der zunächst Widerstrebenden (6. 1. 1913). Dieser Vorfall ist auch deswegen bemerkenswert, weil es in damaliger Zeit in Preußen nur sehr selten vorkam, daß ein Kreistag sich nicht zu einem einstimmigen Votum für einen Landrat zusammenfand.

Der neue 35 Jahre alte Landrat hatte knapp 2 Jahre Zeit, um sich einzuarbeiten und Land und Leute kennenzulernen, bevor der 1. Weltkrieg ausbrach, der nach einigen Wochen zur Überflutung der Provinz und auch des Kreises Rastenburg durch russische Truppen führte. Kn. hat in seinen „Erinnerungen“ die Ereignisse seit Kriegsausbruch, Hoffnungen und Ängste der Bevölkerung bis zur dramatischen Zuspitzung nach der Schlacht von Gumbinnen, den Rückzug unserer Truppen und die Flucht fast der ganzen Bevölkerung, schließlich dann die Wende nach der Vernichtung der Narew-Armee bei Tannenberg anschaulich geschildert. Die Landräte wurden — entgegen der ursprünglichen Planung — auf Grund der Erfahrungen in den bereits in Feindesland gefallen Grenzkreisen (Landrat Peters in Lyck z. B. war von den Russen verschleppt worden) — angewiesen, sich einer russischen Gefangenschaft zu entziehen und also nicht am Amtssitz zu bleiben — eine Anordnung, die Kn. in ernste Gewissenskonflikte stürzte. Da aber infolge eines am 22. 8. in letzter Minute ergangenen, sehr unbedachten Befehls des Armeekorps-Oberkommandos Vieh und Ernte so schnell wie möglich hinter die Weichsel gebracht werden sollten, was die Einwohner der ländlichen Ortschaften zum sofortigen Aufbruch, zur Flucht mit Pferd und Wagen veranlaßte, wurde Kn. auch der Entschluß leichter, Rastenburg kurz vor dem Einmarsch der Russen auf seinem Reitpferd und von einem Gendarmen begleitet, zu verlassen. Auf seinem Ritt nach Elbing sah er die vielen verlassenen Ortschaften und Güter seines Kreises, die auf den Straßen sich stauenden unendlichen Flüchtlingstrecken und die körperliche und seelische Not der heimatlos gewordenen Bevölkerung. Wer weiß heute nach den alles überschattenden Schrecken der Vertreibung im Winter 1945, daß 30 Jahre vorher sich schon einmal sehr Ähnliches in dieser durch

alle Jahrhunderte geprüften Provinz abgepielt hatte. Auch damals wußte niemand von den Flüchtigen, ob er die Heimat wiedersehen würde. Als Kn. dann Anfang September unmittelbar hinter der die russische Nordarmee zurückdrängenden deutschen Kampfeslinie den eigenen Kreis wieder betrat, konnte er als einer der ersten Zivilisten Zeuge aller Verluste an Leib und Leben, an Gut und Habe werden und die ersten Hilfsmaßnahmen in die Wege leiten, während im Norden des Kreises bei Barthen und Drengfurth noch tagelang gekämpft wurde.

Krieg und Nachkriegszeit haben den Landrat des Kreises Rastenburg vor keine außergewöhnlichen Aufgaben gestellt. Der Wiederaufbau der zerstörten Gehöfte, die Entschädigung der Verluste des Einzelnen, die Rückführung der geflüchteten Bevölkerung, das Ingangbringen der landwirtschaftlichen Produktion, schließlich dann die Kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte und Lebensmittel nahmen alle Kräfte in Anspruch; hier wie anderswo bewirkte die Kreisverwaltung die allmähliche Umstellung auf das moderne Bedürfnis der Daseinsvorsorge mit einem sich rasch vergrößernden Apparat. Die Revolution von 1918 bildete für diese verwaltungsmäßigen Notwendigkeiten eine kaum meßbare Zäsur. Und so haben auch die 20er Jahre die Verwaltung des Kreises vor keine ungewöhnlichen Probleme gestellt: Das Kreiskrankenhaus wurde modernisiert und erweitert, ein Altersheim gebaut und der Sparkasse zusätzlich Raum geschaffen. Die Weltwirtschaftskrise brachte auch in Rastenburg in den Jahren nach 1929 bedenkliche Entwicklungen, vor allem im Kreditgewerbe, — Kn. konnte durch persönliches Eingreifen eine Panik der Bevölkerung abwenden — die Verwaltung wurde bei der Durchführung der Osthilfemaßnahmen zugunsten der mehr und mehr bedrängten Landwirtschaft eingeschaltet, während der Kreiskommunalverband durch die Betreuung der ausgesteuerten Arbeitslosen, deren Zahl von Jahr zu Jahr anwuchs, in eine schier ausweglose Verschuldung verstrickt wurde.

Daß Kn. alle diese Probleme mehr oder weniger lautlos meistern konnte, verdankte er dem großen Ansehen, daß er in der Kreisbevölkerung genoß und das sich vor allem auf seine ausgeglichene und jederzeit zum Ausgleich bereite, ebenso energische wie einsichtige Persönlichkeit gründete, aber auch sein Gerechtigkeitsgefühl und seine Bereitschaft zu helfen, wo immer es not tat. Er verwuchs mit dem Kreise und seinen Menschen auch durch den Ankauf des Gutes Görlitz vor den Toren der Kreisstadt, das er von letzterer alsbald nach seiner Amtsübernahme erworben hatte und auf dem er sich besonders glücklich gefühlt hat. Sein Ansehen bei der Kreisbevölkerung erlitt auch kaum Schaden dadurch, daß er seine konservative Gesinnung, der er nach Geburt und Erziehung verbunden war, nie gewechselt und auch wohl das neue Regiment nach 1918 innerlich nicht anerkannt hat. Die Abhaltung der Verfassungsfeier am 11. 8., zu der er von Amtswegen verpflichtet war, war ihm im Rückblick ein „böser Traum“. Aber er glaubte wie viele der noch der Monarchie entstammenden Patrioten gerade um der Idee des preußischen Staates willen auch nach dem Umsturz „trotz aller Anfeindungen und Unannehmlichkeiten auf seinem Platze ausharren zu müssen, um die alte Staatsgesinnung und die Tradition zu wahren“. Der Dienst im neuen Staate wurde ihm leichter gemacht durch seine starke Neigung für soziale Fragen: Die Beseitigung und Linderung der durch den Krieg und seine Folgen hervorgerufenen Notstände und überhaupt die soziale Fürsorge wurde ihm ein ernstes Anliegen, für das er mit Initiative im eigenen Kreise, aber auch im Vorstand und Wohlfahrts-

ausschuß des Landkreistages — er gehörte beiden Gremien seit deren Gründung an — wirkte, aufgeschlossenen den praktischen Forderungen einer neuen Zeit. Seine Vorgesetzten im republikanischen Staate — Oberpräsident und Innenminister — die um seine konservative Grundhaltung wußten, haben die zeitnahe Einstellung des Landrates anerkannt. War es doch seine Maxime, daß sich der Landrat unbeschadet seiner persönlichen Denkart parteipolitisch nicht festlegen dürfe, vielmehr Vertrauensmann der ganzen Bevölkerung und nicht nur eines Teiles derselben zu sein habe. Kn. hatte so auch den Kapp-Putsch, der zahlreichen ostpreußischen Landräten ihr Amt kostete, ohne Schaden überstehen können, wobei ihm zugute gekommen sein mag, daß er Kapp schon aus seiner Oberpräsidialzeit her kannte und wußte, „daß jener sehr von sich und seiner Unfehlbarkeit überzeugt war, etwas skrupellos in seinen Mitteln und Wegen sich durchzusetzen, auch wohl seine Gedanken nicht in allen Konsequenzen zu Ende denkend“.

Das Ende des Weimarer Systems mit dem sogenannten „Preußenschlag“ 1932 hat Kn. offenbar nicht ungerne gesehen. Zu sehr war ihm die Hilflosigkeit der verantwortlichen Stellen gegenüber der Not der Zeit vor Augen getreten. Über die Tragik, die im Sturze Brüning lag, den er für klug aber doch zu sehr parteigebunden hielt, ist er sich wohl erst später klar geworden.

So hat Kn. seinen Platz auch unter ihm nicht immer zusagenden politischen Verhältnissen ausgefüllt. Er fand die Anerkennung seiner Kreiseingesessenen, aber auch des preußischen Innenministers, der ihn gegen mancherlei Beschwerden republikanischer Stellen und Bevölkerungskreise und mancherlei Bedenken gehalten hat, während ihn der NS-Staat, der den Ideologien des alten Preußens zu entsprechen vorgab, ihm, einem Träger dieser Idee den Stuhl vor die Türe setzte.

#### *Landrat Schultz*

##### Personalien

Schultz war viele Jahre Lehrer in Wendehnen bei Korschen gewesen, also kein gelernter Verwaltungsbeamter. Er war einer der wenigen Landräte in Ostpreußen, die — entgegen den damals ergangenen Richtlinien — das Amt des Landrates mit dem des Kreisleiters in seiner Person vereinigten. Die große Machtfülle, die damit in seine Hand gegeben war, hat er nicht mißbraucht. Er begegnete allen Kreiseingesessenen in dem ehrlichen Bestreben, gerecht zu sein und ausgleichend zu wirken. Das darf im Rückblick auf jene Zeiten anerkannt werden, zumal die Ziele, nach denen damals die Verwaltung einerseits, der Parteiapparat andererseits zu handeln hatten, sich nicht immer in Übereinstimmung bringen ließen. Eines besonderen Schutzes des Landrates erfreuten sich die Berufsstände des Kreises, denen er jederzeit Förderung und Unterstützung angedeihen muß. Das wirkte sich z. B. in der Kriegsernährungswirtschaft im Verhältnis zu allen Bauern und Landwirten wohlthätig aus und sicherte ihm das Vertrauen gerade auch dieser Kreise.

Landrat Schultz hat unter der viel zu späten Räumung des Kreises, den viel zu späten Fluchtbefehlen, für die Gauleitung und Reichsverteidigungskommissar verantwortlich waren, gegen die eine offene Auflehnung auch für ihn unmöglich war, gelitten, und die Treue zu seiner Heimat, — schließlich selbst auf der Flucht — mit dem Tode in den eisigen Fluten des Frischen Haffes besiegelt.

## Die Kreisvertretung in ihrer Zusammensetzung

Nach dem Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1930

Die Kreisvertretung des Kreises Rastenburg bestand aus Kreisausschuß, Kreistag und Kreisdeputierten (für den Landtag).

### 1. Der Kreisausschuß.

Der Kreisausschuß hat im Kalenderjahr 1930 11 Sitzungen abgehalten und dabei über 578 Vorlagen Beschluß gefaßt. Verwaltungstreitsachen waren 12 anhängig. In der Zusammensetzung des Kreisausschusses ist nach der am 23. Dezember 1929 erfolgten Neuwahl keine Veränderung eingetreten. Dem Kreisausschuß gehörten an:

als Vorsitzender:

Landrat Freiherr zu Knyphausen.

Mitglieder:

1. Majoratsbesitzer Graf zu Eulenburg-Prassen,
2. Erster Bürgermeister Schrock-Rastenburg,
3. Kirchschullehrer Schroeder-Lamgarben,
4. Gewerkschaftsführer des Deutschen Landarbeiterverbandes Ehleben-Rastenburg,
5. Oberstadtsekretär Born-Rastenburg,
6. Arbeiter Piaskowski-Rastenburg.

Stellvertreter:

1. Rittergutsbesitzer Schultz-Fademrecht-Lamgarben,
2. Schneidemühlenbesitzer H. Reschke-Rastenburg,
3. Maurer- und Zimmermeister Maeckelburg-Korschen,
4. Frau Anna Ehleben-Rastenburg,
5. Siedler Gustav Bommel-Schrengen,
6. Maurer August Mittelsteiner-Rastenburg.

### 2. Der Kreistag.

Der Kreistag hat im Kalenderjahr 1930 dreimal getagt und über 25 Vorlagen Beschluß gefaßt.

Dem Kreistag gehörten seit der Neuwahl am 17. November 1929 als Kreistagsabgeordnete an:

Graf zu Eulenburg, Majoratsbesitzer, Prassen,  
Schrock, Otto, Erster Bürgermeister, Rastenburg,  
Mittelsteiner, Georg, Besitzer, Groß-Neuhof,  
Pupath, Friedrich, Arbeiter, Plötnick,  
Wannovius, Erich, Kaufmann, Rastenburg,  
Behrendt, Otto, Besitzer, Wolfshagen,  
Enders, Benno, Malermeister, Rastenburg,  
Tietz, Hans, Rentier, Grünthal,  
Chlebowitz, Rudolf, Gemeindevorsteher, Korschen,  
Maeckelburg, Max, Maurer- u. Zimmermeister, Korschen,  
Saalmann, Ludwig, Grundbesitzer, Alt-Rosenthal,

Schroeder, Ernst, Kirchschullehrer, Lamgarben,  
Bocksnick, Karl, Reichsbahnsekretär, Korschen,  
Schulz, Fritz, Lehrer, Wendehnen,  
Ehleben, Emil, Kreisleiter der D. L. V.-Rastenburg,  
Sack, Gustav, Streckenarbeiter, Langheim,  
Born, Franz, Oberstadtsekretär, Rastenburg,  
Behm, Julius, Reichsbahnsekretär, Korschen,  
Pachur, Horst, Maurermeister, Rastenburg,  
Bommel, Gustav, Siedler, Schrengen, (Scharfs),  
Schareyka, Friedrich, Reichsbahnarbeiter, Krausendorf,  
Kulz, Kral, Deputant, Barten,  
Piaskowski, August, Arbeiter, Rastenburg,  
Radtke, Anton, Bahnarbeiter, Korschen,  
Görigk, August, Arbeiter, Rastenburg.

### 3. Kreisdeputierte waren:

Schneidemühlenbesitzer Hermann Reschke-Rastenburg,  
Kreisleiter Emil Ehleben, Rastenburg.

Leider wird uns über die Verteilung der Sitze auf die verschiedenen politischen Parteien nichts gesagt. Der Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1931 notiert nur kurz: Der Kreisausschuß hat 10 Sitzungen abgehalten und dabei über 436 Vorlagen Beschluß gefaßt. Verwaltungstreitsachen waren 5 anhängig. Das stellv. Kreisausschußmitglied Siedler Gustav Bommel, Schrengen, ist aus dem Kreise Rastenburg verzogen. Als Ersatzmann ist der Maurermeister Horst Pachur, Rastenburg, festgestellt worden. Weitere Änderungen in der Zusammensetzung des Kreisausschusses sind nicht eingetreten.

Der Kreistag hat im Kalenderjahr 1931 über 15 Vorlagen Beschluß gefaßt. Aus dem Kreistage sind infolge Fortzugs die Kreistagsabgeordneten Arbeiter Friedrich Pupath, Plötnick, und Siedler Gustav Bommel, Schrengen, ausgeschieden. Als Ersatzmänner sind der Deputant Wilhelm Riemann, Nohnkeim, und der Freiarbeiter August Hoffmann, Wilkendorf, festgestellt worden. Die Einführung der beiden neuen Kreistagsmitglieder soll auf dem nächsten Kreistage erfolgen.

Im Kalenderjahr 1932 hat der Kreisausschuß 8 Sitzungen abgehalten und dabei über 304 Vorlagen Beschluß gefaßt. Verwaltungstreitsachen waren 5 anhängig. Änderungen in der Zusammensetzung des Kreisausschusses sind nicht eingetreten.

Der Kreistag hat im Kalenderjahr 1932 zweimal getagt und über 27 Vorlagen Beschluß gefaßt. Durch Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 4. Februar 1933 sind die Kreistage aufgelöst worden. Die Neuwahl findet am 12. März 1933 statt.

Mit diesen kurzen, sachlichen Feststellungen verabschiedete sich das demokratische Staatswesen der Weimarer Republik.

Der Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1933 berichtet über die Neubildung des Kreisausschusses:

Infolge der Auflösung und Neuwahl des Kreistages fand am 3. April 1933 eine Neuwahl des Kreisausschusses statt. Dem Kreisausschuß gehören zur Zeit, außer dem Landrat als Vorsitzenden, folgende Mitglieder an:

1. Schulz, Fritz, Lehrer — Wendehnen,
2. Bredschneider, Werner, Landwirt — Wickerau,
3. Graf zu Dohna, Heinrich, Landwirt — Tolksdorf,
4. Struck, Günther, früherer Kreisleiter — Rastenburg,
5. Gutteck, Fritz, Landwirt — Wilkendorf,
6. Partikel, Hans, Rechtsanwalt — Rastenburg.

Der Kreisausschuß hat im Kalenderjahr 1933 12 Sitzungen abgehalten und dabei über 489 Vorlagen Beschluß gefaßt. Verwaltungsstreitsachen waren 6 anhängig.

Der Kreistag ist am 12. März 1933 neu gewählt worden und hat zweimal und zwar am 3. April und 5. Mai 1933 getagt und über 22 Vorlagen Beschluß gefaßt. Auf Grund des Gesetzes vom 17. Juli 1933 sind die Zuständigkeiten der Kreistage auf die Kreisausschüsse übergegangen.

Kreisdeputierte sind:

1. Schulz, Lehrer — Wendehnen,
2. Struck, früherer Kreisleiter — Rastenburg.

Die Auswirkungen von Hitlers Machtübernahme zeigt der Verwaltungsbericht des Kreises Rastenburg für das Rechnungsjahr 1934. Es heißt dort:

Durch Erlaß des Preußischen Ministers des Innern ist der Landrat Freiherr zu Knyphausen im Dezember 1934 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Mit der Verwaltung des Landratsamtes ist der 1. Kreisdeputierte und Kreisausschußmitglied, Lehrer Fritz Schulz-Wendehnen, beauftragt worden. Dem Kreisausschuß gehören zur Zeit außer dem Landratsamtsverwalter, folgende Mitglieder an:

1. Bredschneider, Werner, Landwirt, Wickerau,
2. Graf zu Dohna, Heinrich, Landwirt, Tolksdorf,
3. Raschke, Max, Mühlenbesitzer, Rehstall,
4. Gutteck, Fritz, Landwirt, Wilkendorf,
5. Partikel, Hans, Rechtsanwalt, Rastenburg.

Der Kreisausschuß hat im Kalenderjahr 1934 10 Sitzungen abgehalten und dabei über 364 Vorlagen Beschluß gefaßt. Verwaltungsstreitsachen waren 14 anhängig.

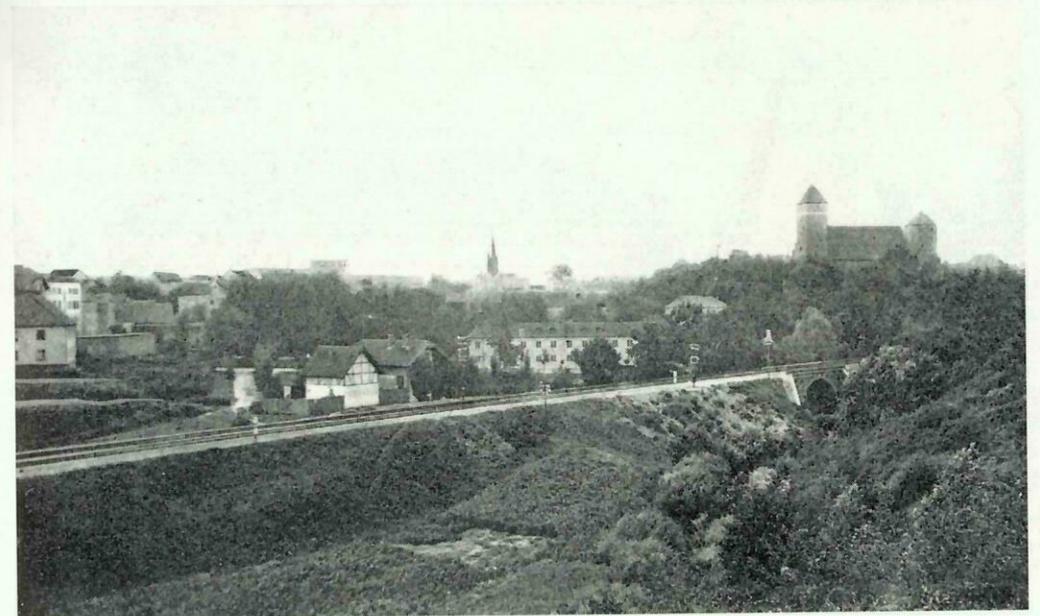
Kreisdeputierte sind:

1. Schulz, Fritz, Lehrer, Wendehnen,
2. Gutteck, Friedrich, Landwirt, Wilkendorf.

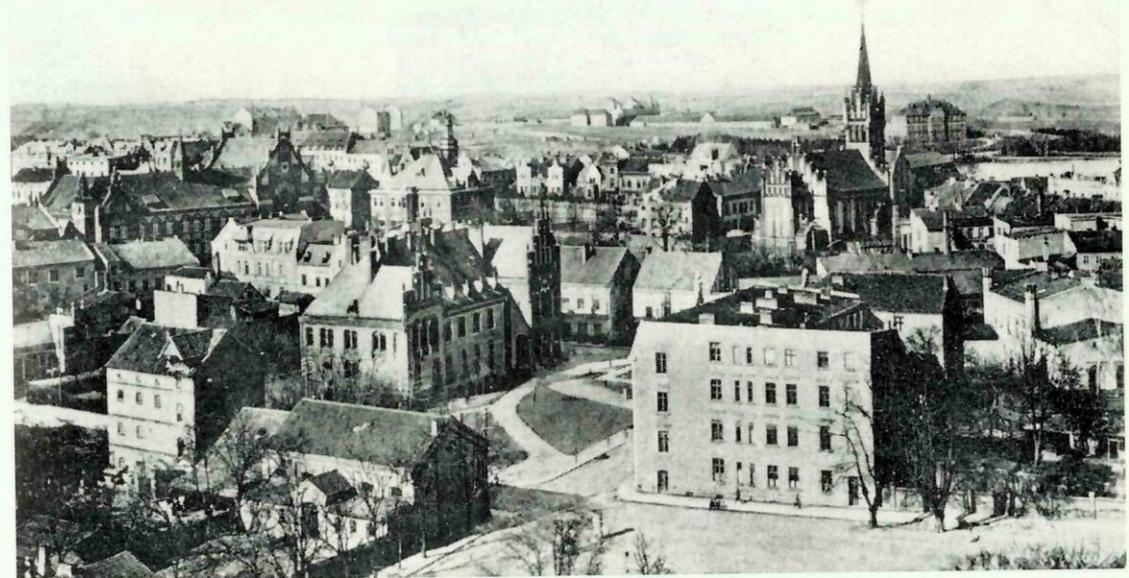
Das Kapitel über den Kreistag ist aus dem Verwaltungsbericht verschwunden und damit die demokratische Regierungsform beseitigt.

Im Bericht für das Jahr 1935 heißt es nur noch, daß in der Besetzung des Kreisausschusses keine Veränderungen eingetreten sind und daß der Ausschuß 7 Sitzungen im Kalenderjahr 1935 abgehalten hat und dabei über 266 Vorlagen Beschluß gefaßt hat.

Die weiteren Berichte bis zum Jahre 1938 bringen über den Kreisausschuß außer über kleinere personelle Veränderungen keinerlei neue Gesichtspunkte.



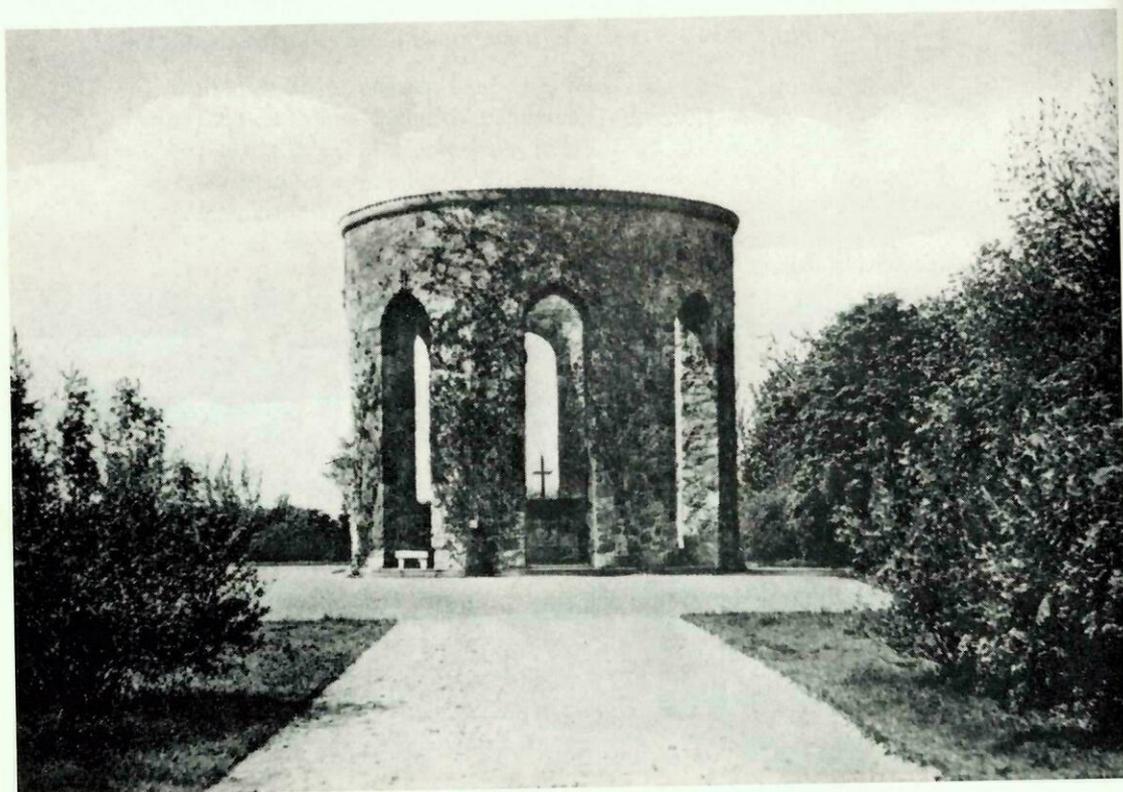
*Blick auf die Stadt Rastenburg damals.*



*Rastenburg heute. Blick von der St. Georgskirche.*



Denkmal der 4. Grenadiere und Schloß in Rastenburg  
(eingeweiht Mai 1926, 1945 von den Russen niedergedrückt).



Rastenburg. Kreisbrennmal 1914/18.

## Die kommunale Kreisverwaltung.

nach den Verwaltungsberichten von 1930—1938

Die Arbeit der kommunalen Kreisverwaltung teilte sich in der Zeit von 1930—1932 in folgender Weise auf:

### A. Hauptverwaltung.

Von ihr wurden die Arbeiten folgender Einrichtungen ausgeführt: 1. Kreisauschuß. 2. Kreistag. 3. Kreisdeputierte. 4. Rastenburger Kleinbahnen. 5. Angelegenheiten der Landgemeinden. 6. Kommunale Lastensenkung in den Landgemeinden. 7. Erschließung neuer Einnahmequellen in den Landgemeinden. 8. Angelegenheiten der Amtsbezirke. 9. Angelegenheiten der Standesamtsbezirke. 10. Kommunalbezirksveränderungen. 11. Siedlungen der Ostpreußischen Landesgesellschaft und der Ostpreußischen Heimstättengesellschaft, Zweigstelle Lötzen. 12. Saatgutkredite. 13. Feuerlöschwesen. 14. Kreis Krankenhaus. 15. Landwirtschaftsschule Rastenburg. 16. Ländliche Fortbildungsschulen. 17. Hebammenwesen. 18. Landwirtschaftliche Unfallversicherung. 19. Osthilfe. 20. Ostpreußenhilfe. 21. Steuerverwaltung (1. Direkte und indirekte Kreissteuern. 2. Steuerüberweisungen.)

### B. Kreisbauamt.

Es war zuständig für Kreis- und Provinzialstraßen, Kreis- und Gemeindewege, für Straßenneubauten und unterhielt eine Bauberatungsstelle, in der die Bauzeichnungen zur Prüfung vorgelegt werden mußten.

### C. Kreiswiesenbauamt.

Aufgabe dieses Amtes war es, Regulierungsarbeiten an den Wasserläufen (Guber, Schwarzes Fließ usw.) und Ackerdränagen durchzuführen, resp. die diesbezüglichen Arbeiten der 52 Wasser- und Dränagegenossenschaften im Kreisgebiet zu unterstützen.

### D. Kreissparkasse.

Unterhaltung des Hauptbetriebes in der Kreisstadt und der Zweigstelle in Korschen.

### E. Kreiswohlfahrtsstelle.

Hierzu gehörten: 1. Kreisjugendamt. 2. Das Arbeitsgebiet der Jugendpflege. 3. Öffentliche Fürsorge (hierzu gehört das Kreisaltersheim, Versorgung der Kriegsbeschädigten, Altrentner usw.). 4. Der Kreiskommunalarzt. 5. Die Kreisfürsorgerin. 6. Die Kreisbücherei. 7. Die Kriegergräberfürsorge. 8. Die Rechtsauskunftsstelle. 9. Die Nebentätigkeit. Auch ein Kreiswanderkino wurde von der Kreiswohlfahrtsstelle unterhalten.

Bisweilen mußten dem einen oder anderen Amt Sonderprojekte zugewiesen werden wie z. B. Unterstützung bei Wetterschäden (1932), oder das Osthilfe-Sicherungsverfahren.

Nach Hitlers Machtübernahme änderte sich einiges in den Ressorts und Zuständigkeiten, die Grundeinteilung der Kommunalverwaltung aber blieb wie vorher, ledig-

lich eine Spezifizierung der einzelnen Posten ist zu bemerken, dies im besonderen nach der Absetzung des bisherigen Landrats. Wir sehen dies deutlich am Bericht der Kommunalverwaltung für das Jahr 1935, der sich folgendermaßen gliedert:

A. *Hauptverwaltung*. Hier erscheinen folgende Posten im Jahresbericht von 1935: 1. Kreisaußschuß. 2. Beamte. 3. Kreiswälder. 4. Kreisverwaltungsgericht. 5. Rastenburg Kleinbahnen. 6. Ostpreußenwerk-Aktiengesellschaft. 7. Angelegenheiten der Landgemeinden. 8. Angelegenheiten der Amtsbezirke. 9. Angelegenheiten der Standesamtsbezirke. 10. Trinkmilkmarktregelung. 11. Feuerlöschwesen. 12. Kreiskrankenhaus. 13. Bäuerliche Werkschule Rastenburg. 14. Ländliche Fortbildungsschule. 15. Kreis-Rechnungs- und Gemeinde-Prüfungsamt. 16. Steuerverwaltung.

#### B. *Kreisbauamt*.

Zum Straßenbau traten als neue Aufgabe Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinzu.

#### C. *Kreiswiesenbauamt*.

Wie unter B. erscheint als neue Aufgabe die Arbeitsbeschaffung.

#### D. *Kreiswohlfahrtsstelle*.

Zu ihren Arbeitsgebieten gehörten: Öffentliche Fürsorge, Kreisaltersheim, Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, Zusatzrenten, Einstellungszwang Schwerbeschädigter, Erziehungs- und Berufsfürsorge für Kriegerwaisen, Krankenhilfe, Krüppelfürsorge, Vorzugsrentenverfahren, Kleinrentnerfürsorge, Kreisbücherei Rastenburg, Kreisjugendamt (A. Allgemeines. B. Amtsvormundschaft: Pflegekinder, Gemeindegewaltensrat, Fürsorgeerziehung, Schutzaufsicht, Jugendgerichtshilfe, Jugendpflege, Kreisbildstelle, Wochenfürsorge, Kreishebammenstelle, Gesundheitsfürsorge, Gemeindegewaltenswesen, Kreispressestelle, Wohnungsamt, Wohnungsbau, Osthilfe, Kreissparkasse).

Im Jahresbericht für 1936 erscheint im Rahmen des Kreisbauamts die Einrichtung eines Kreiswohnungsamtes. Im Rahmen der Kreiswohlfahrtsstelle ist anscheinend die flexibelste Entwicklung zu beobachten. Ab 1. 4. 1936 ging die Lungenfürsorgestelle, die bisher dem Vaterländischen Frauenverein unterstanden hatte, auf den Kreis über und wurde der Kreiswohlfahrtsstelle zur Betreuung angegliedert. Ebenso erscheint ab 1936 das Gemeindegewaltenswesen als fester Posten. Die Kreissparkasse erscheint 1936 wieder als einer der 5 Hauptposten der Kommunalverwaltung unter E.

Ab 1937 gab es im Rahmen der Hauptverwaltung einen Kreisinformationsdienst, der Berichte und Meldungen über Vorgänge aus der Kreisverwaltung und über andere behördliche Maßnahmen in den örtlichen Zeitungen veröffentlichte. Auch setzte in diesem Jahre die „kommunalpolitische Schulung der ehrenamtlichen Gemeindebeamten“ ein, die ebenfalls von der Hauptverwaltung ausging, desgleichen die Gemeinschaftsarbeit und die Altmaterialsammlung.

Im Jahre 1938 wurde von der Hauptverwaltung ein Kreismusikbeauftragter (am 29. 8. 1938) als Ehrenbeamter ernannt. Im gleichen Jahre wird ein Bericht über den Abdeckereibetrieb und seine Tätigkeit seit 1934 geliefert. Weiterhin war die Hauptverwaltung zuständig für den Arbeitseinsatz Jugendlicher in der Landwirtschaft. Ein besonderer Abschnitt erscheint 1938 auch über Preisbildung und Preisüberwachung.

Außerdem mußte sich die Hauptverwaltung in diesem Jahre mit der Brennholzversorgung und Beihilfen für Unwetterschäden zusätzlich befassen.

Auffällig ist an dem Jahresbericht für 1938, daß die Einteilung der Kommunalverwaltung in 5 Hauptressorts wegfällt; wahrscheinlich sollte damit eine gleichmäßige Verteilung der Verwaltungslasten erreicht werden, die durch den Krieg, resp. die Kriegsvorbereitungen, der Verwaltung aufgebürdet wurden. Die Hauptverwaltung war nun in die Lage versetzt, je nach Notwendigkeit Arbeitskräfte anderer Ressorts für ihre Aufgaben heranzuziehen.

#### *Das Kreiskrankenhaus.*

Nach Verwaltungsberichten von 1930—1938

Ein eigenes Kreiskrankenhaus besitzt der Kreis Rastenburg seit dem Jahre 1908. In den uns erhaltenen Quellen ist aber kaum etwas Näheres berichtet, so daß wir uns auf die Aussagen der kommunalen Verwaltungsberichte beschränken müssen, die für die Jahre 1930—1938 vorhanden sind.

Im Jahre 1930 sind im Rastenburg Kreiskrankenhaus 1146 männliche und 1236 weibliche Personen verpflegt und behandelt worden. Die Höchstbelegungszahl mit 183 Patienten wurde am 19. März erreicht.

An *Ärzten* waren 1930 im Amt der leitende Kreiskrankenhausarzt Dr. Diehl, 2 Assistenzärzte und 1 Medizinalpraktikant. Die Einstellung eines weiteren Medizinalpraktikanten ist für den Herbst 1931 in Aussicht gestellt.

Weiterhin waren als *Pflegepersonal* tätig: 1 Oberschwester und 15 Schwestern (darunter 1 Röntgenschwester) sowie 1 Pflegerin für die Nachtwachen.

Außerdem wurden beschäftigt: 2 Bürohilfskräfte, 1 Bürolehrling, 3 Wärter, von denen der eine gleichzeitig Masseur ist, 1 Maschinist, 1 Hilfsheizer, 1 Stütze, 8 Hausmädchen, 1 Näherin, 1 Aufwärterin.

In Aussicht genommen war die Einstellung einer röntgentechnisch vorgebildeten Laborantin.

Die täglichen Verpflegungskosten wurden vom 1. Juli 1930 ab um 50 Reichspennige erhöht. Sie betragen von diesem Zeitpunkt ab

Klasse I 8,50 Reichsmark,

Klasse II 5,50 Reichsmark,

Klasse III a) Selbstzahler 3,— Reichsmark

b) Kranke, die auf Rechnung von Krankenkasse behandelt werden 3,50 RM, (einschließlich Nebenkosten, jedoch ausschließlich Röntgenleistungen, Lichttherapie, teurer Spezialpräparate usw.)

c) Kranke auf Rechnung von Armenverbänden 2,50 RM.

d) Kinder im Alter bis zu 12 Jahren 1,80 RM.

Säuglinge Klasse I und II 2 RM,

Säuglinge Klasse III 1,00 RM.

Durch Beschluß des Kreistages vom 22. Dezember 1930 erfolgte eine weitere Erhöhung der Verpflegungssätze in Klasse I auf 10,— RM, in Klasse II auf 6,— RM vom 1. Januar 1931 ab.

Bei den Patienten der Klassen I, II, III a, c, d, und den Säuglingen wurden sämtliche Nebenkosten in Rechnung gestellt.

Im Juli 1930 wurde mit einem Erweiterungsbau des Krankenhauses begonnen. Das Bauprojekt sah die Schaffung von etwa 40 neuen Betten nebst den dazu gehörigen Nebenräumen (Teeküchen, Untersuchungszimmer, Bäder, Aborte, Tagesräume) vor. Außerdem wurde eine Behandlungsabteilung für Licht- und Heißluftbehandlung, Diathermie, Massage, Pendelgeräte, medizinische Bäder usw., ein geräumiges Laboratorium, ein Arztzimmer, ein Zimmer für Lehrschwestern, vier bis 5 Schwesternzimmer, ein Schwesternspeisezimmer, ein Speise- und Unterrichtszimmer für Lehrschwestern, sowie Räume für eine Laborantin und für Hausmädchen neu geschaffen. Ein zweites Wartezimmer im Anschluß an den alten Westflügel war 1930 bereits fertiggestellt. Der Rohbau des Erweiterungsbaues konnte Ende Oktober vollendet werden.

Das Krankenhaus wurde von einer Verwaltungskommission geleitet, die zugleich Baukommission für den Erweiterungsbau war. Im Jahre 1930 hielt sie 8 Sitzungen ab.

Die Übergabe des fertiggestellten Erweiterungsbaues an das Krankenhaus erfolgte am 19. Januar 1932 in Gegenwart der Mitglieder des Kreisausschusses und der Krankenhaus-Verwaltungskommission. Außer den oben erwähnten Räumen wurden auch ein Entbindungszimmer eingerichtet und 2 Liegehallen. Die Niederdruckdampfheizungs- und Warmwasserbereitungsanlage im Altbau mußte aus Anlaß des Erweiterungsbaues durch 2 Kessel und 1 Boiler vergrößert werden. Die im Alt- und Erweiterungsbau neu ausgeführte Schwachstromanlage umfaßte eine automatische Fernsprechanlage, eine Lichtsignal-, Arzttruf-, Uhren und Radioanlage. Die alte Sterilisationsanlage war durch eine neue elektrisch beheizbare Anlage ersetzt worden. Der Operationssaal hatte eine mit allen technischen Neuheiten ausgestattete Operationslampe (Phantophos) erhalten.

Durch Erlaß des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt ist das Kreiskrankenhaus als Krankenpflegeschule im Sinne der Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonal vom 19. Juli 1921 anerkannt worden. Zugleich erfolgte 1931 die Zulassung des Krankenhauses als staatliche Prüfungsstelle. Es konnte nunmehr die Ausbildung von Lehrschwestern in einem zweijährigen zusammenhängenden Lehrgang und die anschließende Prüfung im Krankenhaus erfolgen.

Im Jahre 1932 waren außer der Oberschwester noch 18 Schwestern, darunter eine Röntgenschwester tätig. Das Hauspersonal hatte sich um ein Hausmädchen vergrößert. Als besondere Neuanschaffung im Jahre 1932 ist nur die Aufstellung eines den polizeilichen Vorschriften entsprechenden Sicherheitsschranks für die Aufbewahrung der Röntgenfilme zu erwähnen.

Im Jahre 1933 konnte im Monat Juli die im Erweiterungsbau geschaffene Badeabteilung für Reinigungsbäder und medizinische Bäder dem Publikum zur Benutzung freigegeben werden.

Mit den Arbeiten zur Einrichtung einer hydrotherapeutischen Anlage im Keller-geschoß des Erweiterungsbaues, die infolge der allgemeinen Wirtschaftsnot der letzten Jahre zurückgestellt werden mußten, wurde im Januar 1934 begonnen. Diese An-

lage erhielt u. a. für die Wasserbehandlung eine Halbbadeeinrichtung, eine Kopfregendusche, ein Wechselfußbad zur Verabfolgung von fließenden Wechselfußbädern, eine Sitzbadeeinrichtung, einen freistehenden Duschekatheder für 5 verschiedene Badesformen. Weiter kam es zur Einrichtung eines Warm- und Heißluftbades, eines Dampfbades, einer hydroelektrischen Anlage sowie zur Aufstellung von Vorrichtungen für Fangobehandlung und zum Kochen bzw. Anwärmen von Badeszusätzen. Als Kastenschwitzbad wurde ein Glühlichtbad mit 96 Glühlampen aufgestellt. Infolge der Einrichtung dieser modernen Badeanlage wurde die Einstellung eines Bademeisters und staatlich geprüften Masseurs notwendig.

Der Jahresbericht von 1934 meldet die Einstellung des Bademeisters und Masseurs und einer Badeschwester sowie eines zehnten Hausmädchens. Die hydrotherapeutische Anlage, mit deren Einrichtung im Januar 1934 begonnen worden war, wurde am 23. Mai 1934 nach einer Eröffnungsfeier zur Benutzung freigegeben.

Die Pflegesätze, die in Klasse I und II am meisten schwankten, betragen 1934 in Klasse I 8,— RM und in Klasse II 5,— RM. Die übrigen entsprachen den Preisen von 1930.

Im Jahre 1935 ist eine weitere Aufwärtsentwicklung des Krankenhauses festzustellen. Außer dem leitenden Kreiskrankenhausarzt Dr. Diehl gab es noch einen Leiter der Inneren Abteilung, Facharzt für innere Krankheiten Dr. Kolbe, 2 Assistenzärzte und 2 Medizinalpraktikanten. Außerdem wurde die 19. Schwester eingestellt und für die Nachtwachen mußten zeitweise 2 Pflegerinnen beschäftigt werden. Das 11. Hausmädchen wurde angestellt. Das Bad erscheint jetzt unter der Bezeichnung Kreisheilbad, in dem 1938 Bäder im Laufe des Jahres 1935 verabfolgt worden sind.

Im Jahre 1936 gab es keine Veränderungen, 1937 stieg die Zahl der Heilbäder auf 2719 an. Im Jahre 1938 wurde die Einrichtung einer Krankenpflegeschule im Kreiskrankenhaus bei dem zuständigen Minister beantragt. Am 16. November 1938 wurden dem Krankenhaus seitens des Amtes für Volkswohlfahrt 12 NS-Schwesternschülerinnen überwiesen, die in einem 1 1/2-jährigen Lehrgang praktisch und theoretisch in der Krankenpflege ausgebildet wurden.

Am 6. Juli 1938 konnte das Kreiskrankenhaus auf sein 30-jähriges Bestehen zurückblicken. In dieser Zeitspanne hat sich das Krankenhaus aus kleinen Anfängen zu einem modernen mittleren Krankenhaus entwickelt, das nicht nur im Kreis, sondern auch in der Provinz und darüber hinaus einen guten Ruf besaß. Im Jahre 1908 war das der evangelischen Kirche gehörige neuerbaute Krankenhaus der Barmherzigkeit in das Eigentum des Kreises übergegangen. Der Rastenburg Stadtführer von 1903 erwähnt, daß das Kuratorium des Sembeck-Siechenheimes den Bauplatz für das Krankenhaus unentgeltlich zur Verfügung stellte und die Errichtung dadurch wesentliche Förderung erfuhr. Das Krankenhaus ist dann teils aus Privatmitteln, teils aus Beiträgen des Kreises und der Stadt Rastenburg errichtet. Es befanden sich darin 60 Betten. Die Krankenpflege besorgten nach Anleitung des Anstaltsarztes vier Schwestern. Die sonstige Verwaltung stand unter einem Kuratorium, zu dem der Landrat des Kreises Rastenburg, der erste Geistliche sowie der Bürgermeister der Kreisstadt gehören. Dieses Kuratorium hat offenbar auch 1938 noch bestanden.

Sein neues Gesicht gewann das Krankenhaus, als am 18. August 1908 der Facharzt für Chirurgie und Frauenkrankheiten Dr. Ludwig Diehl mit der Leitung betraut wurde.

1913 kam es zur Inangriffnahme eines Anbaues von 40 Betten, der wegen des Krieges eingestellt werden mußte und erst 1919 fertiggestellt werden konnte. Die weiteren bedeutenden Entwicklungspunkte (Erweiterungsbau von 1930—1932, Einrichtung der hydrotherapeutischen Anlage (Kreisheilbad) und Einrichtung einer Inneren Abteilung im Jahre 1935) haben wir bereits kennengelernt.

Zum Abschluß geben wir eine Belegungsstatistik des Krankenhauses von 1923 bis 1938. Die Zahl der Krankenverpflegungstage betrug:

1923: 36 912	1931: 51 552
1924: 46 371	1932: 49 785
1925: 49 752	1933: 56 570
1926: 48 713	1934: 58 486
1927: 54 390	1935: 60 374
1928: 57 809	1936: 62 307
1929: 58 227	1937: 64 378
1930: 55 405	1938: 63 678

#### Das Hebammenwesen.

Nach Verwaltungsberichten von 1930—1938

Im Kreise Rastenburg waren 1930 insgesamt 18 Hebammen mit Niederlassungsgenehmigung und 1 Hebamme ohne Niederlassungsgenehmigung tätig.

Die Hebamme Herrmann in Groß-Wolfsdorf ist am 1. 9. 1930 verstorben. Eine Hebamme nahm 1930 an einem dreiwöchigen Fortbildungslehrgang in der Universitäts-Frauenklinik in Königsberg teil.

Innerhalb des Jahres fand eine Nachprüfung sämtlicher Hebammen durch den Kreisarzt statt.

Während 1931 und 1932 die Verhältnisse sonst gleichblieben, kam zu der einen Hebamme ohne Niederlassungsgenehmigung eine zweite hinzu.

1933 erhöhte sich die Zahl der Hebammen mit Niederlassungsrecht um eine auf 19.

Im Jahre 1934 gehörte das Hebammenwesen nicht mehr wie noch 1933 und in den davorliegenden Jahren zur Hauptverwaltung der Kreiskommunalverwaltung, sondern zur Kreiswohlfahrtsstelle. Außerdem gab es seit 1934 eine Kreishebammenstelle in Rastenburg. Insgesamt übten in diesem Jahre 22 Hebammen im Kreisgebiet ihre Tätigkeit aus. Die Hebamme Lindenblatt aus Rastenburg hat nach 25jähriger Tätigkeit im Herbst 1934 ihren Beruf krankheitshalber aufgegeben. Die Hebamme Augustin in Heiligelinde konnte am 13. März 1935 ihr 40jähriges Berufsjubiläum begehen. Aus diesem Anlaß wurde ihr vom Landrat die Ehrenurkunde des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern übergeben.

Im Bericht für 1935 heißt es nur kurz: Im Kreise Rastenburg sind zur Zeit 23 Hebammen tätig.

Am Schluß des Jahres 1936 waren im Kreis 20 Hebammen tätig, Ende 1937 waren es 21; so blieb es auch 1938.

#### Das Feuerlöschwesen.

Nach den Verwaltungsberichten von 1930—1938

Im *Jahresbericht für 1930* heißt es: Der Kreisverwaltung wurde am 21. März 1930 der Kreisbrandmeister Otto Beer durch tödlichen Unglücksfall bei einem Scheunenbrande entrissen. Der Verstorbene ist 27 Jahre hindurch mit organisatorischem Geschick als Kreisbrandmeister tätig gewesen und hat das Feuerlöschwesen des Kreises sehr gefördert. (Danach hat er also seit 1904 die Feuerwehr geleitet.) Die 16 *Freiwilligen Feuerwehren* des Kreises verdanken ihm ihr Entstehen. Die Stelle des Kreisbrandmeisters wurde dem Kreisbaumeister Pröhl übertragen.

Im Jahre 1930 sind 2 weitere Feuerwehren in unserem Kreis gebildet worden und zwar diejenigen der Gemeinden *Modgarben* und *Scharfs*.

Der *automobile Feuerlöschzug* des Kreises ist zur Löschung von 2 größeren Bränden in Anspruch genommen und an den Brandstellen mit Erfolg tätig gewesen.

Im Jahre 1931 wurden 4 freiwillige Feuerwehren neu gegründet, und zwar in Babziens, Pohiebels, Rodehlen und Scharfs. Damit betrug die Zahl der im Kreise vorhandenen Wehren jetzt 22. Der motorisierte Löschzug mußte bei drei größeren Bränden eingreifen.

Im Jahre 1932 wird das Bestehen von 23 freiwilligen Feuerwehren gemeldet. Diese Wehren wurden im gleichen Jahre unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Chlebowitz, Korschen zu einem *Kreisfeuerwehrverband* zusammengeschlossen, der sich dem Feuerwehrverband der Provinz Ostpreußen angliederte. Der motorisierte Feuerlöschzug war 1932 nur zur Löschung eines Großbrandes herangezogen worden.

Im Jahre 1933 heißt es nur kurz: Durch das am 1. Januar in Kraft getretene Gesetz über das Feuerlöschwesen vom 15. Dezember 1933 ist das Feuerlöschwesen in den Gemeinden neu zu regeln. Die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes sind in die Wege geleitet. Der mot. Feuerlöschzug mußte bei 4 größeren Bränden eingreifen.

Was das vorgenannte Gesetz bezweckte, sehen wir im Jahresbericht von 1934: Die Durchführung des Gesetzes über das Feuerlöschwesen vom 15. Dezember 1933 hat zu wesentlichen Veränderungen in der Organisation und in dem Aufbau der Verbände geführt. Die im Kreise vorhandenen Freiwilligen Feuerwehren sind zu einem *Kreisfeuerlöschverbande* zusammengeschlossen worden. Vorsitzender dieses Verbandes wurde der Kreisfeuerwehrführer Kreisbaumeister Pröhl. Die 23 alten Freiwilligen Feuerwehren sind teilweise zusammengelegt und in 16 Wehren vereinigt worden. Neu gegründet sind 12 Wehren. Neu uniformiert und ausgerüstet sind 4 Wehren. Für die Stadt Rastenburg besteht jetzt eine Pflichtfeuerwehr. Diese Organisation ist noch nicht als ausreichend anzusehen. Eine Anzahl Gemeinden hat sich zur Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr noch nicht bereit finden können, so daß bei weiterer ablehnender Haltung die Gründung von Pflichtfeuerwehren verfügt werden muß. Diesen Gemeinden ist im Rechnungsjahr 1935 Gelegenheit gegeben, Haushaltsmittel für Feuerlöschzwecke bereitzustellen.

Der mot. Löschzug wurde 1934 bei Löschung von zwei größeren Bränden in Anspruch genommen.

Daneben wird eine Übersicht über die Brände der letzten vier Jahre gegeben, die wir gleich erweitern bis 1938. So gab es in unserem Kreisgebiet im Jahre 1931 29 Brände mit einem Schaden von 333 108 Reichsmark, 1932 10 Brände mit einem Schaden von 71 510 Reichsmark, 1933 16 Brände mit einem Schaden von 251 000 Reichsmark, und 1934 21 Brände mit einem Schaden von 193 832 Reichsmark. Im Jahre 1935 waren es 19 Brände mit einem Schaden von 158 533 Reichsmark, 1936 17 Brände mit einem Schaden von 73 210 Reichsmark, 1937 17 Brände mit einem Schaden von 348 250 Reichsmark und 1938 18 Brände mit einem Schaden von 134 250 Reichsmark.

Im Jahresbericht von 1935 heißt es: In der weiteren Durchführung des Gesetzes über das Feuerlöschwesen vom 13. Dezember 1933 sind im Berichtsjahr 19 Feuerlöschverbände in räumlicher Begrenzung der Amtsbezirke gebildet worden. Zweck dieser Verbände ist die gemeinsame Beschaffung und Unterhaltung der für die Freiwilligen- und Pflichtfeuerwehren erforderlichen Löschgerätschaften, Ausrüstungsstücke, Alarmeinrichtungen, Wasserstation und Gerätehäuser. Die Bildung von Feuerlöschverbänden in allen Amtsbezirken wird angestrebt. Es bestehen im Kreise 1935 insgesamt 30 Freiwillige Feuerwehren. Neu uniformiert und ausgerüstet sind 8 Wehren. Die Feuersozietät der Provinz Ostpreußen hat für die Ausrüstung dieser Wehren insgesamt 3 090,— RM Beihilfen zur Verfügung gestellt.

Bei allen Bränden ist die Löschhilfe ausreichend gewesen. Der mot. Löschzug wurde 1935 bei zwei größeren Bränden in Anspruch genommen.

Im Berichtsjahr 1936 ist die Lastenaufbringung für das Feuerlöschwesen neu geregelt worden. Für jeden Amtsbezirk ist ein Feuerlöschverband mit ordnungsmäßiger Haushaltswirtschaft, Kassen- und Rechnungsführung eingerichtet. Die Unterhaltung des Feuerlöschwesens liegt allein den Feuerlöschverbänden ob. Die Gemeinden haben nur die Verbandsbeiträge an die Feuerlöschverbände zu zahlen.

Der motorisierte Kreisfeuerlöschzug ist 1936 nicht in Anspruch genommen worden. „Die Verringerung der großen Brände ist fraglos auf die bessere Organisation der Feuerwehren und auf die behördliche Aufklärungsarbeit zurückzuführen“.

Recht kurz sind die Notizen des Berichtsjahres 1937: Die Unterhaltung des Feuerlöschwesens liegt den im Vorjahre neu gebildeten Feuerlöschverbänden des Kreises ob. Der Feuerlöschzug ist bei zwei größeren Bränden in Anspruch genommen worden. Der im Berichtsjahre außerordentlich hohe Schaden ist auf die beiden Großbrände (An- und Verkaufsverein und Firma Friedrich Rohmann — Rastenburg) zurückzuführen.

Einen interessanten Einblick in die Entwicklung des Feuerlöschwesens bietet der Jahresbericht von 1938, der leider der letzte uns zur Verfügung stehende ist. Darin heißt es:

Auf Grund des Gesetzes über das Feuerlöschwesen vom 15. Dezember 1933 sind sämtliche Gemeinden des Kreises Rastenburg mit Ausnahme der Städte Rastenburg, Barten, Drengfurth und der Gemeinde Korschen mit Wirkung vom 21. April 1938 zu einem Feuerlöschverband zusammengeschlossen worden. Die bisherigen Feuerlöschverbände, die mit den Amtsbezirksgrenzen zusammenfielen, sind mit demselben Zeitpunkt aufgelöst worden. Der neu gebildete Verband führt die Bezeichnung „Feuerlöschverband Kreis Rastenburg“ und hat seinen Sitz am jeweiligen Wohnort des Verbandsvorstehers.

Der Zweck des Verbandes ist die gemeinsame Beschaffung und Unterhaltung der für die Freiwilligen und Pflichtfeuerwehren erforderlichen Löschgerätschaften, Ausrüstungsstücke und Alarmgegenstände sowie die Bereitstellung der Mittel für sonstige Wehrbedürfnisse. Der Verband übernimmt auch die Einziehung der Beiträge, die die Gemeinden und der Kreis Rastenburg an den Kreisfeuerwehrverband zu leisten haben.

Der motorisierte Kreisfeuerlöschzug ist im Jahre 1938 zum Preise von 2 000,— RM an die Stadt Rastenburg verkauft worden.

An neuen Geräten wurden beschafft: Eine 800-Liter-Kraftspritze „Magirus“ für die Freiwillige Feuerwehr Drengfurt und eine 800-Liter-Kraftspritze „Fischer“ für den Halbzug Reimsdorf der Freiw. Feuerwehr Weischnuren.

Der Kreiskommunalverband Rastenburg hat 1938 für den Feuerlöschverband Kreis Rastenburg eine einmalige Beihilfe zur Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen in Höhe von 2 000,— RM bewilligt.

#### *Kommunalbezirksveränderungen.*

Nach Verwaltungsberichten von 1930—1938

Im Rahmen der Hauptverwaltung der Kreiskommunalverwaltung wurde auch über Kommunalbezirksveränderungen entschieden.

Die wichtigsten Veränderungen im Jahre 1930 waren: Die Eingemeindungsverhandlungen der Stadt Rastenburg mit der Gemeinde Neuendorf und mit der Gemeindevertretung zu Krausendorf. Die Verhandlungen mit Neuendorf kamen 1930 zum Abschluß. Nach Einigung der Beteiligten über die Bedingungen der Eingemeindung hat der Bezirksausschuß durch Beschluß vom 18. September 1930 eine teilweise Eingemeindung und zwar der Grundstücke innerhalb der Dorflage Neuendorf in der Gesamtflächengröße von 153 Hektar beschlossen. Dieser Beschluß hat 1930 aber mit Rücksicht auf ein schwebendes Einspruchsverfahren beim Provinzialrat noch keine Rechtskraft erlangt. Im Zusammenhange mit den Eingemeindungsverhandlungen Neuendorf ist auf Antrag der Gemeindevertretung zu Krausendorf auch die teilweise Eingemeindung von Krausendorf in die Stadt Rastenburg durch den Bezirksausschuß beschlossen worden.

Am 1. April 1938 wurden durch Beschluß des Oberpräsidenten aufgelöst die Gemeinden:

Vorstadt Drengfurth (Eingliederung in die Stadt Drengfurt),

Junkerken (Eingliederung in die Gemeinde Babziens),

Wangnick (Eingliederung in die Gemeinde Prassen).

Der Grund zur Auflösung wird in folgender Weise formuliert: Bei der starken Mehrung der Aufgaben der gemeindlichen Selbstverwaltung mußten einzelne Gemeinden des Kreises, die dem notwendigsten Pflichtmaß ihrer Aufgaben aus sich heraus mit eigenen persönlichen und sachlichen Mitteln nicht genügen konnten, aufgelöst und mit benachbarten Gemeinden zusammengelegt werden.

Außerdem wird 1937 angekündigt, daß noch weitere Auflösungen von Kleingemeinden im Zusammenhang mit einer bevorstehenden Kreisreform zu erwarten

seien. Der Jahresbericht von 1938 ergibt jedoch keinerlei Anhaltspunkte, daß diese Reform in Gang gekommen ist.

Mit Wirkung vom 1. April 1938 wurde die Gemeinde Schwaden (früher Sawadden) in Paßlack, Kr. Bartenstein, eingegliedert. Dies zog eine Änderung der Kreisgrenze nach sich.

Von den *Ortsnamenänderungen* des Jahres 1938, die auf Erlaß des Oberpräsidenten zurückgehen, wurde der Kreis Rastenburg nur wenig betroffen:

1. Sawadden in Schwaden (jetzt Kr. Bartenstein),
2. Spieglowken in Spiegelswalde,
3. Partschwolla in Klein-Partsch,
4. Wolka in Spittel.

#### *Das Kreisbauamt.*

Nach Verwaltungsberichten von 1930—1938

Die Arbeit des Kreisbauamtes bestand 1. in der Unterhaltung der Kreis- und Provinzialstraßen, der Kreis- und Gemeindegewege, 2. im Bau von neuen Straßen, 3. in der Unterhaltung der Bauberatungsstelle.

Der Kreis Rastenburg besaß im Rechnungsjahr 1929 ein Straßennetz von 160,495 Kilometern *Kreisstraßen*. Die Kosten für Unterhaltung, einschließlich Verwaltung und Aufsicht, betrug und erforderten nach Abzug der Einnahme von 168 383,03 Reichsmark einen Kreiszuschuß von 226 378,76 Reichsmark. Im Rechnungsjahr 1930 sind bis zum 31. 1. 1931 für 124 929 km Straßenlänge 238 298,58 RM verausgabt worden. An besonderen Unterhaltungsarbeiten sind 1930 ausgeführt:

- 4,056 km Breitschüttungen,
- 6,864 km Profilschüttungen,
- 1,000 km Oberflächenbehandlung mit Teer und
- 0,850 km Pflasterumlegungen.

Die Länge der *Provinzialstraßen* betrug im Rechnungsjahr 1929 74,4 km. An Unterhaltungskosten sind 274 069,22 RM verausgabt worden. Die Ausgaben für 1930 betragen für 114,526 km Straßenlänge bis zum 31. 1. 1931 = 231 087,58 Reichsmark. An besonderen Unterhaltungsarbeiten sind 1930 ausgeführt: 10,592 km Profilschüttungen, 9,656 km Oberflächenbehandlung mit Teer und Bitumuls, 0,430 km Umpflasterung und 0,508 km Sommerwegbeseitigung.

Die Länge der *Kreiswege* betrug 1930 107 km, davon waren 45,814 km gepflastert und 1,185 km chaussiert. Von der gepflasterten Strecke sind 0,7 km mit einem Colas-teppich versehen. Für Unterhaltung der Kreiswege wurden im Rechnungsjahr 1929 nach Abzug der Einnahmen von 3 300,70 = 87 525,91 RM verausgabt. Im Rechnungsjahr 1930 sind bis zum 31. 1. 1931 = 17 148,5 Reichsmark verausgabt.

Für Unterstützung des *Gemeindegewebes* sind im Rechnungsjahr 1929 = 88 662,61 RM, im Rechnungsjahr 1930 bis zum 31. 1. 1931 = 8 100,80 RM verausgabt worden.

An *Straßenneubauten* ist 1930 ein Teil der Neubaustrecke Groß-Wolfsdorf-Modgarben in einer Gesamtlänge von 1,917 km fertiggestellt und dem Verkehr übergeben

worden. Die Reststrecke ist in einer Länge von 1,675 km im Rechnungsjahr 1931 eingeplant. Außerdem wurden 1930 die Erdarbeiten der Neubaustrecke Wenden-Jankenwalde im November 1930 in Angriff genommen. Sie sollen einstweilen innerhalb der alten Gutsgrenzen von Elisenthal ausgeführt werden.

Die *Bauberatungsstelle* hatte bis zum 31. 1. 1931 insgesamt 109 Bauzeichnungen zu überprüfen.

Um den gleichmäßigen Ausbau der Hauptverkehrsstraßen zu erzielen, hat die Provinz diejenigen Kreisstraßen, die im Zuge dieser Straßen liegen, am 1. 4. 1930 durch mit den Landkreisen abgeschlossenen Verträgen als neue Provinzialstraßen übernommen. Der Kreis Rastenburg hat die Kreisstraßen Rastenburg — Sensburg, Rastenburg — Heiligelinde und Korschen — Barten in einer Gesamtlänge von 40, 126 km an die Provinz abgetreten.

Die frühere Privatchaussee Philippsdorf — Schrengen ist ab 1. 4. 1930 in die Unterhaltung des Kreises übergegangen.

Durch die obengenannte Umwandlung einiger Kreisstraßen in Provinzialstraßen besaß der Kreis Rastenburg am Ende des Rechnungsjahres 1931 ein Straßennetz von 124,929 km Länge. Die Unterhaltungskosten betrug 1930 265 208,45 RM und erforderten nach Abzug der Einnahmen von 129 190,82 RM einen Kreiszuschuß von 136 017,63 RM.

Im *Rechnungsjahr 1931* sind bis zum 31. Januar 1932 für 126,846 km Straßenlänge 110 316,74 RM verausgabt worden.

Die Länge der Provinzialstraßen betrug 1931 114,526 km, die Länge der Kreiswege 107 km. Zur Unterstützung des Gemeindegewebes sind im Rechnungsjahr 1930 19 070,84 RM, im Rechnungsjahr 1931 5 316,27 RM verausgabt worden.

Auf der Neubaustrecke Groß-Wolfsdorf—Modgarben wurde 1931 das noch nicht befestigte Zwischenstück von 0,830 bis 2,475 gepflastert und dem Verkehr übergeben. An Restarbeiten verbleiben noch die Pflasterung nach den Insthäusern Krimlack, die Baumpflanzung und Schutzanlagen. Auf der Neubaustrecke Wenden—Jankenwalde sind in einer Gesamtlänge von 2,070 km Erdarbeiten ausgeführt worden. Die Bauberatungsstelle hatte im Rechnungsjahr 1931 insgesamt 116 Bauzeichnungen zu überprüfen.

Im *Rechnungsjahr 1932* sind für 131,623 km Kreisstraßen insgesamt 108 825,62 RM ausgegeben worden. Die Provinzialstraßen verursachten 1932 für 114,526 km Straßenlänge Unkosten in Höhe von 122 887,50 RM. Für Unterhaltung der Kreiswege wurden 1932 10 166 RM verausgabt. Die Unterstützung des Gemeindegewebes kostete 1932 217,78 RM. Hinsichtlich Straßenneubauten war es durch die Gewährung namhafter Mittel aus der Osthilfe möglich, die Erdarbeiten der Strecke Wenden—Jankenwalde—Wickerau (9,810 km Länge) fortzusetzen und die Pflasterung des Gemeindegeweges Rodehlen—Dombehnen (1,989 km Länge) in Angriff zu nehmen. Die Bauberatungsstelle hatte 1932 68 Bauzeichnungen zu überprüfen.

Im *Rechnungsjahr 1933* kosteten die Kreisstraßen (131,623 km lang) 120 232,28 RM. Die Provinzialstraßen (114,526 km Länge) kosteten 84 726,65 RM. Die Unterhaltung der Kreiswege kostete 1933 bis zum 20. Januar 1934 13 792,10 RM. Für Unterstützung des Gemeindegewebes sind im Rechnungsjahre 1933 bis 20. 1. 1934 = 3 192,41 RM verausgabt worden. Straßenneubauten 1933: Die restlichen Erdarbeiten bei Wenden-Wickerau wurden beendet, sowie die Pflasterarbeiten bis auf

2 500 m durchgeführt. Die Pflasterarbeiten bei Rodehlen—Dombehn sind fertiggestellt worden. Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms wurde der Ausbau des Weges Weischnuren—Wilhelmsdorf in Angriff genommen. „Die Finanzierung durch Gewährung eines Zuschusses steht noch aus“. Darüber hinaus sind zur Behebung der Arbeitslosigkeit in fast sämtlichen Gemeinden größere und kleinere Wegebauarbeiten in Angriff genommen worden. Aus Mitteln des Sofortprogramms wurden die Guberbrücken bei Dublienen, Plehnen und Bogslack erneuert und Planierungsarbeiten am Wege Prangenu—Thurwangen durchgeführt. Aus dem Reinhardt-Programm sind größere Maßnahmen in den Gemeinden Spiegels, Widrinnen, Modgarben, Scharfs, Pülz und Stettenbruch in Angriff genommen. Die Bauberatungstelle hatte 1933 bis zum 20. 1. 1934 148 Bauzeichnungen zu prüfen.

Im *Rechnungsjahr 1934* besaß der Kreis ein Straßennetz von 137,413 km Länge. Die Kosten für Unterhaltung betragen 234 782,51 RM und erforderten nach Abzug der Einnahmen von 73 524,47 RM einen Kreiszuschuß von 161 258,04 RM. Die Länge der Provinzialstraßen betrug 1934 114,526 km, die Unterhaltung kostete 73 754,42 RM. An besonderen Ausbauarbeiten sind 1934 ausgeführt: 2,5 km Breitschüttungen und Neubau einer Eisenbetonbrücke in Barten. Für Unterhaltung und Ausbau von 36,183 km Reichsstraßen sind 1934 bis zum 31. 1. 1935 = 245 365,43 RM verausgabt worden. Von den 107 km Kreiswegen sind 45,936 km gepflastert und 1,185 km chaussiert. Unkosten bis zum 31. 1. 1935: 2 438,71 RM. — Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms wurden 12 Maßnahmen (Pflasterung von Gemeindewegen in einer Gesamtlänge von 9,035 km) durchgeführt. Zur Durchführung der Maßnahmen sind neben einer Beihilfe von 11 905 RM, Darlehen in Höhe von 142 420,— RM aufgenommen worden. Die Straßenneubauten Wenden—Wickerau und Weischnuren—Wilhelmsdorf sind bis auf die Baumpflanzung fertiggestellt.

Im *Rechnungsjahr 1935* trat die Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 26. März 1934 in Kraft, die die deutschen Straßen in folgende Gruppen einteilte: 1. Kraftfahrbahnen, 2. Reichsstraßen, 3. Landstraßen I. Ordnung, 4. Landstraßen II. Ordnung. Die Kraftfahrbahnen und Reichsstraßen unterhielt nach dieser Regelung das Reich, die Landstraßen I. Ordnung die Provinz, die Landstraßen II. Ordnung auf Antrag der Kreis, sonst die Provinz. Die Unterhaltungskosten für die Landstraßen II. Ordnung hat der Kreis aufzubringen. Von den bisherigen Kreisstraßen des Kreises Rastenburg wurden 54,293 km zu Landstraßen I. Ordnung erklärt und gingen in die Unterhaltung der Provinz über. Es waren dies die ehemaligen Kreisstraßen:

1. Alt-Rosenthal — Drengfurth,
2. Drengfurth — Angerburg,
3. Lamgarben — Gr. Wolfsdorf,
4. Korschen — Schippenbeil.

Zu Landstraßen II. Ordnung sind außer den verbleibenden Kreisstraßen 43,079 km Kreis- und Gemeindewege erklärt worden. Die Landstraßen II. Ordnung umfaßten 131,961 km. Die Ortsdurchfahrt „Rastenburg — Eichmedien“ von km 0,0 bis 0,446 unterhält die Stadt Rastenburg. Für den Kreis verblieb daher nur eine Länge von 131 515 km (131,961 — 0,446 = 131,515 km).

Da die Länge der Landstraßen II. Ordnung am 1. April 1935 nicht feststand, sind die normalen Unterhaltungssätze nur für die alten Kreisstraßen mit = 88,882 km

ausgeworfen. Die Verwaltungs- und Unterhaltungskosten hierfür haben bis zum 31. Januar 1936 = 131 528,31 RM betragen. Für die Kreiswege (1935 = 98,582 km lang) sind 1935 33 588,05 RM verausgabt worden. Als Kreisbeihilfen für den Gemeindewegebau sind 1935 4 393,37 RM gezahlt worden.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm stockte im Jahre 1935: Da Darlehen dem Kreise nicht gewährt wurden, konnten umfangreiche Arbeiten nicht durchgeführt werden. Als Notstandsmaßnahme ist nur die Regulierung des Kreisweges Barten—Rößel, zwischen Tolksdorf—Babziens in Angriff genommen worden. Die Maßnahme konnte im Jahre 1935 nicht beendet werden, da Notstandsarbeiter in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung standen.

Im *Rechnungsjahr 1936* kostete das Kreisstraßennetz (von 88,5 km Länge) 155 761,88 RM; hiervon gingen ab die Einnahmen in Höhe von 33 950,41 RM, mithin betrug der Kreiszuschuß 121 811,47 RM. Die bisher anerkannten Landstraßen II. Ordnung haben eine Gesamtlänge von 131,515 km. Verwaltungs- und Unterhaltungskosten: 133 339,51 RM. Länge der Kreiswege 98,582 km, Ausgaben für Unterhaltung 22 873,82 RM. Für den Gemeindewegebau wurden 8 058,— RM ausgegeben. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: Die Regulierungsarbeiten am Kreisweg Barten—Rößel zwischen Tolksdorf und Babziens konnten im Rechnungsjahr 1936 bis auf kleine Restarbeiten beendet werden. Die Verzögerung an der Beendigung der Maßnahme trat dadurch ein, daß in den Sommermonaten Arbeitskräfte nicht vermittelt werden konnten. Restlos durchgeführt wurden im Jahre 1936 die Erdarbeiten Heiligelinde—Bäslack = 1,53 km und Kl. Kemlack—Plienkeim = 0,9 km.

Als ganz neue Rubrik erscheint im Jahresbericht des Kreisbauamtes für das Rechnungsjahr 1936 der *Wohnungsbau*, der im Jahre 1935 als „Erich-Koch-Plan“ angefaßt war. Die Fortführung des Wohnungsbauprogramms im Jahre 1936 stieß dadurch auf Schwierigkeiten, daß die Finanzierung fast ausschließlich aus Mitteln der Kreissparkasse erfolgen mußte, während 1935 auswärtige zusätzliche Gelder in beträchtlicher Höhe zur Verfügung standen. Im übrigen war wiederum in erster Linie der Kleinwohnungs- und hierbei der Siedlungsbau zu fördern. Das Programm für den Kreis Rastenburg, das durch den Regierungspräsidenten im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten aufgestellt war, sah für Rastenburg kaum die Hälfte der gemeldeten Bedarfsstellen vor. Die Durchführung der Kleinsiedlungen und der Volkswohnungen lag, wie in den Vorjahren, in den Händen der „Ostpreußischen Heimstätte, Zweigstelle Sensburg“. Von den in Angriff genommenen Bauten wurden 20 Kleinsiedlungen bezugsfertig.

Neben dem ordentlichen Bauprogramm 1936 war es dem Kreise freigestellt, ein Zusatzprogramm durchzuführen. Auf Grund des Zusatzprogramms wurden bis zum 31. 12. 1936 69 Wohnungen bezugsfertig und 10 Wohnungen rohbaufertig.

Die Tätigkeit des Kreisbauamtes bei der Durchführung des Wohnungs- und Siedlungsbau bestand im wesentlichen in der Vorprüfung der Bauanträge, in dem Mitwirken bei Gelände- und Finanzierungsverhandlungen, in der Preisüberwachung und in der Unterstützung der Baubewerber in technischen und finanziellen Fragen. Der Kreiskommunalverband selbst trat als „Unternehmer“ bei Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Gelände für Eigenheime auf.

Der Deputantenwohnungsbau erhielt zwar durch die Reichszuschüsse einen gewissen Anreiz. Die Landwirtschaft war aber nach den schweren Jahren in der Zeit vor

der Machtübernahme noch nicht so weit gefestigt, daß sie die neben den Zuschüssen erforderliche Eigenleistung ohne Schwierigkeiten aufbringen konnte. In den Jahren des Darniederliegens der Landwirtschaft hat ein großer Teil der Betriebe an den Gebäuden fast nichts gemacht oder machen können. Es war nicht möglich, nun mit einem Mal das gutzumachen, was damals entstand. Es wird daher 1936 erklärt, daß die Wohnungsnot auf dem Lande noch längere Zeit anhalten werde. Um beschleunigte Abhilfe zu schaffen, machte 1936 das Oberpräsidium in Berlin den Vorschlag, neben oder anstelle der Reichszuschüsse den Bauern und Landwirten langfristige, gering verzinsliche Darlehen zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung aus Berlin stand 1936 noch aus.

Im Rahmen des Kreisbauamtes erscheint ab 1936 in der Berichterstattung das schon im Vorjahre tätige *Kreiswohnungsamt*, dessen Tätigkeit sich darauf beschränkte, bei Vorliegen von Meldungen und Beschwerden über schlechte und unzulängliche Wohnungen einzuschreiten.

Der Kreis Rastenburg besaß im *Rechnungsjahr 1937* ein Straßennetz von 134 467 km Landstraßen II. Ordnung. Die Kosten für Unterhaltung, Verwaltung und Aufsicht betragen im Rechnungsjahr 1937 = 149 275,36 RM. Hiervon gingen ab die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer: 22 876,02 RM und sonstige Einnahmen in Höhe von 2 264,00 RM. Mithin hatte der Kreis einen Zuschuß von 124 135,34 RM aufzubringen. Die Länge der sonstigen Kreisstraßen betrug 1937 = 67,984 km. Für die Unterhaltung sind im Rechnungsjahr 1937 verausgabt 16 908,63 RM. Darin nicht enthalten sind die Kosten für den Neubau der *Schleusenbrücke Leunenburg*: Die Gesamtkosten betragen 44 138,07 RM, hiervon ging ab ein Reichszuschuß von 23 500,— RM, blieb also die Ausgabe von 20 638,07 RM. An Kreisbeihilfen für den Gemeindegewebau sind im Rechnungsjahr 1937 = 16 840,50 RM gezahlt worden.

Im Frühjahr 1937 wurde der Neubau der Kreisstraße Barten—Taberwiese in Angriff genommen. Da für die Gesamtmaßnahme keine ausreichenden Mittel zur Verfügung standen, konnte nur die Teilstrecke I in Angriff genommen werden. Die Erdarbeiten zu Teilstrecke I wurden 1937 fertig und die Materialien größtenteils angeliefert, so daß die Fertigstellung im Jahre 1938 gesichert schien.

Hinsichtlich des *Wohnungsbaus* sind im Rechnungsjahr 1937 folgende Bauvorhaben unter Mitwirkung des Kreisbauamtes zur Durchführung gekommen: 52 Volkswohnungen, 55 Landarbeiterwerkwohnungen mit Darlehn der Landesrentenbank, 40 Landarbeiterwerkwohnungen mit Zuschüssen der Reichsanstalt. Außerdem sind für 1938 Vorarbeiten durchgeführt für den Neubau von 137 Landarbeiterwerkwohnungen mit Darlehn der Landesrentenbank, 20 Landarbeitereigenheimen, 66 Volkswohnungen und 75 Kleinsiedlungen. Außerdem wurden 37 700,00 RM für Wohnungsinstandsetzungsarbeiten zur Verfügung gestellt, die für 111 Familien die Möglichkeit der Instandsetzungsarbeiten schaffte. Durch die VI. Reichszuschußaktion wurden 6 neue Wohnungen geschaffen.

Das *Kreiswohnungsamt* ist 1937 „verhältnismäßig wenig in Anspruch genommen“ worden.

Als neue Aufgabe des Kreisbauamtes erscheint im Jahresbericht von 1937 die Verwaltung der vom Kreise angesteigerten Gebäude und Verwaltung der Hauszinssteuerhypotheken.

Nach dem Bericht des Kreisbauamtes für das *Rechnungsjahr 1938* besaß der Kreis ein Straßennetz von 134,467 km Landstraßen II. Ordnung. Die Kosten für Unterhaltung, Verwaltung und Aufsicht betragen im Rechnungsjahr 1938 bis 25. März 1939 = 132 198,50 Reichsmark. Hiervon gingen ab die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer: 20 285,69 RM und sonstige Einnahmen in Höhe von 3 091,20 RM. Mithin betrug der Kreiszuschuß: 108 821,61 RM. Die Länge der sonstigen Kreisstraßen betrug 1938 = 62,873 km, für deren Unterhaltung wurden verausgabt: 13 580,15 RM. An Kreisbeihilfen für den Gemeindegewebau sind 14 078,93 RM gezahlt worden. Der Neubau der Kreisstraße Barten—Taberwiese wurde bis auf geringfügige Restarbeiten fertiggestellt.

Im Wohnungsbau sind folgende Bauvorhaben unter Mitwirkung des Kreisbauamtes zur Durchführung gekommen: 52 Volkswohnungen, 85 Landarbeiterwerkwohnungen mit Darlehn aus der Landesrentenbank, 53 Landarbeiterwerkwohnungen mit Zuschüssen der Reichsanstalt; außerdem sind für 1939 Vorarbeiten für den Neubau von etwa 95 Landarbeiterwerkwohnungen mit Darlehn der Landesrentenbank, 13 Landarbeitereigenheimen, 60 Volkswohnungen und 280 Kleinsiedlungen durchgeführt worden. An Reichszuschüssen für die Instandsetzung von Wohnungen wurden bereitgestellt: Für die Instandsetzung von Landarbeiterwerkwohnungen 27 000,— RM, für die Instandsetzung von Wohnungen in Grenzgebieten (Sonderaktion für Minderbemittelte) 6 400,— RM, für den Umbau von Räumen zu Wohnungen, VI. Reichszuschußaktion, wurden im Berichtsjahre 1938 abgerechnet 5 Anträge und vom Finanzamt in Rastenburg ein Reichszuschuß von insgesamt 3 350,— RM gezahlt. Es wurde hiermit 57 Familien Gelegenheit gegeben zu ihren Wohnungs-Instandsetzungsarbeiten. Durch die VI. Reichszuschußaktion wurden 6 neue Wohnungen geschaffen.

Das Kreiswohnungsamt ist wenig in Anspruch genommen worden. Im Berichtsjahre 1938 hatte der Kreis 5 angesteigerte Gebäude zu verwalten.

Leider liegen Verwaltungsberichte für die Kriegsjahre des 2. Weltkrieges nicht mehr vor und wir müssen daher unsere Berichterstattung mit dem Jahre 1938 abschließen.

### C. Das Kreiswiesensbauamt.

nach Verwaltungsberichten von 1930—1938

Der *Verwaltungsbericht von 1930* beginnt mit der wenig ermutigenden Feststellung: Infolge der schlechten wirtschaftlichen und zum Teil auch ungünstigen Kreditverhältnisse konnten im Jahre 1930 verhältnismäßig wenig Meliorationen ausgeführt werden. Die im Jahre 1929 begonnenen Regulierungsarbeiten an der oberen Guber wurden beendet; desgleichen wurde innerhalb der Gemarkungen Wolfshagen, Leitnerswalde und Löcknick die Omet und das Schwarze Fließ mit einem Kostenaufwand von rund 30 000,— RM neu ausgebaut; ferner wurde mit den Ergänzungsarbeiten Pülz (Neuerlegung einer 800 m langen 40 Zentimeter l. W. Rohrleitung) begonnen, infolge Eintretens von Frost jedoch noch nicht zu Ende geführt.

Ackerdränagen wurden infolge der hohen Kosten nur in Zandersdorf und in Wolfshagen (Anschluß II) getätigt.

Von den Flußläufen II. Ordnung wurden durch die Kommission die Zaine und die Rawe einer Schau unterzogen; außerdem wurden Schauen in sämtlichen Genossenschaften des Kreises abgehalten; es bestehen z. Zt. im Kreise 52 Genossenschaften. Einige Entwürfe bzw. Anschlüsse liegen z. Zt. der Regierung zur Prüfung vor.

Aus staatlichen und provinziellen Mitteln wurden folgende Genossenschaften unterstützt:

Entwässerungsgenossenschaft Wolfshagen mit 3 990,— RM.

Entwässerungsgenossenschaft des oberen Gubertales mit 10 000,— RM.

Entwässerungsgenossenschaft zur Regulierung der Liebe bei Hermannshof mit 10 000,00 RM.

Dränagegenossenschaft Korschen (Anschl. Wiesenmelioration) 5 500,— RM.

Insgesamt: 29 490,— Reichsmark.

Nach dem *Verwaltungsbericht* von 1931 wurden in den Genossenschaften Godocken, Schönfließ, Marienthal-Drengfurth, Junkerken und Deine (Anschluß) im nämlichen Jahre rund 600 Morgen systematisch drainiert. Die Vorflutarbeiten in den Entwässerungsgenossenschaften Pülz und Drengfurth wurden mit einem Kostenaufwande von 38 000 RM beendet. Sämtliche vorgenannte Arbeiten, außer Drengfurth, wurden als Notstandsarbeiten ausgeführt, wozu rund 4 500 Tagewerke erforderlich waren. Es wurden hierbei in der Zeit vom 27. April bis 6. August 1931 bis 100 Erwerbslose täglich beschäftigt.

Ferner wurde mit den Vorflutarbeiten der Genossenschaft Skatnik Anfang September 1931 begonnen. Diese Arbeiten sind mit gutem Erfolge durch Pflichtarbeiter (32 Mann) ausgeführt.

Bei einem großen Teil der bestehenden Genossenschaften wurden ferner die Vorflutgräben in einer Länge von rund 79 000 lfd m durch 40 Wohlfahrtserwerbslose geräumt.

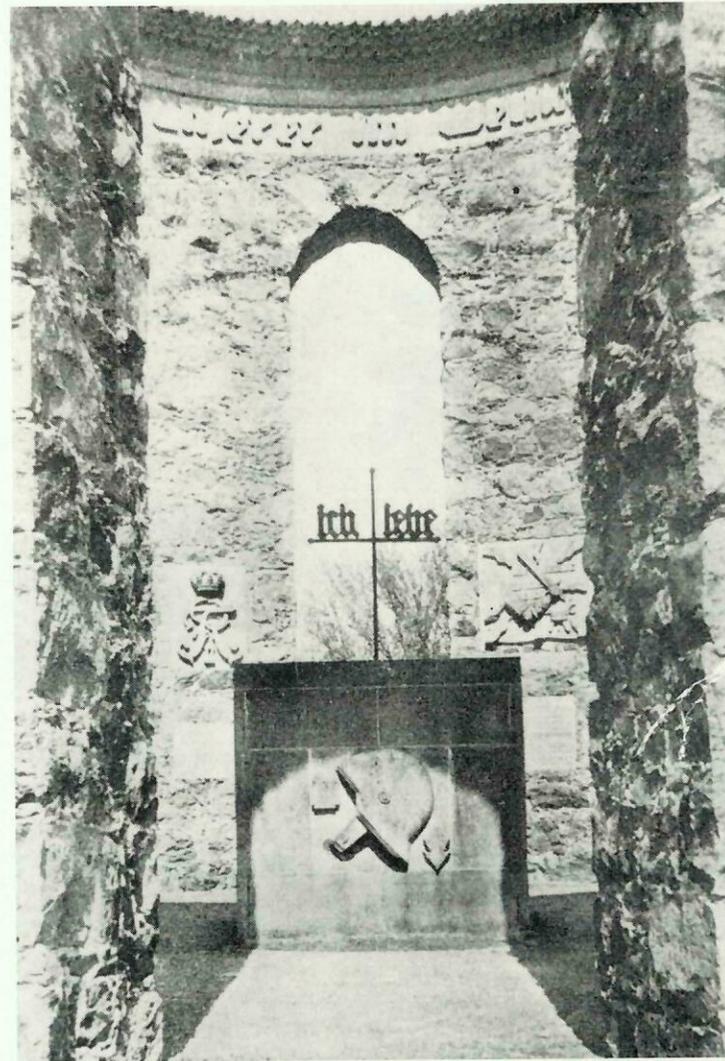
Neben den jährlich stattfindenden Schauen der genossenschaftlichen Anlagen wurde in diesem Jahre der Flußlauf II. Ordnung die „Liebe“ vom Schülzer See ab bis Barten durch die Schaukommission besichtigt. Besondere Mißstände bzw. Vorfluthindernisse wurden bei diesen Schauen nicht festgestellt. Die beantragten Vorarbeiten zur Neuaufstellung von Entwürfen konnten nicht getätigt werden, da die Antragsteller den verlangten Kostenvorschuß nicht gezahlt haben.

Im Jahre 1931 wurden 5 Genossenschaftskassen geprüft.

Im *Verwaltungsbericht von 1932* heißt es, daß infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage es nicht möglich war, Geldmittel zur Ausführung von neuen Meliorationen zu beschaffen.

Die mit Pflichtarbeiten im Jahre 1931 begonnenen Vorflutarbeiten in der Genossenschaft Skatnik wurden im Laufe des Jahres 1932 mit gutem Erfolge zuendegeführt. Ferner wurde rund die Hälfte der Vorflutarbeiten in der Drainage- und Entwässerungsgenossenschaft Muhlack mit einem bisherigen Kostenbetrage von rund 24 000,— Reichsmark fertiggestellt. Diese Arbeiten wurden in etwa 5 Monaten von 50—60 Arbeitslosen mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge getätigt. Im Jahre 1933 sollen diese Arbeiten weiter gefördert werden.

Im Laufe des Sommers 1932 wurden ferner rund 110 000 lfd m Gräben der alten bestehenden Genossenschaften durch rund 60—70 Wohlfahrtserwerbslose im Wege der Fürsorgearbeit geräumt. Auch hierbei wurden günstige Erfahrungen gemacht.



Rastenburg. Kreisdenkmal. 1914/18.



Nachbildung des Ehrenmals der 4. Grenadiere, errichtet in Wesel 1969.

Von einer Schau der Wasserläufe II. Ordnung mußte infolge Hochwassers in diesem Jahre Abstand genommen werden. Für das Jahr 1933 ist die Ausführung einer größeren Anzahl von Meliorationen im Wege des Arbeitsbeschaffungsprogramms geplant.

Im *Jahresbericht von 1933* heißt es wiederum, daß infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage es nicht bis zum 1. August 1933 möglich war, die notwendigen Geldmittel zur Ausführung von Meliorationen zu beschaffen. Während der Sommermonate Mai—Juli wurden durch 60 Wohlfahrtserwerbslose rund 80 000 lfd m Vorflutgräben in den alten bestehenden Genossenschaften geräumt. Durch diese Arbeiten ist erreicht worden, daß durchweg die genossenschaftlichen Vorflutgräben sich in einem ordnungsmäßigen Zustande befinden.

Vom 1. August 1933 ab wurde in 44 Genossenschaften bzw. Gemeinden mit Vorflut- und Drainagearbeiten bzw. Anlage von Feuerweihen begonnen. Bei diesen Arbeiten sind bis zum Eintritt des Frostes rund 940 Arbeitsmänner beschäftigt gewesen. Unter diesen befanden sich 460 Königsberger Arbeiter, die in 13 Kameradschaftslagern zusammengezogen waren. Von den 44 in Angriff genommenen Arbeiten sind im Jahre 1933 19 Arbeitsmaßnahmen fertiggestellt. Sobald die Witterungsverhältnisse es gestatten, soll mit den Ausführungsarbeiten bei den restlichen Arbeiten in 24 Genossenschaften bzw. Gemeinden wieder begonnen werden.

Die Gesamtkosten für diese 44 Maßnahmen betragen RM 485 373,—, von welchem Betrage 238 170,— RM auf Grundförderung, 206 005,— RM auf Darlehns-Beihilfen und 43 438,— RM auf eigene Leistungen entfallen. Neben diesen noch auszuführenden Arbeiten liegen eine große Anzahl neuer Anträge für Meliorationsausführungen vor. Zur Bewältigung dieser Arbeiten, — namentlich für die Aufstellung der Entwürfe, Kostenanschläge pp. war die Einstellung von 2 Technikern und 2 Zeichnern erforderlich.

Im *Rechnungsjahre 1934* ist die Wassergenossenschaft zur Regulierung des Mühlenfließes bei Pülz sowie die Unterhaltungs-Genossenschaft Pohiebels neu gebildet worden, so daß die Anzahl der im Kreise bestehenden Genossenschaften z. Zt. 54 beträgt.

In Bearbeitung befanden sich 1934 rund 50 Meliorationsvorhaben in einer Größe von rund 10 000 Morgen.

An Notstandsarbeiten wurden 1934 rund 50 Meliorationen ausgeführt. Bei diesen handelte es sich um den Ausbau von Vorflut, Ausführung von Dränagen, sowie um Anlage von Folgereinrichtungen. Außerdem wurden rund 230 000 lfd m Vorflutgräben in 40 Genossenschaften geräumt und 670 Morgen Moorflächen mit sehr gutem Erfolge umgebrochen, gedüngt und neu angesät.

Bei vorstehenden Arbeiten sind bis 500 Mann beschäftigt gewesen. Für die Ausführung von Winterarbeiten sind 41 Anträge gestellt worden; hierunter befinden sich 4 Anträge auf Ausbeutung von Mergel. Für diese Winterarbeiten sind 38 600 Tagewerke vorgesehen gewesen.

Im *Rechnungsjahr 1935* sind 12 Anschlußentwürfe an bestehende Wassergenossenschaften des Kreises in einer Gesamtgröße von rund 500 ha aufgestellt und der Kreisbauernschaft bzw. dem Kulturbaubeamten II zur Prüfung vorgelegt worden. Ferner wurde ein Entwurf für die neu zu bildende Wassergenossenschaft „Drän- und Entwässerungs-Genossenschaft Neu-Rosenthal“ in einer Gesamtgröße von rund 328 ha aufgestellt. Die Ostpreussische Landgesellschaft hat einen Entwurf für die neu zu bil-

dende Wasser-Genossenschaft Unterhaltungs-Genossenschaft Philippsdorf eingereicht.

37 Meliorationsentwürfe in einer Gesamtgröße von rund 2265 ha sind neu aufzustellen. Die Fertigstellung dieser Entwürfe wird voraussichtlich im Rechnungsjahre 1936 abgeschlossen sein.

An Endabrechnungen aus dem Sofort-Papen- und Reinhardt-Programm sind bisher 8 Maßnahmen abgerechnet, 11 Maßnahmen befinden sich in der Bearbeitung, 7 Maßnahmen liegen dem Regierungs-Präsidenten (Gemeindeprüfungsamt) vor.

Die Meliorationstätigkeit im Kreise Rastenburg beschränkte sich im Jahre 1935 in erster Linie auf die Fortführung und Beendigung der Winterarbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1934/35 und zwar handelt es sich hierbei um kleinere Meliorationsvorhaben, wie Vorflutbeschaffung, Folgeeinrichtungen, Ausführung von Binnenentwässerung (Röhren und Faschinen-Dräns) Dränreparaturen, Unterhaltungsarbeiten an bereits ausgebauten Vorflutgräben. Insgesamt handelte es sich hierbei um 31 Maßnahmen bei Gemeinden bzw. Genossenschaften. Die Gesamtbaukosten für vorstehende Maßnahmen haben 129 634,36 RM betragen.

An Darlehen und Beihilfen entfallen hiervon auf die Genossenschaften

a) Darlehn	9 200,— RM
b) Beihilfen	20 250,— RM
c) Grundförderung	49 460,— RM
d) Folgeeinrichtungsbeihilfen aus den Sondermitteln 1935	28 000,— RM

Um die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten zu steuern, wurden frühzeitig die Unterlagen für die Anerkennung von Winterarbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1935/36 vorbereitet. Zur Anerkennung wurden 53 Maßnahmen vorgelegt, die fast restlos als Notstandsarbeit mit rund 47 000 Arbeitslosentagewerken anerkannt worden sind.

Die Finanzierung für diese Maßnahmen ist wie folgt vorgesehen:

a) Grundförderung	rd. 150 000,— RM
b) Eigenleistungen	rd. 75 000,— RM.

Die Arbeiten konnten jedoch erst am 9. Dezember 1935 in Angriff genommen werden, da das Arbeitsamt früher keine Arbeitslosen zuwies. Am 25. Januar 1935 befanden sich 17 Maßnahmen mit rd. 200 Arbeitslosen in der Ausführung.

Mit Rücksicht auf die stattgefundene Kontingentierung der Notstandsarbeiten dürfte es Schwierigkeiten bereiten, die anerkannten Notstandsmaßnahmen restlos in Angriff zu nehmen.

Nach dem *Jahresbericht von 1936* bestanden im Kreise Rastenburg 56 *Wassergenossenschaften* mit 55 Anschlüssen. Davon war neu gebildet:

- die Unterhaltungsgenossenschaft Philippsdorf,
- die Entwässerungsgenossenschaft Weischnuren-Kl. Neuendorf.

Entsprechend dem Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, betreffend Dränarbeiten in Ostpreußen, in dem zum Ausdruck gebracht ist, daß im Rahmen der Erzeugungsschlacht die verstärkte Inangriffnahme von Dränarbeiten mit an vordringlichster Stelle steht, sind, um genügend Projekte für die Zukunft baureif vorliegen zu haben, 22 Meliorationsentwürfe mit einer Gesamtfläche von rund 1800 ha nach außerhalb vergeben worden. Davon sind bisher fertiggestellt 13 Entwürfe mit rund 800 ha. In Bearbeitung befinden sich noch 9 Entwürfe mit rund 1000 ha.

Die fertiggestellten Entwürfe sind dem Regierungspräsidenten zur Prüfung zugeleitet worden. Bei vorstehenden Entwürfen handelt es sich um Anträge aus früheren Jahren, zum Teil noch aus dem Jahre 1913. Für das Jahr 1936 lagen 18 neue Anträge auf Aufstellung von Meliorationsentwürfen mit einer Gesamtfläche von rund 1100 ha vor.

In 36 Wassergenossenschaften wurden kulturtechnische Arbeiten ausgeführt, und zwar handelt es sich hierbei in der Hauptsache um nachfolgende Arbeiten:

- Ausführung von Binnenentwässerungsarbeiten zu Folgeeinrichtungen,
- Ausführung der Folgeeinrichtungen selbst (Umbruch, Neuansaat),
- Ausführung von Dränarbeiten entsprechend dem Herbstdränprogramm 1936,
- Ausführung von Vorflutverbesserungen bestehender Anlagen,
- Ausführung umfangreicher Dränreparaturen bzw. Neuherstellung alter Dränanlagen.

An Mitteln standen hierzu zur Verfügung:

- Grundförderung, rund 51 000,— RM,
- Sondermittel 1935, rund 36 100,— RM,
- Darlehn R. K. A., rund 61 350,— RM,
- Beihilfen (Reichslandeskulturfonds), rund 12 350,— RM,
- Restfinanzierung durch Eigenleistung der Beteiligten in bar und Materialien.

Fertiggestellt sind:

- die Folgeeinrichtungen auf einer Fläche von rund 250 ha,
- die Dränung einer Ackerfläche von rund 100 ha (Herbstdränprogramm).

Für weitere 21 Wassergenossenschaften des Kreises sind zur Ausführung von Folgeeinrichtungen 50 000,— RM aus dem Reichslandeskulturfonds bewilligt worden.

Aus dem Sofort-Papen- und Reinhardt-Programm sind 8 Maßnahmen weiter endabgerechnet, 13 Maßnahmen noch nicht fertiggestellt.

Aus den Folgeeinrichtungsbeihilfen-Sondermitteln 1934 sind 7 Maßnahmen und aus den Sondermitteln 1935 4 Maßnahmen endabgerechnet. Für 18 Maßnahmen aus den Sondermitteln 1935 sind die Abrechnungen noch fertigzustellen.

Die Prüfung der Jahresrechnungen der Wassergenossenschaften ist bei 48 Genossenschaften dem Bürgermeister i. R. Putrafky — Drengfurt und bei 5 Genossenschaften dem Gemeindeprüfungsamt übertragen worden. Außerdem wurden mit Ausnahme von 2 Genossenschaften sämtliche Kassen der Wassergenossenschaften des Kreises durch das Gemeindeprüfungsamt einer unvermuteten Revision unterzogen.

Im Berichtsjahr sind 2 kulturbautechnische Kräfte ausgeschieden. Eine ErsatzEinstellung der ausgeschiedenen Kräfte mit Kulturbautechnikern war trotz größter Bemühungen nicht möglich.

Die Zahl der im Kreise Rastenburg bestehenden Boden- und Wasserverbände hat sich im *Berichtsjahr 1937* auf 59 erhöht. Die Erhöhung der Fläche für die Dränung beträgt hierdurch 329,8318 ha, für die Wiesenmelioration einschließlich Gubergenossenschaft 1561,3960 ha. An die bestehenden Genossenschaften sind weitere 12 Anschlüsse mit einer Fläche von 587,8368 ha erfolgt (Zusammen: 2479,0646 ha). Das Soll war für die Durchführung von Landeskulturmaßnahmen für das Jahr 1937 von dem Oberpräsidenten auf 2000 ha für den Kreis Rastenburg festgesetzt.

Vorgesehen waren hierzu:

- a) aus dem Herbstdränprogramm 1936 8 Maßnahmen 187 ha
- b) Reichsmittel für Landeskultur 32 Maßnahmen 468 ha
- c) Meliorationsdauercredit R 1 35 Maßnahmen 1578,89 ha,  
zusammen also 2 233,89 ha.

An Mitteln waren hierfür bewilligt:

a) Darlehen

Herbstdränprogramm 1936 RM 61 250,— ausgezahlt 42 060,— RM  
Ostpr. Landgesellschaft RM 22 500,— ausgezahlt 22 500,— RM  
Dauercredit R 1 RM 464 390,— ausgezahlt 224 150,— RM.

b) Beihilfen

Folgeeinrichtungen Sondermittel  
1935 RM 36 600,— ausgezahlt 31 094 RM  
Reichslandeskulturfond RM 32 605,— ausgezahlt 15 650,— RM  
Vorflutausbau der Guber RM 332 000,— ausgezahlt 11 738,— RM  
Binnenentwässerung RM 26 280,— ausgezahlt 19 963,— RM  
Folgeeinrichtungen RM 30 456,— ausgezahlt 19 891,— RM  
Dränung RM 146 930,— ausgezahlt 84 795,— RM  
Grundförderung RM 23 980,— ausgezahlt 7 051,— RM  
Ostpr. Landgesellschaft RM 4 451,— ausgezahlt 4 451,— RM  
Summa: RM 1 181 442,— ausgezahlt 483 343,— RM.

Hierzu treten Eigenleistungen der Beteiligten durch Hand- und Spanndienste, sowie Barleistungen in Höhe von rund 40 000,— RM.

Infolge der Zuweisung nicht genügender Arbeitskräfte (Facharbeiter) und aus Anlaß des Sommerfrostes im Jahre 1937 konnte das aufgegebene Soll nicht restlos durchgeführt werden. Es wurden ausgeführt insgesamt rund 1 500 ha. Hiervon entfallen auf:

- a) Dränung 800 ha
- b) Binnenentwässerung und Kultivierung von Grünland 400 ha
- c) Vorflutausbau 14 km mit einer vorteilhabenden Fläche von rund 300 ha.

Summa: 1 500 ha.

Feldaufnahmen wurden für 24 Verbände bzw. Anschlüsse für eine Fläche von rund 1 000 ha gestellt.

Anträge auf Aufstellung neuer Entwürfe wurden für eine Fläche von rund 1 000 ha gestellt.

Aufgestellt und zur Prüfung vorgelegt wurden 8 Entwürfe mit einer Gesamtgröße Gesamtgröße von rund 2 000 ha.

Endabgerechnet sind:

Maßnahmen aus den Jahren vor 1933 = 6  
Maßnahmen aus dem Reinhardt-Programm = 7  
Maßnahmen aus Folgeeinrichtungen Sondermittel 1935 = 9  
Maßnahmen aus Herbstdränprogramm 1936 = 8  
Insgesamt: 30 Maßnahmen.

Zur Schaffung geordneter Verhältnisse im Haushalts-Kassen- und Rechnungswesen der Boden- und Wasserverbände des Kreises wurde mit dem 1. April v. Js. eine Gesamtrechnerstelle bei der Kreiskommunalkasse eingerichtet. Diese Einrichtung hat sich bewährt.

Die Zahl der im Kreise Rastenburg bestehenden Wasser- und Bodenverbände betrug auch im *Berichtsjahr 1938* 59. Neue Verbände sind 1938 nicht gebildet worden. An die bestehenden Genossenschaften mit einer Gesamtgröße von 2 479,0646 ha, sind 11 Anschlüsse mit einer Fläche von 883,3485 ha vollzogen.

Die von den Verbänden erfaßte Fläche beträgt insgesamt 3 362,4131 ha. Durch die Tätigkeit des Kreiswiesenbauamtes sind in der Berichtszeit folgende Meliorationen auf genossenschaftlichem Wege durchgeführt worden:

Ackerdränung 812 ha,  
Entwässerung durch offene Gräben 85 ha,  
Gründlandentwässerung durch Dränung 272 ha,  
kultivierte Gründlandflächen 331 ha  
zusammen: 1 500 ha.

An Mitteln wurden bewilligt: 214 305,— RM, ausgezahlt: (einschließlich Bewilligungen aus Vorjahren) 288 380,— RM.

Ferner sind zu diesen Maßnahmen von den Beteiligten Eigenleistungen durch Hand- und Spanndienste im Werte von rund 35 000 RM aufgewendet.

An privaten Einzelmeliorationen sind durchgeführt:

Gründlandkultivierung 35 ha,  
Dränung 100 ha  
Insgesamt 135 ha.

Insgesamt sind im Berichtsjahre demnach 1 635 ha melioriert. Es war ursprünglich beabsichtigt, eine größere Fläche zu kultivieren. Die Arbeiten wurden jedoch durch die Sommertrockenheit stark behindert, wodurch ein Abwandern der Dränarbeiter erfolgte, so daß die Herbstarbeiten weiterhin beeinträchtigt wurden.

Feldaufnahmen wurden für 5 Anschlüsse an bestehende Verbände für eine Fläche von rund 250 ha getätigt.

Anträge auf Aufstellung neuer Entwürfe wurden für eine Fläche von rund 1 100 ha gestellt.

Aufgestellt und zur Prüfung wurden vorgelegt 21 Meliorationsentwürfe in einer von 1 330,09 ha.

Die Endabrechnungen aus dem Reinhardt-, Papen- und Sofort-Programm, sowie den Folgeeinrichtungssondermitteln — 1935 sind restlos fertiggestellt und geprüft worden.

Die am 1. April 1937 für die Wasser- und Bodenverbände des Kreises eingerichtete Gesamtrechnerstelle wurde am 1. Juli 1938 mit dem kassenmäßigen Teil zur Kreiskommunalkasse überführt, während der verwaltungsmäßig zu erledigende Teil an das Kreiswiesenbauamt angegliedert wurde. Diese Trennung dient zur Schaffung geordneter Verhältnisse im Haushalt-, Kassen- und Rechnungswesen der Wasser- und Bodenverbände des Kreises.

Wenn uns auch für die weiteren Jahre von 1939—1945 Berichte über die Wasser-genossenschaften fehlen, so läßt sich aus den vorliegenden doch erkennen, welche großen Leistungen in unserem Kreis erbracht wurden.

nach den Verwaltungsberichten von 1930—1938

Nach den vorliegenden Verwaltungsberichten war der Aufgabenkreis gerade der Kreiswohlfahrtsstelle am vielfältigsten und es ist auch bezeichnend für die Entwicklung dieser Stelle, daß ihr Aufgabenkreis sich ständig weiter vergrößerte.

An erster Stelle in den Berichten steht jedoch immer das *Kreisjugendamt*. Im Jahre 1930 war das Kreisgebiet zur Durchführung von örtlichen Kontrollen und Feststellungen im Rahmen der Jugendfürsorge in 77 Bezirke eingeteilt. Für jeden dieser Bezirke waren je eine Dame und ein Herr als Vertrauensperson ehrenamtlich tätig. Im Jahre 1930 sind durch Geburten 160, durch Übernahme von auswärtigen Jugendämtern 39 und Übernahme von Einzelvormündern 11 Vormundschaften neu anhängig geworden. Damit ist bzw. wird die Amtsvormundschaft seit ihrem Bestehen ab 1. April 1924 über insgesamt 1 350 Mündel (bis Ende 1929 waren es 1 140 Mündel) ausgeübt und zwar 662 Knaben und 688 Mädchen. Im Jahre 1930 besteht die Vormundschaft über 660 Mündel, und es sind insgesamt 59 Unterhaltsprozesse gegen Erzeuger angestrengt worden. Durch den Urkundsbeamten des Kreisjugendamts sind im Jahre 1930 insgesamt 85 Beurkundungen vorgenommen und zwar eine Namenserteilung und 84 Vaterschaftsanerkennungen mit Zahlungsverpflichtungserklärung in vollstreckbarer Form. Nach Möglichkeit wird von den eingehenden Unterhaltsbeiträgen ein Teil für die Mündel als Sparguthaben für besondere Notfälle angelegt. Bisher sind 132 Sparguthaben bei der Kreissparkasse Rastenburg angelegt mit Beträgen von je 10,— bis 900,— RM. Für 105 Mündelkinder wird 1930 öffentliche Fürsorge gewährt. In 64 Fällen ist für auswärtige Jugendämter die Prozeßvertretung in Unterhaltsklagen vor dem Amtsgericht Rastenburg durch Wahrnehmung von 98 mündlichen Verhandlungsterminen ausgeübt. In 91 Fällen ist auswärtigen Jugendämtern bei der Nachforschung nach Erzeugern Hilfe geleistet worden. In 79 Fällen hat das Kreisjugendamt in seiner Eigenschaft als Gemeindegewalt den Vormundschaftsgerichten Einzelvormünder für nicht unter Amtsvormundschaft stehende Minderjährige namhaft gemacht und bei sonstigen vormundschaftsgerichtlichen Maßnahmen in 14 Fällen Gutachten abgegeben. In Kontrolle des Kreisjugendamts befinden sich 188 Pflegekinder, einschließlich 123 Kinder, die bereits unter Amtsvormundschaft des Kreisjugendamts stehen. Für 33 Pflegekinder wird öffentliche Fürsorge gewährt. Wochenfürsorge ist in 44 Fällen an hilfsbedürftige Wöchnerinnen gewährt, 8 Anträge sind abgelehnt. Im Jahre 1930 ist für 15 Kinder die Fürsorgeerziehung beantragt. Für 3 Kinder ist die Fürsorgeerziehung ausgesprochen; für 7 Kinder ist die Fürsorgeerziehung abgelehnt; für 2 Kinder schwebt das Verfahren noch und 3 Fälle sind durch Fortzug der Kinder erledigt. Für 2 Kinder ist Schutzaufsicht angeordnet worden. Das Kreisjugendamt hat in 62 Fällen in der Jugendgerichtshilfe mitgewirkt.

Der Bericht von 1931 zeigt, daß auch Lohn- und Gehaltspfändungen vorgenommen und gegen zahlungssäumige Drittschuldner Zahlungsbefehle erlassen wurden. 1931 bestand die Vormundschaft über 699 Mündel. 18 erholungsbedürftige Kinder wurden auf die Dauer von 6 Wochen in ostpreussische Erholungsheime entsandt.

Im Jahre 1932 bestand die Vormundschaft über 745 Mündel, 23 Kinder wurden auf Erholung geschickt.

1933 stieg die Zahl der Mündel auf 765, sank 1934 auf 716, stieg 1935 wieder auf 741, 1936 auf 772, 1937 nur noch 595 und 1938 nur noch 552.

Auf die weiteren Einzelheiten des Jugendamtes, dessen ganze Arbeitsvielfalt der Bericht von 1930 vermittelt, einzugehen, würde an dieser Stelle zu weit führen.

Ein weiteres Arbeitsgebiet war die *Jugendpflege*, deren besondere Ausprägung an das Bestehen der Weimarer Republik geknüpft war. Im Jahre 1930 waren dem Kreis-ausschuß für Jugendpflege 83 Jugendpflegevereine mit ca. 2 700 Mitgliedern angeschlossen. Im Jahre 1930 gestaltete sich die Jugendpflegearbeit allerdings schwierig wegen der überall vorgenommenen Etatsabstriche. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden und mit den sehr geringen Mitteln etwas zu erreichen, wurde alles Problematische (Kurse, Freizeiten) völlig zurückgestellt und die praktische Arbeit im kleinen Kreis als wesentlichste und wichtigste Aufgabe gefördert. Richtungsgebend für diese Arbeit war eine Aussprache mit den Jugendführern des Kreises, die am Jahresanfang stattfand. In dieser Tagung, die etwa 100 Führer der verschiedenen Jugendvereine vereinigte, wurden Gebiete der praktischen Jugendarbeit (Laienspiel, Puppenspiel, Volkstanz) behandelt und mit Darbietungen daraus beschlossen. Im Laienspiel hat die Aussprache u. a. den greifbaren Erfolg gehabt, daß sich die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Kreisberatungsstelle für Laienspiel ergeben hat. Der Kreisjugendpfleger in Rastenburg stellte die praktisch erprobten Spiele zusammen und veranlaßte ihre Einstellung in die Kreisbücherei zur Ansicht und Auswahl für die Vereine.

Ein Kreisjugendfest in Rastenburg, das sonst eine Reihe von Vorbereitungsarbeiten erforderte, fand aus Sparsamkeitsgründen nicht statt. Dafür sind mehrere kleinere Veranstaltungen unter Leitung des Kreisjugendpflegers in kleineren Bezirken auf dem Lande erfolgt. Es wurden unter Berücksichtigung auch der abgelegenen Vereine folgende Jugendtreffen durchgeführt bzw. unterstützt:

29. 5. 1930 Waldtreffen in Blaustein,

29. 6. 1930 Bezirkstreffen in Gr. Partsch mit Waldlauf,

31. 8. 1930 Bezirkstreffen und Tannenbergstaffel in Wenden,

29. 5. 1930 Waldlauf sämtlicher Vereine des Jugendpflegebezirks Korschen in Prassen.

31. 8. 1930 Bezirkstreffen in Prassen.

Für die Vereinssieger wurden in Form von Spielgeräten vom Kreise Preise gestiftet. Diese im Kleinen durchgeführten Treffen haben sich sehr günstig ausgewirkt. An dieser Stelle kann nur kurz darüber gesagt werden: Sie haben rein zahlenmäßig viel mehr Jugendliche erfaßt, als ein Kreisjugendfest auch mit größerer Beteiligung, und gaben den beteiligten Gruppen mehr Raum zur Entfaltung eigener Tätigkeit im Rahmen einer natürlichen Gemeinschaft. Selbstverständlich soll damit das Kreisjugendfest nicht ganz verneint werden. Es soll in bestimmten Zeitabständen, die sich von selbst ergeben, zu seinem guten Recht kommen. Auch die sportlichen Veranstaltungen am Verfassungstage im Bezirk Rastenburg und Bezirk Korschen bedeuteten in Bezug auf Beteiligung und Leistung einen Erfolg.

Im Jahre 1930 fanden 2 Sitzungen des Arbeitsausschusses für Jugendpflege statt. Es wurden 12 Staatsbeihilfen für Sportvereine von insgesamt 800,— RM erwirkt. Ferner sind Staatsbeihilfen für den Sportplatzbau Wenden, Barten, Korschen, Paaris von insgesamt 2 000 RM, sowie ein Darlehen von 1 500 RM für den Sportplatzbau Korschen, ein Darlehen von 1 000 RM für den Sportplatzbau Barten erwirkt.

In den meisten Vereinen wurden regelmäßige Übungsabende im Fußballspiel, in Leichtathletik, Turnen und im Kleinkaliberschießen abgehalten.

Eine Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen wurde im Einvernehmen mit dem Magistrat Rastenburg durchgeführt.

In stiller Arbeit ist versucht worden, weiter einzudringen in die Gebiete: Volkstanz und Volkstanz, Laienspiel und Nähstube. Gerade der Volkstanz hilft über alle Unterschiede in Bildung usw. hinweg. Der *Volkstanzkreis Rastenburg* umfaßte ca. 40 bis 50 Burschen und Mädchen, die sich aus den verschiedenen Vereinen zusammengefunden haben. Eines weiteren Ausbaues bedürfte die Nähstubenarbeit im Kreise. Die Schwierigkeit, eine geeignete Leiterin zu finden, ist recht erheblich. Ist doch die Arbeit — wie alle Jugendpflegearbeit — ehrenamtlich und erfordert dazu umfangreiche Kenntnisse. 13 Nähstuben sind vorhanden. Oft scheidet die Einrichtung auch an der Raumfrage.

Im Jahre 1931 sind dem Kreisausschuß für Jugendpflege insgesamt 86 staatlich anerkannte Jugendpflegevereine angeschlossen. Aufgelöst haben sich im Berichtsjahre 5 Vereine. Neu aufgenommen sind 8 Vereine. Alle Vereine haben neue Bescheinigungen über Anerkennung als staatliche geförderte Jugendpflegevereine zum Zwecke der Erlangung von Fahrpreismäßigung bei Wander- und Vereinsfahrten auf der Eisenbahn erhalten. Es fanden im Jahre 1931 2 Sitzungen des Arbeitsausschusses des Kreisausschusses für Jugendpflege statt, ferner verschiedene Zusammenkünfte von Jugendpflegern, Bezirksvertretern usw. — In 13 vom Kreise mit Nähmaschinen ausgerüsteten *Nähstuben* wurde emsige Nähstubenarbeit der weiblichen Jugend betrieben. — Von vielen Vereinen sind Winterfeste arrangiert worden, wobei auch Laienspiele bevorzugt wurden. Großer Beliebtheit erfreuen sich die Volkstänze, Übungsstunden werden wöchentlich einmal in der Hippelschule Rastenburg durch die Kreisjugendpflegerin abgehalten. — Aus der körperlich-jugendpflegerischen Tätigkeit im Berichtsjahr sind folgende große Veranstaltungen hervorzuheben:

#### *Bezirk Korschen:*

Am Himmelfahrtstage: Waldlaufmeisterschaft in 4 Kl. Fußballturnier Prassen von 6 Vereinen.

Am 31. 5. 1931: 1. Nationales Rasensportfest. Einweihung des neubauten modernen Sportplatzes in Korschen. (175 auswärtige Teilnehmer Ostpreußens und der Grenzmark).

Am 2. 8. 1931: Sportfest Glaubitten. Leichtathletische Wettkämpfe.

Am 16. 8. 1931: Jugendtreffen anlässlich des Verfassungstages. Leichtathletische Meisterschaften, Kleinkaliberschießsport, Schwimmen.

Am 23. 8. 1931: Sportplatzweihe Paaris. Leichtathletische Wettkämpfe usw.

Im September 1931: Dönhofstädt, Fußballsechserturnier, Beteiligung 18 Mannschaften.

#### *Bezirk Rastenburg:*

Mai: a) Waldlauf Bürgersdorf; b) Schrengen: Bezirkssportfest.

Ende Juni: a) Sportplatzweihe in Wenden; b) Bezirkssportfest.

August: Wettkämpfe anlässlich des Verfassungstages.

September: Geländelauf Drengfurth.

Die Arbeit auf dem Gebiete der Jugendpflege gestaltete sich im Krisenjahre 1931 außerordentlich schwierig. Es konnten trotz steigender Bedürfnisse nur geringe Staats- und Kreisbeihilfen ausgeschüttet werden. An Staatsbeihilfen sind insgesamt 440,— RM erlangt worden. Der Kreis hat für jugendpflegerische Zwecke insgesamt 3 050,— RM aufgewandt, einschließlich Versicherung der Vereine gegen sportliche Unfälle. Im Winterhalbjahr mußten bei der stark zunehmenden Arbeitslosigkeit wieder Sondermaßnahmen jugendpflegerischer Art für die erwerbslose Jugend durchgeführt werden. Betreuung erfolgt in einem von der Stadt hergerichteten Heim für erwerbslose Jugendliche in zwei Abteilungen für die männliche und weibliche Jugend, durch Kreisjugendpfleger und sonstige in der Jugendpflege ehrenamtlich mitwirkende Persönlichkeiten. Werkstätten-Aus- und Fortbildungskurse für die verschiedenen Berufe werden mit Unterstützung des Arbeitsamts in der Berufsschule durchgeführt.

Im Jahre 1932 gehörten dem Kreisausschuß für Jugendpflege 83 staatlich anerkannte Jugendpflegevereine an, die insgesamt 2 511 aktive Mitglieder und 618 passive Mitglieder aufwiesen. An aktiven Mitgliedern unter 21 Jahren waren vorhanden:

1 117 Jugendliche, die Turnen, Spiel und Sport treiben,

310 Jugendliche, die geistige und sittliche Jugendpflege ohne Leibesübungen trieben,

378 Jugendliche, die geistig, sittliche und sportliche Jugendpflege trieben.

Für alle Vereine sind neue staatliche Anerkennungsbescheinigungen der Regierung zur Erlangung von Fahrpreismäßigung auf der Eisenbahn beschafft worden. Die Vereine sind alle gegen Sportunfälle versichert, wofür im Berichtsjahre an Versicherungsgebühren vom Kreise 685,06 RM gezahlt wurden. Die Versicherung wurde bei 19 Sportunfällen in Anspruch genommen. Im Jahre 1932 fand eine Sitzung des Arbeitsausschusses im Kreisausschuß für Jugendpflege statt, außerdem verschiedene Zusammenkünfte von Jugendpflegern und Bezirksvertretern.

In den 13 Nähstuben wurden emsige Nähstubenarbeiten geleistet.

In der Hippelschule in Rastenburg hielt die Kreisjugendpflegerin wöchentlich einmal Übungsstunden für Volkstänze ab. Solch ein Kursus ist auch in Korschen von ihr eingeführt.

Im Jahre 1932 ist für die jugendpflegerische Betätigung im einzelnen hervorzuheben:

Die Jugendpflegebezirke Rastenburg und Korschen haben im Jahre 1932 anerkanntswerte Veranstaltungen im Interesse der sportlichen und geistigen Jugendpflege durchgeführt. Der Kreis hat für jugendpflegerische Betreuung im Berichtsjahr insgesamt 2 200,— RM verausgabt. An Staatsbeihilfen sind insgesamt 240,— RM geleistet worden. Im Winter wurde die Jugendpflege durch das weitere Ansteigen der Zahl der jugendlichen Erwerbslosen vor neue Aufgaben gestellt. Gemäß dem Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung vom 24. 12. 1932 sind in größeren Ortschaften des Kreises Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser bis zu 25 Jahren gebildet, die den Zweck haben, die jugendlichen Erwerbslosen beruflich zu vertiefen und sie geistig sowie sportlich während des Winters 4 Stunden am Tage zu betreuen.

Im Jahre 1933 und dann auch in den folgenden gibt es in den Verwaltungsberichten den Abschnitt Jugendpflege nicht mehr; sang- und klanglos fand ein vielseitiges Arbeitsfeld der Kreiswohlfahrtsstelle sein Ende.

Ein weites Betätigungsfeld bot die *öffentliche Fürsorge*, zu der auch das Kreisaltersheim, die Versorgung der Kleinrentner, die Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen, Beschäftigung Schwerbeschädigter, Krüppel usw. gehörten.

Im Jahre 1930 betrug der Gesamtaufwand für die öffentliche Fürsorge im Kreise Rastenburg 905 000,— RM. Hiervon entfielen auf Kleinrentner der Stadt Rastenburg 61 900,— RM, auf Kleinrentner der Gemeinden, einschließlich Barten und Drengfurt 28 400,— RM, auf Sozialrentner der Stadt Rastenburg 45 400,— RM, auf Sozialrentner der Gemeinden 43 900,— RM, auf Allgemeine Armenfürsorge der Stadt Rastenburg 112 000,— RM, auf allgemeine Armenfürsorge der Gemeinden 114 400,— RM, auf Wohlfahrtserwerbslose der Stadt Rastenburg 152 200,— RM, auf Wohlfahrtserwerbslose der Gemeinden 69 800,— RM; von dem Gesamtbetrag hat der Kreis als Bezirksfürsorgeverband 70 % = 444 500 RM aufzubringen, die Gemeinden einschließlich der Städte Rastenburg, Barten und Drengfurt 30 % = 190 500,— RM.

Im Jahre 1931 mußten insgesamt 703 000,— RM aufgebracht werden, im Jahre 1932 1 001 400,— RM. Der größte Teil des Betrages und zwar in Höhe von 366 000,— RM entfiel auf die Wohlfahrtserwerbslosen der Stadt Rastenburg. Weiterhin 120 000,— RM auf die Wohlfahrtserwerbslosen der Gemeinden, 115 000,— RM auf die allgemeine Armenfürsorge der Gemeinden und 100 000,— RM auf die allgemeine Armenfürsorge der Stadt Rastenburg.

Im Jahre 1933 ist infolge der Besserung auf dem Arbeitsmarkt ab Monat August 1933 eine Verringerung der Ausgaben für Wohlfahrtserwerbslose eingetreten. Die nicht vom Arbeitsamt in Beschäftigung untergebrachten Personen wurden vom Bezirksfürsorgeverband als Fürsorgearbeiter beschäftigt, wodurch etwa 55 000,— RM Kosten entstanden sind. Der Aufwand für Wohlfahrtserwerbslose einschließlich Fürsorgearbeiter belief sich im Rechnungsjahr 1933 auf etwa 320 000,— RM. Bei den Ausgaben für die andern Fürsorgezweige (Kleinrentner, Sozialrentner, Ortsarme, Anstaltspfleglinge usw.) ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Die gesamten Aufwendungen für sämtliche Fürsorgeempfänger werden am Ende des Rechnungsjahres etwa 890 000,— RM betragen. Hiervon hat der Kreis als Bezirksfürsorgeverband 70 % = 623 000,— RM zu tragen, während der Rest von 267 000,— RM von den Stadt- und Landgemeinden aufzubringen ist.

Im Jahre 1934 fiel der Gesamtaufwand für Wohlfahrts-Erwerbslose und Fürsorgearbeiter auf 210 000,— RM zurück.

Für 1935 ist ein so klares Bild nicht zu gewinnen, da der Jahresbericht anders abgefaßt wurde. Es heißt: „In den Wintermonaten konnte besonders in den ländlichen Bezirken eine merkliche Zunahme der Arbeitslosigkeit festgestellt werden. Die Ausgaben für diesen Fürsorgezweig werden sich im Rechnungsjahr 1935 auf etwa 80 000,— RM belaufen.“ Der Aufwand für die geschlossene Fürsorge belief sich auf 145 000,— RM.

Im Jahre 1936 schließlich hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt so günstig entwickelt, daß nur noch 34 540,— RM für Wohlfahrtserwerbslose aufgebracht werden brauchten. Die Gesamtausgabe für Fürsorgezwecke belief sich auf 558 852,— RM.

1937 kosteten die Wohlfahrtserwerbslosen nur noch insgesamt 17 570,— RM. Die Gesamtausgabe der Fürsorge betrug 454 719,— RM.

Schließlich im Jahre 1938 brauchten für Wohlfahrtserwerbslose nur noch 6 000,— RM ausgegeben werden. Die Gesamtausgabe der Fürsorge betrug 471 703,— RM.

In den Bereich der Fürsorge gehörte, wie gesagt, auch die Unterhaltung des *Kreisaltersheims*. Im Jahre 1930 wurde ein zum Heim gehörendes altes Gartenhaus umgebaut und mit 11 Personen belegt. Die Gesamtzahl der Altersheiminsassen betrug 94. Das Personal bestand aus 3 Schwestern, einer Köchin und vier Hausmädchen. Die ärztliche Versorgung erfolgte durch den Kreiskommunalarzt oder seinen Stellvertreter.

1931 betrug die Zahl der Heim-Insassen 92, 1932: 95, an die Stelle der Köchin ist eine Wirtschafterin getreten, 1933: 95, 1934: 92, 1935: 90, es ist zusätzlich ein fünftes Hausmädchen eingestellt worden, die ärztliche Versorgung erfolgte durch Medizinalrat Dr. Franke, 1936: 88, 1937: 80, die eine der drei Schwestern ist als leitende Schwester in dem Heim tätig, 1938: 83, das Personal besteht jetzt aus der leitenden Schwester, einer Pflegeschwester, 2 Wirtschafterinnen und 4 Hausgehilfinnen. Die ärztliche Betreuung hatte Medizinalrat Dr. Tolksdorf.

Die schreckliche *Bilanz des 1. Weltkrieges* spiegelt sich in der Fürsorge für die *Kriegshinterbliebenen* wider. Danach hatte der Kreis Rastenburg im Jahre 1930 zu versorgen: 459 Kriegerwitwen, 569 Kriegerhalbwaisen, 80 Kriegervollwaisen, 612 Kriegseltern, 3 Witwenbeihilfeempfänger, 8 Waisenbeihilfeempfänger, 29 Witwen nach dem Kriegspersonenschädengesetz, 25 Waisen nach dem Kriegspersonenschädengesetz, 1 Waisenbeihilfeempfänger nach dem Kriegspersonenschädengesetz. Neu bewilligt sind noch im Jahre 1930: 2 Witwenrenten, 3 Witwenbeihilfen, 6 Waisenrenten, 6 Waisenbeihilfen, 46 Elternrenten bzw. Beihilfen. Neu beantragt wurden 1930: 2 Witwenrenten, 3 Witwenbeihilfen, 6 Waisenrenten, 6 Waisenbeihilfen, 86 Elternrenten bzw. Beihilfen, 8 Ausgleichszulagen, 4 Beihilfen infolge entwerteter erhaltener Abfindung durch Wiederverheiratung, 3 Darlehen aus dem Schwerbeschädigtenfond, 2 Kapitalabfindungen, 29 Berufsausbildungsbeihilfen. Außerdem erhielten 1930 Zusatzrenten: 88 Kriegerwitwen den vollen Betrag der Zusatzrente, 1 Kriegerwitwe den halben Betrag der Zusatzrente, 39 Kriegerwitwen mit 60 % der Vollrente, 161 vaterlose Waisen den vollen Betrag der Zusatzrente, 10 vaterlose Waisen den halben Betrag der Zusatzrente, 18 elternlose Waisen den vollen Betrag der Zusatzrente, 128 Elternteile den vollen Betrag der Zusatzrente, 36 Elternpaare den vollen Betrag der Zusatzrente, 4 Empfängerinnen von Waisenbeihilfe den vollen Betrag der Zusatzrente, 6 Empfänger von Waisenbeihilfe den vollen Betrag der Zusatzrente, 2 Empfänger von Waisenbeihilfe den halben Betrag der Zusatzrente. In Kontrolle befanden sich 1930 außerdem 652 Kriegsbeschädigte, davon sind 455 unter 50 % beschädigt und 118 über 50 % beschädigt. Bei 79 Kriegsbeschädigten ist 1930 der Grad der Erwerbslosenbeschränkung noch nicht festgestellt. — An 77 arbeitslose bzw. erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte sind insgesamt 27 303,80 RM als laufende monatliche Zusatzrenten gezahlt worden. 9 Kriegsbeschädigte erhielten Darlehen aus dem Schwerbeschädigtenfond der Hauptfürsorgestelle im Gesamtbetrage von 3 250,— RM. 12 Kriegsbeschädigten wurde die Kapitalabfindung im Gesamtbetrage von 43 567,95 RM bewilligt.

Im Rahmen der Kreiswohlfahrtsstelle erfolgte auch die Tätigkeit des *Kreiskommunalarztes*, zu dessen Aufgaben es gehörte, die Infektionskrankheiten in der Bevölkerung zu überwachen, die Schulen ärztlich zu betreuen, bei Ausbreitung von Infektionskrankheiten über Schulschließungen zu verfügen, Fürsorgesprechstunden für Säuglinge und Kleinkinder abzuhalten, die Kreisarmen zu betreuen, Impfungen

durchzuführen und Totenscheine auszufüllen. Gelegentlich mußten in Schwesternversammlungen Vorträge zu fachlichen Themen gehalten werden.

Ein außerordentliches reiches Betätigungsfeld hatte auch die *Kreisfürsorgerin*. Für die öffentliche Beratung und Auskunft in Fürsorgeangelegenheiten bestand eine Sprechstunde, — wöchentlich am Sonnabend von 8—1 Uhr. Diese Sprechstunde wurde rege in Anspruch genommen. Allein im Jahre 1930 standen 139 Dienstreisen und 1 640 Hausbesuche an. Im besonderen erstreckte sich die Tätigkeit aus Säuglingspflege, Klein-, Pflege- und Schulkinder-, Krüppel-, Tuberkulose- und Gefährdetenfürsorge. Teilzunehmen hatte die Kreisfürsorgerin auch an den Mütterberatungsstunden in Rastenburg, Pülz und Wenden. Auch an Schuluntersuchungen beteiligte sich die Kreisfürsorgerin. Ständig zu kontrollieren und zu beraten waren etwa 86 Krüppel. Außerdem wurden zu Diagnosezwecken die verschiedensten Untersuchungen unternommen: Im Jahre 1930 allein 185 Sputumuntersuchungen, 588 Blutsenkungsproben, 682 Tuberkulinsalbenreibungen, 644 Röntgendurchleuchtungen, 25 Röntgenaufnahmen. Je nach den Ergebnissen wurden die Patienten entweder in Heilstätten überwiesen, den erforderlichen Krankenhausbehandlungen zugeführt, in ärztliche Behandlung zurückgewiesen oder aber Kinder wurden nach der Seeheilstätte Lochstädt oder in andere Heime verschickt. Rachitischen Säuglingen und Kleinkinder, skrophulösen und tuberkulösen Schulkindern wurden 315 Kilo Lebertran und Stärkungsmittel verabfolgt. Schließlich gab es unter Leitung der Kreisfürsorgerin Zusammenkünfte (etwa jeden zweiten Monat eine) der Gemeindegewestern, die Anregung und Aussprache über Gesundheitsfürsorge und Jugendpflegearbeit brachten. Bis zum Jahre 1934 blieb diese Form der Tätigkeit der Kreisfürsorgerin bestehen. Ab 1935 war die Dienststelle aufgehoben. Die Tätigkeitsbereiche fielen auf die Leitung der Kreiswohlfahrtsstelle zurück, die zum Teil ganz neue Ressorts einrichtete, wie z. B. die Gesundheitsbehörde, die Lungenfürsorgestelle und andere.

Das *Gemeindegewesternwesen* blieb weiterhin der Kreiswohlfahrtsstelle unterstellt. Im Jahre 1936 waren im Kreise Rastenburg 23 Gemeindegewestern tätig; 11 waren davon von den Zweigvereinen des Deutschen Roten Kreuzes, 3 von evangelischen und 4 von katholischen Kirchengemeinden angestellt, während 5 braune Schwestern von der NSV angestellt waren. Der Kreis leistete an die Rechtsträger der Gemeindegewesternstationen Beihilfen. Im Jahre 1938 waren im Kreise Rastenburg 24 Gemeindegewestern tätig. Davon wurden 17 von der NSV, 3 von evangelischen und 4 von katholischen Kirchengemeinden unterhalten. Die Vermehrung der braunen Schwestern beruhte darauf, daß die 11 Gemeindegewestern des DRK vom 1. April 1938 ab von der NSV übernommen wurden.

In den Tätigkeitsbereich der Kreiswohlfahrtspflege gehörte auch die *Kreisbücherei*. Im Jahre 1930 umfaßte die Kreisbücherei Rastenburg: a) die Kreiszentralstelle, die den Bücherstand verwaltete und die Ausgabe der Bücher an Lesegruppen und Einzelleser vermittelte. b) 53 Ausgabestellen (1929 nur 44), c) 2 Standbüchereien in Korschen und Barten, d) 1 Kreisstandbücherei, die schwierigere Bücher an Einzelleser ausgab (der Kreiszentralstelle angeschlossen). Die Kreiszentralstelle beschaffte die Bücher von der Staatlichen Büchereiberatungsstelle in Königsberg und von den am Ort befindlichen Buchhandlungen nach den auf Tagungen gemeinsam mit den Leitern aller ostpreussischen Büchereien gewonnenen volksbildnerischen Gesichtspunkten. Etwa 350 Bücher sind ausgewählt, bestellt und an die Ausgabestellen ausgegeben worden.

Im Jahre 1930 sind die Bücher der Kreisbücherei etwa 2 300 Lesern zugute gekommen. Die Zahl der jugendlichen Leser hatte sich im Vergleich zum Jahre 1929 beträchtlich erhöht. Die Hauptlesezeit lag in den Monaten Oktober bis März. Von den beiden *Standbüchereien* des Kreises, *Korschen und Barten* heißt es 1930, daß sie sich in den seit der Gründung verflossenen 2 Jahren sehr gut entwickelt haben und ihren Bücherbestand mit Hilfe von Staatsbeihilfen bedeutend erweitern konnten. — Die der Kreisbücherei angeschlossene Spielberatungsstelle, die schon im Abschnitt über die Jugendpflege erwähnt wurde, hatte 1930 in etwa 25 Fällen Auskunft erteilen und Auswahlsendungen zur Verfügung stellen können. — Im Jahre 1931 war die Zahl der Ausgabestellen der Kreisbücherei auf 61 gestiegen. Der Buchbestand von 2 734 Büchern fand 2 500 Leser. Die Spielberatungsstelle führte 150 Beratungen durch. — 1932 war der Buchbestand auf 3 045 Bände angewachsen. Die Kreisbücherei enthielt bei einem Gesamtbestand von 2 849 Bänden folgende Stoffkreisgruppen: A. Reisen u. Abenteuer: 682 Bücher. U. Unterhaltungs- und Gesellschaftsromane: 396 Bücher, G. Geschichtliche Erzählungen: 575 Bücher. B. Bauern-, Dorf- und Heimatgeschichten: 340 Bücher. H. Humoristische Erzählungen und Bildergeschichten: 112 Bücher. Natur- und Tiergeschichten: 276 Bücher. Märchen, Sagen, Volksbücher, Legenden: 141 Bücher. L. Lebensbilder: 44 Bücher. D. Dramen u. Gedichte: 74 Bücher. W. Wissenschaftliche und belehrende Literatur: 45 Bücher. O. Ostpreussische Literatur: 164 Bücher. Am meisten entliehen wurden von W. Raabe, der Hungerpastor, und von Storm, Der Schimmelreiter. Dann folgten Sudermanns Frau Sorge, Hansjakobs „Wilde Kirschen“ und von Renn „Der Krieg“. Die nächste Stelle nahm von Heye „Filmjagd auf Kolibri“ ein; dann folgte von Sudermann „Der Katzensteg“. — Besonders interessant ist der Jahresbericht von 1933, der ein Licht auf die politischen Verhältnisse wirft.

Es heißt darin u. a.: „Auf Grund der ‚Schwarzen Listen‘ sind 69 Bücher ausgeschieden worden.“ Diese gehörten zum größten Teil der Standbücherei an und wurden nur an fortgeschrittene Leser ausgegeben. Etwa  $\frac{1}{3}$  aller 1933 angeschafften Bücher behandeln Ereignisse, Personen und Probleme der nationalsozialistischen Revolution. Von diesen Büchern wurden am stärksten verlangt: „Hitler, Mein Kampf; Bücher über Adolf Hitler; Schenzingers Hitlerjunge Quex und Günters, Deutsche Rassenkunde“. 45 Ortschaften des Kreises wurden mit je 30—50 Bänden der Kreisbücherei bedacht. Etwa 350 Bände sind 1933 an das weibliche RAD-Lager in Rastenburg, das weibliche RAD-Lager in Jeesau, das männliche RAD-Lager in Rastenburg und die Hitler-Jugend in Rastenburg zur Ausgabe gelangt. Folgende Bücher sind vom männlichen RAD-Lager Rastenburg am meisten gelesen worden: 1. Bröger, Bunker 17. 2. Steinart, Der Hauptmann. 3. Jünger, In Stahlgewittern. 4. Luckner, Seeteufel. 5. Dwinger, Die Armee hinter Stacheldraht. 6. Dwinger, Zwischen Weiß und Rot. 7. Beumelburg, Gruppe Boesemüller. 8. Schäffer, Pour le merite. 9. Freytag, Soll und Haben. 10. Wiechert, Der Große Kurfürst. Erst an 14. Stelle steht: Richthofen, Der rote Kampfflieger; an 16. Stelle Hitler, Mein Kampf; an 17. Stelle von Löns, Der Wehrwolf.

Im Jahre 1934 stieg der Buchbestand auf 3 800 Bände an (dabei 269 Neuanschaffungen). Der Bestand der Volksspiel- und Volksmusikberatungsstelle umfaßte 265 Bände (dabei 73 Neuanschaffungen). Im Frühjahr 1934 bezog die Kreisbücherei neue Räume im Erdgeschoß des Kreishauses. Die Gemeinde Dönhofsstädt erhielt 1934 eine

ortsfeste Volksbücherei, deren Einrichtungskosten die Staatliche Büchereiberatungsstelle in Königsberg übernahm.

Im Jahre 1935 ist im Einvernehmen mit der Staatl. Büchereiberatungsstelle in Königsberg/Pr. die bisherige Bücherei des Kreises mit der *Volksbücherei der Stadt Rastenburg* zusammengelegt und im Raume der Städt. Bücherei, Kaiserstr. 12, mit der Bezeichnung „Kreisbücherei Rastenburg“ untergebracht worden. Am 1. April 1935 wurde die Bücherei von Büchereileiter Wätzel übernommen und diesem ist es gelungen, zu den bereits vorhandenen Standbüchereien in Barten, Korschen und Dönhofsstadt, eine solche in Drengfurth einzurichten. Hierzu hat die Staatliche Büchereiberatungsstelle einen Zuschuß von etwa 600,— RM, die Stadt Drengfurth einen solchen von 160,— RM geleistet. Die Einrichtung einer weiteren Standbücherei war für die Gemeinde Langheim bereits geplant. Außerdem bestanden jetzt noch 68 Ausgabestellen im Kreis. Am Ende des Jahres 1935 hatte die Kreisbücherei 4 236 Bände als festen Bestand.

1936 erhielten Leunenburger-Prassen und Langheim neue Standbüchereien. Der Bestand am 31. 12. 1936 betrug in der Kreisbücherei in Rastenburg 4 450 Bände, davon 40 % NS-Literatur. Die Volksspiel- und Musikberatungsstelle umfaßte 326 Bände, davon 82 Neuanschaffungen des Jahres 1936. Im August 1936 wurde die Kreisbücherei zusammen mit der Städtischen Volksbücherei nach den neu hergerichteten Räumen im städtischen Gebäude Schloßstraße 11/12 verlegt.

Im Jahre 1937 war das Volksbüchereiwesen aufgeteilt in 1. Ländliche Büchereien und 2. Städtische Büchereien. Neue Standbüchereien waren jetzt in Bäslack und in Sausgörken vorhanden. Die Einrichtung von Standbüchereien in Pülz, Wilkendorf, Seeligenfeld und Gr. Blaustein war in Angriff genommen. Außerdem bestanden jetzt 69 Ausgabestellen im Kreisgebiet. Die Volksbücherei in Rastenburg ist 1937 von 1 243 Lesern benutzt worden, die insgesamt 21 809 Bände ausgeliehen haben.

Das Jahr 1938 zeigt einen entscheidenden Ausbau des Büchereiwesens. Zur Kreisbücherei wird gesagt: „Zu den Aufgaben der gemeindlichen Selbstverwaltung gehört auch die Unterhaltung einer leistungsfähigen Standbücherei. Um den größeren Landgemeinden diese Aufgabe zu ermöglichen, stiftete der Kreis zusammen mit der Staatlichen Volksbüchereistelle Königsberg die Grundbestände. Im Berichtsjahr 1938 kamen auf diese Weise folgende Neugründungen zustande: Blaustein, Neu-Rosenthal, Pülz, Schönfließ, Schwarzstein, Seeligenfeld, Tolksdorf, Wenden, Wilkendorf. Damit hat sich die Zahl der Standbüchereien im Kreise auf 17 erhöht.“

In der Städtischen Volksbücherei stieg die Zahl der Leser von 1 243 auf 1 302. Die Zahl der ausgeliehenen Bände verminderte sich dagegen von 21 809 auf 20 046. Das bedeutet, daß die Massenausleihe zugunsten der individuellen Einzelausleihe zurücktrat. „Eine wichtige Sonderaufgabe der städtischen Volksbücherei Rastenburg ist die Bereitstellung von Schulungsmaterial für die Partei und ihre Gliederungen. Da die Bücherei im Berichtsjahr den diesbezüglichen Anforderungen nicht immer ganz genügen konnte, wird die Abteilung Schulungsmaterial im Rechnungsjahr 1939 noch weiter ausgebaut werden.“

Im Kreise Rastenburg bestand 1930 auch ein *Kreiswanderkino*, das von der Kreiswohlfahrtsstelle unterhalten wurde. Es besuchte vor allem die Schulen des Kreises. Eine Rundreise dauerte etwa 4 Wochen, und solche Touren wurden etwa viermal im Jahre gestartet. Wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage kam es im Jahre 1932

nur zu zwei solcher Rundreisen. Im Bericht für 1933 heißt es, daß planmäßige Veranstaltungen von Filmvorführungen nicht stattgefunden haben, da geeignetes Filmmaterial nicht vorhanden war. Es mußte erst eine „eingehende Durchprüfung im Sinne der nationalsozialistischen Volkserhebung“ stattfinden.

Im Bericht für 1934 heißt es dann, daß für den Kreis Rastenburg eine Kreisbildstelle eingerichtet worden sei. Die Leitung sei dem Lehrer Erich Bahr aus Rastenburg nebenamtlich übertragen worden. Die Kreisbildstelle habe insbesondere die Aufgabe, die Schulen mit Bild- und Filmmaterial zu Lernmittelzwecken zu versehen.

1935 verfügte die Kreisbildstelle über 6 Schmalfilmgeräte und 28 Filme. Im Einvernehmen mit dem Kreisschulrat und dem Kreisamtsleiter des NS-Lehrerbundes sind die Geräte auf folgende Bildstellenbezirke verteilt worden: Rastenburg, Korschen, Drengfurth, Barten und Pötschendorf. Durch den Kreisbildstellenleiter wurden 1935 90 Lehrkräfte des Kreises in der Handhabung des Schmalfilmgerätes ausgebildet.

Merkwürdigerweise erscheint in den folgenden Jahren bis 1938 die Bildstelle in den Jahresberichten nicht mehr, scheint also aufgelöst worden zu sein, oder wurde einer anderen Stelle angegliedert.

Mit Wirkung vom 14. Februar 1935 wurde für die Kreisverwaltung eine *Kreispressestelle* eingerichtet, die der Kreiswohlfahrtsstelle unterstand.

Mit Genehmigung der Regierung wurde außerdem am 13. Dezember 1934 für den Kreis Rastenburg, mit Ausnahme der Stadt Rastenburg, ein gemeinsames *Wohnungsamt* zur Durchführung der gemeindlichen Wohnungsaufsicht errichtet. Damit ging die Aufsicht über das Wohnungswesen bei Bestehenbleiben der allgemeinen gesetzlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden auf den Kreisausschuß über.

Zum Aufgabenbereich der Kreiswohlfahrtsstelle gehörte schließlich auch die *Kriegergräberfürsorge*. Für die Unterhaltung und Instandsetzung der im Kreise befindlichen 513 Kriegergräber wurden jährlich Mittel durch den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen zur Verfügung gestellt.

Zur Förderung der Musikpflege des Kreises ist durch Kreisausschußbeschuß vom 29. August 1938 der Landwirt Dr. Rudolf Freiherr von Schmidtseck in Woplauken zum *Kreismusikbeauftragten* (Ehrenbeamter) ernannt worden.

Im Jahre 1938 wird ferner noch über die Errichtung eines Kondensmilchwerkes in Korschen berichtet, das vorwiegend Dosenmilch und in geringem Umfange Trockenmilch herstellen sollte. Über 100 Mitarbeiter sollte das Werk beschäftigen.

Durch den Landrat erhielt die Firma Alfred Vohs G.m.b.H. in Korschen die Genehmigung zur Anlegung von zwei feststehenden Dampfkesseln für die *Dauermilchfabrik*.

Ebenso wurde 1938 den *Städtischen Betriebswerken A.G.-Rastenburg* die Erlaubnis zur Errichtung eines Vertikalkammerofens auf dem Grundstück der Städtischen Betriebswerke Rastenburg, Ludendorffstr. 9b erteilt.

Im östlichen Zipfel des Kreises mündet bei Fürstenau der *Masurische Kanal* in den Rehsauer See. Der vor Jahrzehnten begonnene Bau wird 1938 im Rahmen des nationalsozialistischen Aufbauprogramms durchgeführt. Bei Fürstenau ist die Errichtung einer besonderen Anlagestelle bzw. eines kleinen Hafens geplant.

Im Rahmen der Hauptverwaltung der Kreiskommunalverwaltung wurden ab 1934 auch *Jagd-Angelegenheiten* verhandelt. Durch das am 18. Januar 1934 in Kraft getretene Preußische Jagdgesetz wurden die jagdrechtlichen Angelegenheiten neu geregelt.

Der Schwerpunkt der Verwaltung jagdlicher Angelegenheiten liegt bei den Jägermeistern. Jägermeister für den Kreis Rastenburg war zu dieser Zeit der Landwirt von Reichel in Colbienen bei Dönhofsstädt.

Von der Hauptverwaltung betreut wurden auch die *Kreiswälder*. Der Gesamtwaldbesitz des Kreises hatte 1936 eine Größe von 310,7009 ha. Hiervon entfielen auf den Kreiswald Blaustein 158,— ha einschließlich 37,6 ha Wasserfläche; Kreiswald Heilige-linde 76,3718 ha; Kreiswald Pülz 5,0478 ha; Kreiswald Pohiebels 29,3903 ha; Kreiswald Pilwe 42,8910 ha. Durch Vertrag vom 8. Mai 1936 hat der Kreis von der Treuhandstelle für Umschuldungskredite der Provinz Ostpreußen eine an den Kreiswald Gr. Blaustein angrenzende rund 170 Morgen große Waldfläche vom Gute Pilwe, Kreis Angerburg, zum Preise von 6 702,56 RM erworben.

Die *Fischereinutzung* auf den Blausteiner Seen ist vom 1. April 1936 auf 18 Jahre an den Fischereipächter Wischniewski in Rastenburg verpachtet worden.

Ab 1936 zahlte die Fürsorgestelle Beihilfen von 15,— bis 150,— Mark aus der *Hindenburgspende*, *Volksludendorffspende*, der Nationaldankstiftung und des Landwehrpferdegelderfonds.

Im Rahmen des Vierjahresplans führte die Hauptverwaltung auch *Altmaterial-sammlungen* durch, unterstützt durch Entrümpelungsaktionen vom Luftschutz (RLB). 1937 kamen 1 440 Zentner Altpapier (Erlös: 889,— RM); 1 036 Zentner Textilabfälle (Erlös: 5 646,— RM), 10 230 Zentner Eisen-Metallabfälle (Erlös: 13 673,— RM) und 1 011 Zentner Knochen (Erlös: 5 204,— RM) zusammen.

Schließlich muß erwähnt werden, daß dem Kreis ein *Abdeckereibetrieb* in Pohiebels mit einem dazugehörigen rund 35 Morgen großen landwirtschaftlichen Grundstück gehörte, das Pächter Petermann unterhielt. Die jährliche Pacht betrug 1 006 RM.

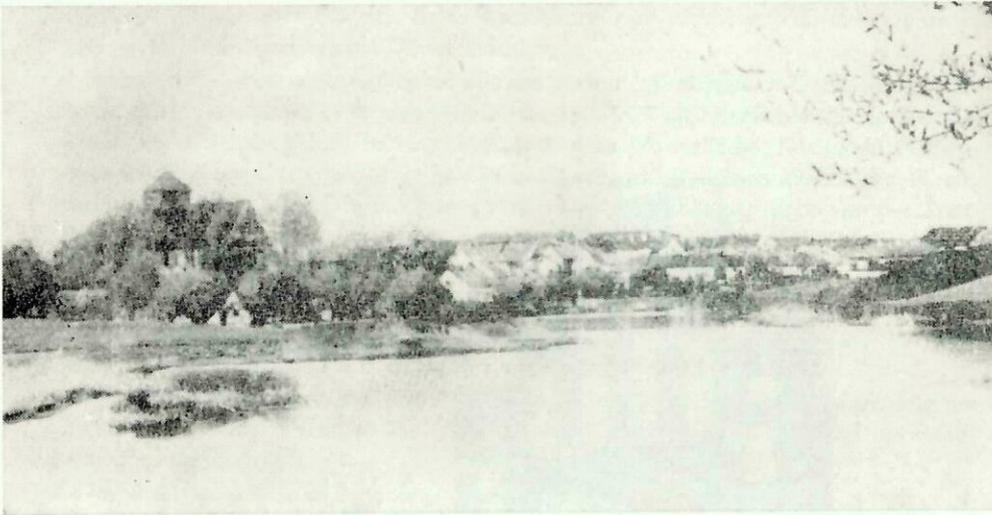
Im Jahresbericht von 1935 wird aus der Kreiswohlfahrtspflege mitgeteilt, daß die öffentliche Fürsorge nach wie vor durch Anstaltspflege erheblich belastet sei. An Pfleglingen, für die die Verwaltung aufkommen muß, sind vorhanden:

- 109 Geisteskranke in Tapiau, Kortau und Allenberg,
- 44 Schwachsinnige in Carlshof und Rastenburg,
- 28 Fallsüchtige in Carlshof,
- 11 Blinde und Taubstumme in Königsberg und Rößel,
- 47 Sieche in Angerburg, Preußisch-Eylau, Insterburg, Bischofswerder, Carlshof, und Sembeckstiftung Rastenburg.

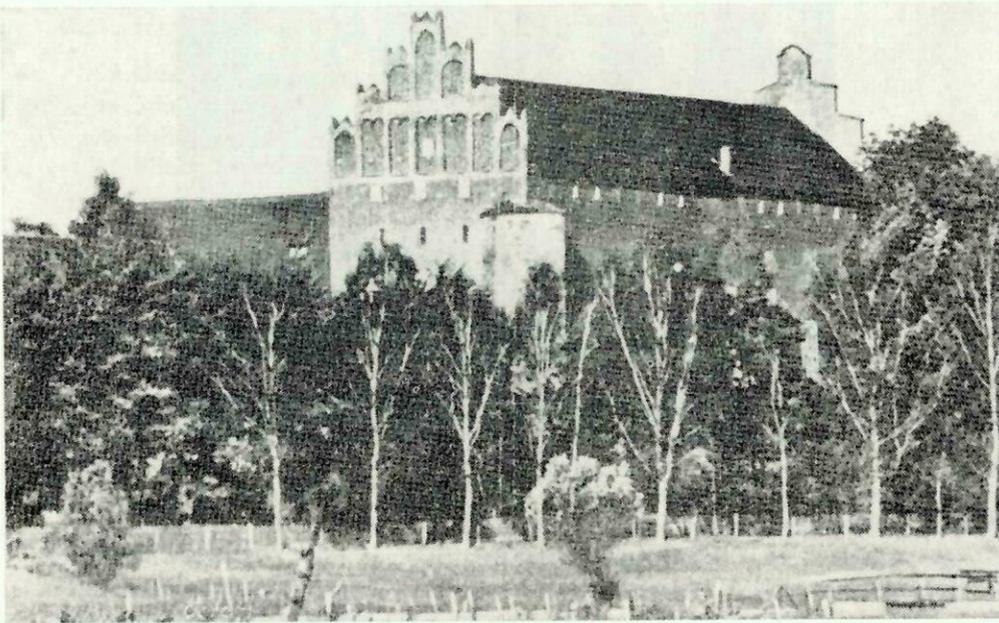
Das *Sembeck-Siechenhaus* war eine Stiftung des im Jahre 1862 in Berlin verstorbenen Justizrates Sembeck. Er vermachte der Stadt sein Vermögen im Betrage von 200 000 Mark mit der Bestimmung, daß die Zinsen zur Unterstützung armer, in Rastenburg ortsbehöriger Personen und zur Ansammlung eines Fonds zur Errichtung eines Siechenhauses verwendet werden sollten. Die Höhe dieses Fonds gestattete die Ausführung dieser letzteren testamentarischen Bestimmung aber erst im Jahre 1887. Im Jahre 1903 hatte das Siechenhaus 46 Insassen, die dort Obdach und Verpflegung fanden. Die Hauswirtschaft besorgten 2 Schwestern. Die Stiftung stand unter der Verwaltung eines Kuratoriums, zu dem nach den Bestimmungen des Testators der Direktor des Königlichen Gymnasiums, der erste Geistliche der Stadt, der jedesmalige Bürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher, sowie der erste Richter gehörten. Einen Teil des zum Bau des Siechenhauses gekauften Platzes stellte das Kuratorium seiner-



Kriegerdenkmal am Kreishaus in Rastenburg.



Blick auf Barten über den Mühlenteich (aus „Das Ostpreußenblatt“).



Die als Komtursitz geplante Bartenburg (aus „Das Ostpreußenblatt“).

zeit zum Bau des Krankenhauses unentgeltlich zur Verfügung, dessen Errichtung dadurch wesentliche Förderung erhielt.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die *Provinzialanstalt für Schwachsinnige* hingewiesen, deren Geschichte im Jahre 1903 mit folgenden Worten geschildert wird: Im Jahre 1865 mietete der Regierungs-Präsident von Saltzwedell auf Poetschendorf, Kreis Rastenburg, hierselbst ein kleines Häuschen zur Unterbringung idiotischer Kinder, für die er einen Lehrer engagierte. Herr v. Saltzwedell verstand es, die hohen und höchsten Behörden sowie Persönlichkeiten in hervorragender Stellung für seinen Plan, den Idioten der Provinz ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, in kürzester Zeit zu gewinnen. Von allen Seiten flossen reiche Geldspenden und so konnte schon im Jahre 1869 mit dem Bau des ersten Anstaltsgebäudes begonnen werden. Der jetzt (1903) vorhandene Gebäude-Komplex, auf dem 450 Idioten beiderlei Geschlechts Obdach, Verpflegung und so weit sie noch bildungsfähig sind, auch Unterricht finden, oder in den verschiedensten Handfertigkeitsarbeiten ausgebildet werden, legt das beredteste Zeugnis dafür ab, einem wie dringenden Bedürfnis durch die Gründung der Anstalt abgeholfen ist.

Zu derselben gehören 1903:

1. das an der Sembeckstraße gelegene Frauenhaus, das im Jahre 1869 neuerbaut, durch zwei Anbauten in den Jahren 1881 und 1893 bis auf seine gegenwärtige Gestaltung erweitert ist;
2. das Schulhaus;
3. an der Oberteichstraße das Männerhaus und
4. das ebendort gelegene Kinderhaus.

Dazwischen liegen verschiedene Wirtschaftsgebäude.

Die anderen auf dem angrenzenden Terrain liegenden Baulichkeiten dienen noch nicht zu Anstaltszwecken, sondern sind vermietet (1903!). Zu den vorhandenen Baulichkeiten hat die Provinz Ostpreußen namhafte Kapitalien zinsfrei und unkündbar hergegeben, indessen ist die ganze Anstalt noch nicht in den Besitz der Provinz übergegangen, steht (1903!) vielmehr unter der Verwaltung eines Kuratoriums, zu dem nach dem mit der Provinz geschlossenen Verträge der jedesmalige Landeshauptmann und ein Mitglied des Provinzialausschusses gehören muß. Im übrigen ergänzt sich das Kuratorium durch Cooptation und hat die Leitung der ganzen Anstalt seit 1900 einem besonderen Direktor übertragen. Bei etwaiger Auflösung des Kuratoriums geht die ganze Anstalt in das Eigentum der Provinz über. Bis dahin zahlt dieselbe für 360 Zöglinge, resp. Pfleglinge ein jährliches Pflegegeld von 300 Mark pro Kopf. Der Provinz Westpreußen sind unter derselben Bedingung 30 Stellen eingeräumt. Die übrigen Stellen werden von Privaten resp. Korporationen besetzt. Zu dem Anstaltspersonal gehörten 1903 außer dem Direktor ein Rektor, 2 Lehrerinnen, 3 Kindergärtnerinnen, 2 Hausväter, 2 Hausmütter, eine Oberin, 4 Handwerker, 29 Wärter resp. Wärterinnen, 15 Dienstmädchen usw.

Die Beköstigung der „Anstaltisten“ erfolgt von einer Oekonomie aus. Die Arbeitsgebiete der Anstaltseingesessenen umfassen Hausarbeit, Werkstattarbeit und Landarbeit. Die Beschäftigung im Handwerke (Schuhmacherei, Schneiderei, Bürstenbinderei) stößt bei der Eigenart der Zöglinge am meisten auf Schwierigkeiten. Es ist deshalb und aus sanitären Rücksichten seit dem Frühjahr 1903 ein erweiterter Landwirt-

schaftsbetrieb eingerichtet, dessen segensreiche Folgen sich in kurzer Zeit geltend machen dürften.

Der Schulunterricht wird in 6 Klassen erteilt. Als Anstaltsarzt fungiert der *Kreisarzt im Nebenamte*. Die Sterblichkeit der Anstaltseingesessenen ist recht groß.

Die Anstalt wurde wegen ihrer günstigen Entwicklung im Jahre 1908 als „Provinzialanstalt für Schwachsinnige“ von der Provinz übernommen.

Über die weitere Geschichte dieser Anstalt vgl. den Bericht von Direktor und Oberpfarrer Gotthard Schulz, der hauptsächlich die spätere Entwicklung der Anstalt zum Provinzial-Erziehungsheim behandelt.

### *Die staatliche Kreisverwaltung*

von Dr. phil. Rudolf Grenz

Während wir über die kommunale Kreisverwaltung auf Grund des Vorhandenseins von Berichten aus den Jahren 1930—1938 gut unterrichtet sind, ergibt sich ein fast vollständiger Mangel für die staatliche Kreisverwaltung. Zu ihr gehörten die Polizei (früher Landjägerabteilung), der Kreisarzt, der Kreisveterinär, das Hochbauamt und das Katasteramt, das Versicherungsamt und z. T. die Oberschulen. Zur staatlichen Kreisverwaltung gehörte auch die Kriegsgräberpflege, die aber, wie bereits ausgeführt, von kreiskommunalem Personal bearbeitet wurde. Dann gab es wohl einen Kreisschulrat (mit staatlicher Aufgabe), aber kein staatliches Kreisschulamt. Die Schulabteilung im Landratsamt unterstand nicht ihm, sondern dem Landrat.

Eine besondere Stellung nahm die *Polizei* ein, für die der Landrat der Kreispolizeichef war. Der Bürgermeister der Stadt Rastenburg als Stadtpolizeiverwalter unterstand in diesem Bereich dem Landrat. Leider berichtet Beckhörn gar nichts über die Geschichte der Polizei. Es hat sich bis jetzt nur die Notiz angefundnen im „Führer von Rastenburg“ von 1903:

Die Stadt ist in 4 Polizeibezirke eingeteilt, in denen am Tage 4 Sergeanten, nachts 4 Nachtwächter für die Sicherheit der Einwohner Sorge tragen. Dieselben stehen unter der speziellen Kontrolle eines besonderen Polizei-Kommissars.

Für die anderen Bereiche der staatlichen Kreisverwaltung wie etwa das Katasteramt ist nichts mehr als die ehemalige Existenz belegt.

### *Die Verwaltung der Kreisstadt Rastenburg*

nach verschiedenen Unterlagen

#### *Das Rathaus*

nach „Führer durch Rastenburg“ 1903

Ein Rathaus besaß die Stadt bereits seit ältester Zeit. Es war ein im gotischen Stile errichtetes Gebäude und stand am Alten Markt, wo 1903 die Militärsicherheitswache untergebracht war. In einem Frontispice trug das Rathaus das Wappen der Stadt, einen vor einem Walde befindlichen Eber. Einen solchen zeigt auch noch ein Siegel-

abdruck vom Jahre 1440. Später und zwar zu Anfang des 17. Jahrhunderts ist bei Anfertigung eines neuen Siegels, mutmaßlich durch einen ungeschickten Stempelschneider der Eber in einen Bären umgewandelt und so trug das letzte Wappen der Stadt, das an dem neuen Rathaus sichtbar war, einen Bären zwischen drei Tannenbäumen. Das alte Rathaus hatte einen 100 Fuß hohen Turm nebst Uhr, war im Laufe der Jahre aber so baufällig geworden, daß es etwa im Jahre 1783 abgetragen werden mußte. Die Uhr erhielt ihren Platz auf dem Glockenturm der St. Georgenkirche, wo sie bis zuletzt noch sichtbar war. An die Erbauung eines neuen Rathauses dachte man erst etwa 100 Jahre später, denn in der eigentlichen Stadt fehlte es an einem geeigneten Bauplatze und die nur langsam vorschreitende bauliche Entwicklung der äußeren Stadt ließ es lange zweifelhaft, welcher Platz für den Bau eines neuen, der modernen Zeit entsprechenden Rathauses geeignet sei. Als solchen wählte man, da sich die Stadt hauptsächlich nach der Westseite erweiterte, den jetzigen Wilhelmsplatz, wo früher nur Scheunen standen, von denen einzelne noch nicht verschwunden sind. Im Jahre 1885 entstand das heutige Rathaus, ein in rohen Backsteinen im gotischen Stile errichteter stattlicher Bau. Demselben sollten die in der Nähe befindlichen, namentlich nach der Wilhelmstraße hin stehenden Scheunen verhängnisvoll werden. Bei ihrem Brand im Jahre 1899 fiel auch ein Teil des Rathauses dem entfesselten Elemente zum Opfer. Es wurde aber im Jahre darauf in seiner ursprünglichen Gestalt wieder hergestellt. Durch das Abbrennen der Scheunen, die sich zum größten Teile bereits im Besitze der Stadt befanden, um demnächst weggeräumt zu werden, wurde hinter dem Rathause ein großer Platz frei. Er ist nach einzelnen Zukäufen der Kgl. Staats-Regierung kostenfrei überwiesen worden und fand zur Errichtung des neuen Kgl. Gymnasiums (Reformgymnasium) Verwendung. — Das Rathaus enthielt neben zwei Sälen für die Sitzungen der Stadtverordneten und zahlreichen Kommissionen, den sämtlichen städtischen Büros, Kassen und der Polizeiwache, die Wohnungen für den Bürgermeister und Kastellan.

### *Die Stadtverwaltung von Rastenburg*

nach Regierungsbaumeister Martin Modricker

Wenn wir eine kurze historische Betrachtung voranstellen, dann nur um uns über die Grundzüge der Entwicklung zu informieren. Die Nachordenszeit von 1525 bis 1625 brachte der Stadt eine lange Blütezeit. Die Stadt wuchs beträchtlich. Zu der Freiheit und der Königsberger Vorstadt trat die Angerburger Vorstadt. Im 17. Jahrhundert hatte Rastenburg bereits 2 000 Einwohner.

Doch dann begann eine Zeit des Unglücks und Niedergangs. 1625 raffte die Pest die Hälfte der Bevölkerung dahin. 1628 trat sie wieder auf, und die Pestjahre 1638, 1653, 1657 und 1658 entvölkerten die Stadt von neuem.

Außerdem ruinierten Krieg und feindliche Besatzung die städtischen Finanzen, besonders der erste und der zweite schwedisch-polnische Krieg (1629 und 1655 bis 1660). Die scharfe Anspannung der Steuern unter dem Großen Kurfürsten und die schlechte städtische Verwaltung in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts taten ein übriges, um den Wohlstand zu untergraben. Besonders die Amtstätigkeit unter dem Bürgermeister Georg Heiligendörfer 1655 bis 1667 war verhängnisvoll, weil seine Wirtschaft leichtfertig war. Im Jahre 1677 hatten die Schulden die stattliche Höhe

von 10 000 Talern erreicht, und die Stadt suchte um ein Freijahr nach, worauf sie in der Kontribution herabgesetzt wurde. Die Stadtmauer fing an einzufallen, Tore und Türme wurden brüchig, Dutzende von Bürgerhäusern standen wüst und verfielen. Die Stadt mußte ihre Dörfer Prangenau und Bürgersdorf und ihre Wälder Görlitz und Bürgersdorf verkaufen oder verpfänden. Dem tüchtigen und uneigennütigen Stadtkämmerer und späteren Bürgermeister Melchior Hippel gelang es allerdings in den Jahren 1696 bis 1723, die zerrütteten Finanzen der Stadt wieder zu ordnen und die veräußerten Wälder wieder zu erwerben.

Die Familie Hippel spielte auch im 18. Jahrhundert in der Stadt eine führende Rolle und stellte noch mehrmals den Bürgermeister. Bis in die Gegenwart hinein lebte das Andenken seines ältesten Sohnes Christoph (1690—1735) in der Stadt fort. Er starb ohne Leibeserben in Breslau und vermachte der Stadt ein Legat von 1 000 Talern. Von den Zinsen war u. a. ein Teil zu einer jährlichen „Kollation für den ganzen Magistrat und Eltesten der Bürgerschaft“ bestimmt. Diese „Hippelfeier“ des Magistrats fand bis in die letzte Zeit alljährlich in der Görlitz statt. Seinen Namen trugen Hippelstraße und Hippelschule.

Im Siebenjährigen Krieg wurde die Stadt durch die russischen Besatzungstruppen und durch einen Großbrand im Jahre 1761 schwer geschädigt. Vier Jahre dauerte es, bis der Bürgermeister den Schutt wegräumen ließ, sieben Jahre, bis der Stadtkämmerer Rechnung gelegt hatte. Die Regierung rügte, „daß hier alles so schläfrig zugehe; die Sache solle nicht wieder der Rastenburger Gewohnheit nach verschleppt werden“. Die Katharinenkirche auf der Vorstadt, die zu den ältesten Kirchen Preußens gehörte, mußte man verfallen lassen und schließlich zum Abbruch verkaufen.

Neue ungeheure finanzielle Lasten brachte der Stadt und der Bürgerschaft die Franzosenzeit von 1806 bis 1813. Besonders bei dem Durchzug der Franzosen nach Rußland im Jahre 1812 erwuchsen ihr große Kosten, da sie an der Heerstraße von Osterode nach Insterburg lag. Die Stadt hat ihren Schaden aus den Kriegsjahren später auf etwa 100 000 Taler berechnet, eine Riesensumme für damalige Verhältnisse. Dazu kamen böse Krankheiten, Stockung des Handelsverkehrs, große Dürre und Wassermangel. Der Wohlstand sank gewaltig.

Der Ausgang des unglücklichen Krieges 1806/07 hatte in Preußen die Einführung der Stein-Hardenbergschen Reformen zur Folge. In deren Zug wurde am 18. November 1808 die Städteordnung erlassen, durch die die Städte die Selbstverwaltung erhielten. Am 23. Januar 1809 wurde die *Städteordnung* feierlich eingeführt, und Rastenburg mußte seine erste Stadtverordnetenversammlung wählen. Nach heutigen Begriffen war das Wahlrecht alles andere als demokratisch. Wahlberechtigt waren nur diejenigen Bürger, die ein jährliches Einkommen von 150 Talern nachweisen konnten. Das Bürgerrecht erhielt man aber nur durch Zahlung einer bestimmten Summe.

Das sah in Rastenburg so aus: Von den 2 267 Einwohnern der Stadt hatten nur 282 das Bürgerrecht und von diesen wieder waren nur 182 wahlberechtigt. Gewählt wurden nach dem Dreiklassenwahlrecht 24 Stadtverordnete. Zwei Drittel der Gewählten mußten Hausbesitzer sein. Die erste Wahl zeigte einen klaren Sieg der Handwerker. Die Stadtverordneten hatten dann den Magistrat zu wählen. Die Sitzungen der Stadtverordneten fanden alle vier Wochen statt, anfangs auch häufiger und waren bis 1848 geheim. Ein Rathaus gab es nicht. Die erste Sitzung tagte in einem Privathaus.

Die parlamentarischen Gepflogenheiten der neugewählten Stadtväter waren in den ersten Jahren nicht gerade fein. Viele, die nicht fähig waren, ein solches Amt zu bekleiden, verloren die Lust und mußten durch Strafen gezwungen werden, an den Sitzungen teilzunehmen. Sie waren sich über ihre Rechte nicht im klaren und setzten Kommissionen für Sachen ein, die die Stadt nichts angingen. Da sie den Magistrat wählten, glaubten sie, sie könnten ihn auch absetzen bis ihnen die Regierung dies Vergnügen legte und wiederholt mahnte, mit dem Magistrat in jener Eintracht zu leben, die das wahre Wohl der Stadt dringend erfordere. Gerügt wurde auch, daß „einige Herren Stadtverordnete selbst in der Session sich unanständig betragen und gegen ihre Mitglieder Grobheiten sich bedienen“. Mit Verwunderung erfahren wir auch, daß die Stadtverordneten bei ihren Sitzungen Bier und Branntwein tranken und Tabak rauchten. Noch am 9. Januar 1811 mußte die Regierung gegen derartige Anstandswidrigkeiten Stellung nehmen.

Mit dem siegreichen Ende der Befreiungskriege setzte ein neuer stetiger Aufstieg der Stadt ein. Bei der Neueinrichtung des preußischen Staates blieb Rastenburg Sitz der Verwaltung, da es der *Hauptort des am 1. Februar 1818 neu begründeten gleichnamigen Kreises* wurde.

Mit dem Aufstieg wuchs auch die Bevölkerungszahl in der neuen Kreisstadt. 1815: 2 200; 1825: 3 500; 1845: 4 500, 1865: 5 500, 1875: 6 100, 1885: 7 200.

Es zeigte sich eine Aufstiegsentwicklung von der Kleinstadt zur Mittelstadt, die sich vor allem bei dem allgemeinen Aufschwung nach dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 zeigte. Die tüchtigen Bürgermeister Jeglinski (1875—1879), Wiewiorowski (1879—1896) und Pieper (1897—1921) verstanden, die günstigen Verhältnisse für die Stadt auszunutzen.

Besonders bedeutsam für die Stadtentwicklung war die Amtszeit des Bürgermeisters Feodor Wiewiorowski. Das im Westen gelegene Scheunenviertel, die sog. Bauernvorstadt, sowie das Oberteichviertel erhielten zahlreiche Neubauten. Größere Mittel wurden für den Erwerb von Grundstücken, für Straßenverbreiterungen sowie für die Verbesserung des Straßenpflasters aufgewendet. 1879 wurde die Straßenbeleuchtung eingerichtet. Sie bestand aus 41 Laternen auf hölzernen Pfählen. Zu Beginn der Amtszeit des Bürgermeisters Wiewiorowski kam auch endlich der Neubau des Rathauses voran. 1881 wurde ein Bauplatz am Wilhelmsplatz erworben, 1885 wurde der Bau, der von Zimmermeister Heinrich Modricker ausgeführt wurde, begonnen, 1886 wurde er bezogen.

Auch Bürgermeister Wilhelm Pieper leitete 24 Jahre hindurch mit großer Umsicht die Geschicke der Stadt. Er versagte auch nicht in der harten, schweren Zeit des ersten Weltkrieges. 1899 entstand die Gasanstalt, ein Jahr später das Fernsprechnetz. 1901/02 wurde das Wasserwerk erbaut und 1902 der neue Schlachthof. 1907/08 folgten Kanalisation und Kläranlage. Außerdem wurde eine durchgreifende Verbesserung des Straßenpflasters der Stadt vorgenommen, die Straßenzüge erhielten schwedisches Reihensteinpflaster. Besonderes Augenmerk richtete man auf Verkehrsverbesserungen. 1898, 1907 und 1911 kam es zu entscheidendem Ausbau der Kleinbahnstrecken.

Im Jahre 1910 gelang der Stadt endlich der Ankauf der Domäne, die sie für 240 000 Mark vom Fiskus erwarb. Damit kam auch das Schloß in städtischen Besitz. Es wurde völlig umgebaut und zu Wohnungen hergerichtet. Später legte man das Finanzamt in dies Gebäude. Die Wirtschaftsgebäude der Domäne, die den Zugang

vom Bahnhof zur Stadt verunzierten, wurden abgebrochen. An ihrer Stelle entstand ein schöner Schmuckplatz, für den Hermann Reschke einen Springbrunnen stiftete. Nach dem 1. Weltkrieg stand hier das Erinnerungsmal für die Rastenburg Garnison der 4. Grenadiere.

Auch wurden die romantischen Guberberge durch den Ankauf der Domäne städtisch. Später kam auch die Martinsschlucht hinzu.

Als im 1. Weltkrieg am 27. August 1914 russische Truppen in Rastenburg einrückten, blieb Bürgermeister Pieper in der Stadt. Zusammen mit einer Reihe entschlossener Männer und Frauen konnte er größeres Unheil verhüten. Der Sachschaden blieb verhältnismäßig gering; allerdings brannten das Offizierskasino und das Stadtgut Charlottenberg ab. Aber auch einige Menschenleben waren zu beklagen. Auf der Zuckerfabrik, in Carlshof und im Landgestüt wurden einige Männer erschossen. Am 2. September 1914 verließen die Russen die Stadt.

Bürgermeister Pieper war übrigens viele Jahre hindurch Schützenmeister der Schützengilde und sorgte für Anlegung des Schützengartens vor der alten Stadtziegelei.

Nach dem Umsturz am Ende des 1. Weltkrieges blieb die Stadtverwaltung unverändert. Die besonnene Haltung des Landrats von Knyphausen und des Bürgermeisters Pieper bewahrten Kreis und Stadt vor größerem Unheil. Die Parlamente von Stadt und Kreis wurden neu gewählt. In der Stadtverordnetenversammlung erhielten die Sozialdemokraten 14 Sitze, die bürgerlichen Parteien zusammen 16. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde Martin Modricker gewählt, der dieses Amt mit kurzer Unterbrechung bis 1932 innehatte. Seinem Geschick war es vor allem zu verdanken, daß die Zusammenarbeit der städtischen Körperschaften in diesen nicht gerade leichten Zeiten immer reibungslos verlief.

Im Jahre 1921 wurde Bürgermeister Pieper in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt zum Ehrenbürger ernannt und am 1. April in den Ruhestand versetzt. Er konnte auf große Erfolge in den langen Jahren seiner Amtsführung zurückblicken. Seine Tätigkeit wurde auch in der Provinz und im Reiche gewürdigt. So war er Vorstandsmitglied des Ostpreußischen Städtetages und stellvertretender Vorsitzender des Reichsstädtebundes. Ihm zur Seite standen hervorragende Mitarbeiter. Namen wie W. H. Beyer, Eduard Palfner, Carl Hundrieser, Gotthard und Hermann Reschke, Rudolf Lentz, Otto Rumey, Kalau vom Hofe, Gustav Küssner, Erdtmann, Lau und nicht zuletzt Adolf Gramberg bedeuteten etwas in ihrer Heimatstadt.

Nachfolger von Bürgermeister Pieper wurde Otto Schrock. Er war ein kluger und geschickter, redogewandter Mann; persönlich liebenswürdig, verstand er es, die Stadt bei den verschiedensten Gelegenheiten würdig zu vertreten. Bei der Bürgerschaft erfreute er sich großer Beliebtheit.

Seine Leistungen betrafen vor allem die Anregung der Bautätigkeit. Durch den Bau der Siedlungen Rasthöhe und Krauseneck entstanden ganz neue Stadtteile. Die Stadt errichtete ferner ein neues Gaswerk, modernisierte das Wasserwerk und die Kanalisation und legte ein elektrisches Ortsnetz im Anschluß an das Ostpreußenwerk an. Mit besonderer Sorgfalt nahm man sich der Schulen an. Das Lyceum wurde zum Oberlyceum ausgebaut und erhielt einen stattlichen Neubau in der Schulstraße. Ebenso wurde für die Hippelschule der Neubau in der Bismarckstraße erstellt. Die Berufsschule, Höhere Handlungsschule und Haushaltsschule fanden in der Provinzialanstalt ein Heim. Mit Stolz konnte sich Rastenburg als Stadt der Schulen bezeichnen.

Im Jahre 1929 bahnte sich der politische Umschwung an. Die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung im Herbst 1929 brachten 5 kommunistische Abgeordnete in das Stadtparlament, und in den Kreistag zog der erste Nationalsozialist ein. Am 30. Januar 1933 geschah die Machtübernahme Hitlers, die auch in Rastenburg mit Jubel aufgenommen wurde. Bald aber sollte dem Jubel die Ernüchterung folgen: Schon 1933 wurde Bürgermeister Schrock seines Dienstes enthoben, ein Jahr später auch der Landrat. Zum neuen Bürgermeister wurde Dähn gewählt. Er war ein ruhiger, stiller und gemäßigter Mann, der in der Öffentlichkeit verhältnismäßig wenig hervorgetreten ist. Er starb im Jahre 1937. Es folgte ihm Bürgermeister Lemke, der sein Amt nur kurze Zeit verwaltet hat, Soldat wurde und in der Stadt wenig Fühlung hatte. Die Geschäfte der Stadt führte der seit 1908 im Dienste der Stadt stehende Bürodirektor Fritz Medler, eine vertrauenswürdige, zuverlässige Persönlichkeit, auf deren große Erfahrung man nicht verzichten konnte.

In den Jahren nach 1933 begann die Stadt zunächst, sich weiter auszudehnen. Es entstanden die Siedlungen am Tannenwalderweg, die Hochmeisterstraße wurde bebaut und auch an der Georgstraße entstanden zahlreiche Neubauten. Bei der Neuschaffung der Wehrmacht erhielt Rastenburg zwei Bataillone und den Stab des neugebildeten Infanterie-Regiments 23 und eine Abteilung des Artillerie-Regiments 11. Die Wiedereinführung der Wehrmacht belebte auf allen Gebieten das Wirtschaftsleben; die Arbeitslosigkeit war vorüber.

Nach Kriegsbeginn erfuhr das städtische Eigenleben eine Einengung durch die Anlegung von Hitlers Hauptquartier im Rastenburg Stadtwald. Die Bahnlinie Rastenburg—Angerburg wurde gesperrt. In der Umgebung der Stadt lag viel Militär. Carlshof wurde seinen Besitzern weggenommen und als SS-Kaserne verwendet. Hitler selbst aber zeigte sich in der Stadt Rastenburg nicht ein einziges Mal. Ungeachtet dessen lagen aber viele seiner Soldaten in Bürgerquartieren. Nach dem Anschlag vom 20. Juli, dessen Explosion von vielen Leuten vernommen wurde, entwickelte sich die Kriegslage für Ostpreußen ständig bedrohlicher. Nach dem Beginn der russischen Winteroffensive im Januar 1945 nahte das Ende mit schnellem Schritt, aber niemand dachte an Evakuierung. Die Parteileitung verhinderte sie sogar. Wie sich die Stadtverwaltung zu den Befehlen der Partei verhalten hat, ist nicht bekannt; fest steht jedoch, daß niemand den Parteibefehlen zuwiderhandelte, was eigentlich das Gebot der Stunde gewesen wäre. Mit dem Einmarsch der russischen Truppen in den Morgenstunden des 27. Januar 1945 hatte die deutsche Stadtverwaltung in Rastenburg aufgehört zu bestehen. Über der Bevölkerung, die größtenteils in der Stadt verblieben war, entlud sich das Inferno der Unmenschlichkeit.

#### *Der Aufbau der Stadtverwaltung in der Kreisstadt Rastenburg*

Nach den Haushaltsplänen der Stadt Rastenburg für die Rechnungsjahre 1926—1932

Die Abteilungen der Stadtverwaltung gliederten sich nach den Haushaltsplänen von 1926—1932 in folgender Weise:

A. Betriebs- bzw. Nebenverwaltungen.

I.A. Gaswerk.

I.B. Elektrizitätsverwaltung.

- I.C. Wasserwerk.
- I.D. Kanalisation.
- II. Schlachthof.
- III. Fuhrwesen.
- IV. Park (Gartenbau und Friedhof).
- V. Forst.
- VI. Grundstücksverwaltung.
- VII. Schulverwaltung.
- VIII. Wohlfahrtspflege und Erwerbslosenfürsorge.
- IX. Wohnungsfürsorge und Mieteinigungsamt.

B. Hauptverwaltung.

- 1. Allgemeine Verwaltung.
- 2. Polizei-Verwaltung.
- 3. Bau- und Kämmereiverwaltung.
- 4. Kapital- und Schuldenverwaltung.
- 5. Steuerverwaltung.
- 6. Überschuß und Zuschüsse.
- 7. Einmalige Ausgaben.

Dazu: Außerordentliche Verwaltung.

Vom Rechnungsjahr 1928 an finden sich Gaswerk, Elektrizitätsverwaltung, Wasserwerk und Kanalisation unter Hauptverwaltung. Es werden dabei nur die Einnahmen angegeben, aber es gibt keinen detaillierten Bericht über diese Betriebe mehr. Im Haushaltsplan von 1929 hat der Haushalt eine grundsätzliche Umstellung erfahren, indem unter A I. jetzt die Hauptverwaltung läuft und unter B II.—X. die Neben- bzw. Betriebsverwaltungen. Im Jahre 1929 waren folgende planmäßige Stellen in der Hauptverwaltung vorhanden: 2 besoldete Magistratsmitglieder (davon 1 unbesetzt), 1 Rechnungsdirektor, 1 Bürodirektor, 1 Stadtbaumeister, 1 Stadtrentmeister, 1 Büroinspektor, 5 Obersekretäre, 5 Stadtsekretäre, 5 Assistenten, 2 Vollziehungsbeamte.

Von der Allgemeinen Verwaltung werden 1929 aufgezählt: Die Forstverwaltung, Fuhrwesenverwaltung, Städtische Betriebswerke, Schlachthofsverwaltung, (mit Wirkung vom 1. 8. 1928 ab ist für die Städtischen Betriebswerke eine Aktiengesellschaft gebildet worden), Gartenbauverwaltung, Friedhofsverwaltung, Schulverwaltung B. Oberlyzeum, Schulverwaltung C. Gemeindeschulen, Schulverwaltung D. Berufsschule, Schulverwaltung E. Hauswirtschaftsschule, Schulverwaltung F. Handelsschulen, Wohlfahrtspflege A. Hilfsbedürftigen- und Sozialrentnerfürsorge, Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Fürsorgestelle für Kleinrentner, Jugendfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsfürsorge und Mieteinigungsamt, Grundstücksverwaltung, Kasernenverwaltung, Bau- und Kämmereiverwaltung, Steuerverwaltung, Sembeckstiftung, Thiel'sche Stiftung, Friedrich Wilhelm III.-Stiftung, Heimstätten-Gesellschaft, G. Bankmanstiftung, A. Bankmanstiftung, Stadthospital, Stiftungsverwaltung, Stadtparkasse.

Bei der *Städtischen Polizei* bestanden 1929 folgende Stellen: a) *Bürobeamte*: 1 Büroinspektor, 1 Meldeamtsvorsteher. b) *Polizeiexekutivbeamte*: 1 Polizeioberinspektor, 1 Polizeikommissar, 13 Polizei-Hauptwachtmeister. Zur Polizei-Verwaltung wird auch die Unterhaltung der Feuerwehr und der Löschgeräte gezählt. In der Poli-

zeiabrechnung erscheinen außerdem die Pflegekosten für Polizeigefangene und die 90 RM für den Veterinärarzt Eicke für die Beaufsichtigung der Vieh- und Pferdemarkte. Außerdem wurde ein Gehalt an den Kommunalarzt als Polizeiarzt gezahlt.

Recht aufschlußreich sind die Einnahmeposten der *Bau- und Kämmereiverwaltung* im Jahre 1929: 1. Entschädigungen und Beiträge: Vom Kreis Ausschuß Rastenburg eine Beihilfe zur Verzinsung der im Jahre 1912 aufgenommenen Anleihe zur Umpflasterung der Durchgangsstraßen: 340,— RM. Von einzelnen Verwaltungen für Straßenreinigung, Gemüllabfuhr und von den betreffenden Grundstücken: 4 978,— RM. Anliegerbeiträge für Straßen- und Bürgersteiganlagen: 1 000,— RM. Von den Hausbesitzern Entschädigung für Abfuhr von Gemüll und Straßenkehrich: 5 400,— RM.

2. Von der Städt. Betriebswerke-A.-G. Miete für Benutzung der Straßen zur Rohrlegung und Beiträge zu den Straßenunterhaltungskosten: 20 000,— RM.

3. Standgelder. Für Vieh-, Pferde- und Krammärkte 400,— RM, für Wochenmärkte 4 500,— RM, für Schaubuden und Karussells: 1 000,— RM, für Aufstellen von Möbelwagen und anderen Gegenständen auf städtischen Straßen und Plätzen: 50,— RM.

4. Nutzung des Oberteichs. Für die Fischerei und Rohrnutzung vom Anglerclub „Glückauf“ 1. Juli und 1. Januar jeden Jahres halbjährlich vorher: 200,— RM. Pacht für die Eisbahn: 30,— RM. Für die Eisnutzung von der Brauerei u. a.: 150,— RM. Für das Halten von Ruderbooten: 10,— RM.

Das *Rathaus* brachte an ständigen Kosten: Ausgaben für Ausbesserungen, für Dachreparatur, für Schornsteinfegergeld, für Feuerversicherung, Wassergeld, Kanalgebühren und Steuern, Straßenreinigung und Müllabfuhr im Jahre 1929: 2 060 RM.

*Straßen- und Wegeunterhaltung* kosteten im Jahre 1929 insgesamt 18 500,— RM. Bei der *Landwirtschaftlichen Schule* stehen Einnahme und Ausgabe in gleicher Höhe einander gegenüber: 5 250,— RM.

Ebenso bei der *Handels- und höheren Handelsschule*: 21 700,— RM. Diese Schule hatte 1929 3 planmäßige Stellen.

*Hauswirtschaftsschule*: Einnahme und Ausgabe für 1929: 20 100,— RM.

*Berufsschule*: 53 700,— RM in Einnahme und Ausgabe.

Das *Reform-Gymnasium* erhielt 1929 einen Zuschuß der Stadtgemeinde in Höhe von 4 000,— RM, die *Hindenburg-Schule* (Oberlyzeum) erhielt 1929 an Staatszuschüssen: 15 000,— RM, an Stadtzuschuß: 96 700,— RM. An Schulgeld und Gebühren kassierte das Oberlyzeum von 214 einheimischen Schülerinnen: 42 800,— RM, von 180 auswärtigen Schülerinnen: 45 000,— RM. Die Hindenburgschule hatte 1929 16 Planstellen: 1 Studiendirektor, 9 Studienräte (davon 1 unbesetzt), 6 Oberschullehrer (darunter 3 weibliche).

Die *Gemeindeschulen* (Hippelschule und Luisenschule) hatten 1929 eine Gesamteinnahme von 210 500,— RM, gegenüber 206 000,— RM im Jahre 1928.

Die Städtische *Fuhrwesenverwaltung* kennt noch die Ausgabeposten: „Lohn für Kutscher“ (10 400,— RM i. J. 1929) und „Hufbeschlag der Pferde“ (550,— RM i. J. 1929).

Die *Kasernen-Verwaltung* gewann 1929 aus der Vermietung der Gebäude: 50 000,— RM. Hier war ein Kasernenwärter Komorowski angestellt. Es werden folgende Gebäude aufgezählt: Ehem. Stabsgebäude, ehem. Mannschaftshaus (rechter und linker Flügel), ehem. Wirtschaftshaus, ehem. Batterieställe I, II und III, ehem.

Reithaus, ehem. Krümperwagenschuppen, ehem. Geschützschuppen, ehem. Krankenstall, ehem. Waffenmeisterei, ehem. Beschlagschmiede, ehem. Reithaus II, ehem. Proviantamt und ein Sechs- und ein Acht-Familienhaus.

Die *Forstverwaltung* nahm 1929 139 500,— RM ein.

Die *Schlachthofsverwaltung* nahm 1929 62 000,— RM ein.

Vom Rechnungsjahr 1932 an wird der Haushaltsplan nach Haushaltsstellen gegliedert. Es wird dabei angegeben, welche Posten gegeneinander auch deckungsfähig sind. Diese Verwaltungsmethode entspricht etwa unserer heutigen.

Zum letzten Male erscheint so im Jahre 1931 eine genaue „Aufstellung der Gemeinnützigen Beihilfen pp.“, die die Hauptverwaltung der Rastenburg Stadtverwaltung zu leisten hatte.

Wir erfahren dadurch, welche Vereine und Gruppierungen eine wichtige Korrespondenzbasis zu unserer Stadtverwaltung hatten:

1. Verein der Geschichte für die Provinzen Ost- und Westpreußen (1931: 15,— RM).
2. dem Ostpr. Städtetag für 4 Stimmen, zahlbar an die Stadtparkasse hier: 644,— RM.
3. Dem Reichsstädtebund,
4. Dem Gruppenausschuß des Ostpr. Städtetages für die kreisangehörigen Städte: 1930: 40,— RM.
5. Dem Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen, Berlin W 7, Postscheckkonto 12890 zur Förderung der Jugend- und Volksspiele in Deutschland: 10,— RM.
6. Der historischen Kommission für Ost- und Westpreußen-Landesforschung: 10,— RM.
7. Der Leipziger Versicherungsanstalt für Versicherung der Stadthauptkasse gegen Einbruchsdiebstahl: 11,— RM.
8. Dem Verein „Literarische Gesellschaft Masovia“: 3,— RM.
9. Dem Deutschen Versicherungsverband Leipzig: 30,— RM.
10. Ehrensold für ehemalige Kriegsteilnehmer von 1870/71 (8 je 20,— Mark).
11. Dem Bund deutscher Bodenreformer in Berlin: 15,— RM.
12. Dem Verkehrsverein Ostpreußen an Bankhaus Samter, Königsberg: 10,— RM.
13. Der Altertumsgesellschaft Prussia in Königsberg: 10,— RM.
14. Dem Institut für Ostdeutsche Wirtschaft an die Dresdner Bank Königsberg: 15,— RM.
15. Für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege: 80,— RM (1930).
16. Zur Unterstützung gemeinnütziger Einrichtungen: 75,— RM.
17. Dem Arbeitgeberverband des Ostpr. Gemeinde- und Kommunalverbandes Königsberg: 50,— RM.
18. Dem Kulturverein Zuschuß für das Landestheater: 1 000,— RM.
19. Der Haftpflichtgemeinschaft Ostpr. Städte und Stadtanteile bei Schadensfällen: 1 000,— RM.
20. Dem Ostpr. Schulverein, Postscheckk. Königsberg 14720: 50,— RM.
21. Dem Guttemplerorden hier, z. H. des Fr. Meyer: 20,— RM (1930).
22. Der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft: 100,— RM (1930).
23. Der Hauptwohlfahrtsstelle Königsberg: 80,— RM (1930).
24. Dem Verkehrsverein Rastenburg: 20,— RM.

## Städtische Betriebswerke Rastenburg

nach Beschreibung des Reg.-Bez. Königsberg 1934

Die Städtischen Betriebswerke Rastenburg Aktiengesellschaft Rastenburg/Ostpreußen bestanden aus dem Wasserwerk, dem Kanalwerk, dem Gaswerk und dem Elektrizitätswerk.

### a) Wasserwerk

Die Anlegung einer zentralen Wasserversorgung für die Stadt Rastenburg stieß zunächst auf erhebliche Schwierigkeiten. Obwohl eine größere Anzahl von Probebohrungen, von denen einige über 100 m tief gingen, in den Jahren 1898 bis 1901 zur Untersuchung der Untergrundverhältnisse in den verschiedensten Gegenden der Stadt und ihrer näheren Umgebung abgeteuft wurden, gelang es nicht, eine grundwasserführende Schicht zu finden, die den Bedarf der Stadt decken konnte. Man fand wohl kleinere Grundwasservorkommen, die für die Einzelversorgung von Wirtschaftshöfen und Fabriken ausreichten, jedoch keinen zusammenhängenden Grundwasserstrom, wie es erforderlich gewesen wäre. Nach dreijährigen Bohrversuchen wurde dann in Galbunnen auf dem rechten Ufer der Guber eine wasserführende Schicht in etwa 40 m Tiefe erschlossen, deren Wasser artesisch unter natürlichem Druck über Tage emporstieg. Obwohl das in Frage kommende Gelände 6 km von der Stadt entfernt und verkehrstechnisch ungünstig liegt, entschloß man sich doch dazu, hier das Grundwasserwerk zu erbauen, da eine andere Möglichkeit, Grundwasser zu erschließen, nicht vorhanden war.

Für die Wassergewinnung wurden 3 Filterbrunnen gebaut, die das Wasser in je einen besonderen Sammelbrunnen lieferten. Die Pumpstation bestand damals aus 2 liegenden Dampfkesseln von je 25 qm Heizfläche und 2 Satz Plungerpumpen für Roh- und Reinwasser. Da es sich um ein stark eisenhaltiges Wasser handelt, wurde eine Enteisungsanlage in offener Bauart vorgesehen. Für die Filtration wurde eine Langsamfilteranlage errichtet. Das Wasser wurde durch eine 150 mm starke Druckleitung unter Überwindung einer manometrischen Förderhöhe von rund 123 m von der Pumpenanlage in den an der Stadtgrenze gelegenen Hochbehälter gefördert, der ein Fassungsvermögen von 250 cbm hat. Aus dem Wasserturm fließt das Wasser mit einem Überdruck von 3,5 Atmosphären dem Versorgungsgebiet zu.

Da der Wasserbedarf im Laufe der Jahre durch Anwachsen der Bevölkerung und infolge von Mehrverbrauch pro Kopf der Einwohnerschaft, bedingt durch Einführung der Kanalisation, erheblich gestiegen war, so wurde 1916 die Filter- und Enteisungsanlage auf die doppelte Leistung von 100 cbm/h vergrößert. 1927 erfolgte der Umbau der Pumpstation, die schon lange überlastet war und die in den letzten Jahren Tag und Nacht ununterbrochen in Betrieb gehalten werden mußte, um einigermaßen den Wasserbedarf zu decken, ohne jedoch hierzu in vollem Umfange in der Lage zu sein, so daß zu dieser Zeit oft großer Wassermangel in der Stadt herrschte. Es wurden 2 Pumpenaggregate für Roh- und Reinwasser aufgestellt für eine stündliche Leistung von je maximal 140 cbm. Außerordentliche Schwierigkeiten hatten sich auch bei dem Transport der Kohlen ergeben, die auf einem in den Wintermonaten kaum passierbaren Landwege herangeschafft werden mußten. Deshalb und wegen der

hohen Transportkosten für Kohle wurde als Antriebskraft ein Elektromotor von 94 PS aufgestellt, für Reservezwecke eine Dieselmachine von 86 PS. Ferner erfolgte die Verlegung einer 200 mm starken Druckleitung zum Wasserturm, um eine Reserve zu schaffen und da die vorhandene 150 mm starke Leitung nicht mehr ausreichend war. Die Ausführung der Arbeiten erfolgte durch die Firma M. Hempel, Berlin-Charlottenburg. Im Jahre 1931 ergab sich, daß die Enteisungs- und Filteranlage zur Dekkung der in den Sommermonaten auftretenden Spitzenbelastung nicht mehr ausreichte. Die im Wechsel zur Reinigung kommenden Langsamfilter mußten monatelang, um die um diese Zeit angeforderten Wassermengen bewältigen zu können, kurzfristig wieder eingeschaltet werden und konnten nicht die erforderliche Zeit in Ruhe verbleiben. Durch die dauernde Überlastung der Anlage trat auch eine für das Rohrnetz schädliche Nachenteisung in den Rohrleitungen ein. Ferner bestand die Gefahr des Wassermangels im Falle eines Feuers. Aus diesen Gründen mußte einem baldigen Umbau nähergetreten werden. Nach eingehenden Überlegungen entschloß man sich Anfang des Jahres 1933, von einer Erweiterung der 30 Jahre alten Anlage Abstand zu nehmen und wegen der niedrigeren Baukosten und betriebstechnischen Vorteile eine geschlossene Enteisungs- und Filteranlage zu erstellen. Der Bau der Anlage wurde der Firma E. Bieske A.-G., Königsberg in Preußen, übertragen. Die neue Anlage sah eine stündliche Dauerleistung von 180 cbm vor.

Durch die vollzogenen Um- und Neubauten besaß die Stadt Rastenburg ein in technischer und hygienischer Beziehung — die neuen Anlagen schlossen eine Berührung des Trinkwasser mit Menschenhänden vom Brunnen bis zu den Zapfstellen in der Stadt aus — modern eingerichtetes leistungsfähiges Wasserwerk, das den Bedarf der Bevölkerung mit einwandfreiem und gesundem Trink- und Brauchwasser auf Jahre sicherstellte. Die geförderte Wassermenge betrug im Jahre 1932 381 760 cbm.

#### b) Kanalwerk

Die Entwässerungsverhältnisse der Stadt Rastenburg waren bis Ende des vorigen Jahrhunderts sehr mangelhaft. Außer dem sogenannten Stadtgraben, der die Verbindung zwischen Oberteich und Mühlengraben bildete, und der die Regenwässer und Abwässer einer Anzahl daranliegender Gebäude aufnahm, war nur noch in der Logenstraße ein Zementrohrkanal vorhanden, der die Abwässer der daranliegenden Grundstücke in die Guber ableitete. In der Hauptsache erfolgte die Ableitung der Gebrauchs- und Regenwässer in Straßenrinnen und Sinkgruben. Die Fäkalien wurden in Gruben aufbewahrt. Den vielfach geäußerten Wünschen aus den Kreisen der Bürgerschaft folgend, beschlossen deshalb die städtischen Körperschaften im Herbst des Jahres 1900, im Interesse der weiteren Hebung des Gesundheitszustandes der städtischen Bevölkerung, der Einführung der Kanalisation näherzutreten. Nachdem das Kanalisationsprojekt Mitte des Jahres 1905 die ministerielle Genehmigung gefunden hatte, wurde mit dem Bau der Anlage, der der Firma Heinrich Scheven, Düsseldorf, übertragen war, begonnen.

Die Entwässerungsanlage wurde nach dem Trennsystem gebaut. Für die Reinigung der Abwässer waren ein Sandfang, eine Faulraumanlage, bestehend aus 3 Abteilungen für einen nutzbaren Inhalt von 1 130 cbm, und 1 Oxydationskörper vorgesehen. Das Abwasser wurde im Sandfang von den gröbsten Sink-, Schwebe- und Schwimmstoffen befreit und wurde von da aus zur weiteren Klärung durch ein Zufluß- bzw. Ver-

teilungsgerinne den einzelnen Faulraumbecken zugeführt. Die Ausräumung des Schlammes aus der Faulraumanlage erfolgte von Hand. Der Schlamm wurde in der Nähe gelagert und von hier aus zu Düngezwecken verkauft.

Da im Laufe der Jahre die Anlage den technischen Anforderungen nicht mehr entsprach und da außerdem die Einwohner der in der Zwischenzeit sich auch in Richtung Georgental/Kläranlage ausdehnenden Stadt unter starken Geruchsbelästigungen zu leiden hatten, mußte nach dem Kriege dem Kriege dem Umbau, der aus diesem Grunde bisher zurückgestellt war, nähergetreten werden. Nach einer eingehenden Orientierung über den derzeitigen Stand der Abwasserreinigungstechnik wurde von den städtischen Körperschaften der Umbau der Kläranlage nach dem Emschersystem beschlossen. Die Ausführung der Arbeiten wurde der Firma Windschild & Langelott A.-G., Königsberg Pr., übertragen und erfolgte 1927/28.

Von den 3 früheren Absitzbecken wurde ein Raum als Absitzbecken für einen Inhalt von rund 160 cbm vorgesehen. Aus der Restanlage wurden durch Einfügung einer Zwischenwand 3 Schlammfau Räume für je 270 cbm Inhalt gebaut. Das ankommende Abwasser durchfließt den Grobrechen und dann das 24 m lange Absitzbecken mit maximal 130 cbm/h während 1 ¼ Std. Innerhalb dieser Aufenthaltszeit erfolgte die Ausscheidung des größten Teils aller im Wasser enthaltenen Sinkstoffe. Das so vorgeklärte Wasser wurde dann zur Nachklärung der biologischen Anlage, deren Umbau zunächst noch zurückgestellt wurde, und von da aus in geruchs- und fäulnisfreiem Zustande der Guber zugeführt. Der im Absitzbecken zur Ausscheidung kommende Frischschlamm gleitete auf den Beton-Schrägflächen und der trichterförmig ausgebildeten Beckensohle in die am unteren Ende der Faulräume angeordneten Pumpensümpfe. Die Sümpfe sind vom Absitzraum derart getrennt, daß der bereits ausgeschiedene Schlamm mit dem Wasser nicht mehr in Berührung kommt. Der Fassungsraum der Pumpensümpfe reichte aus, um den frischen Schlamm von 7 bis 8 Tagen aufzunehmen. Zum Entfernen des Frischschlammes war in jedem Pumpensumpf ein Schlammmentnahmerohr eingebaut. Durch Öffnen des Absperrschiebers im Entnahmerohr floß der Schlamm aus den Pumpensümpfen vermöge des Überdruckes in die Schlammschlächte und von da aus mit natürlichem Gefälle nach dem Sammelbrunnen unter der Pumpstation. Über dem Sammelbrunnen war eine Pumpenanlage für etwa 15 cbm Stundenleistung, bestehend aus 1 Borsig-Ventil-Luftkompressor, auch als Vakuumpumpe arbeitend, 1 schmiedeeisernen Schlammkessel und 1 Drehstrommotor 25 PS, aufgestellt, die den Schlamm durch eine Druckleitung nach den Faulräumen beförderte. Von hier aus wurde der Schlamm nach erfolgter Ausfäulung mittels der Druckluftkesselanlage durch eine etwa 1 km lange Druckrohrleitung zum Schlamm-lagerplatz befördert. Die täglich zur Klärung kommende Abwassermenge betrug 1934 rund 1 300 cbm.

Auch mit dem Bau der Regenwasserkanalisation wurde 1905 begonnen. Der Ausbau erfolgte nach und nach und erstreckte sich auf Jahre. Die Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers erfolgte in die Guber und in den Oberteich.

#### c) Gaswerk

Das Gaswerk wurde 1899/1900 von der Firma August Klönne, Dortmund, für eine Jahresleistung von 300 000 cbm, erweiterungsfähig auf 600 000 cbm, gebaut. Für die Ofenanlage waren Horizontal-Retortenöfen vorgesehen, und zwar zunächst 1 Ofen

mit 6 Retorten und 1 Ofen mit 3 Retorten, für Erweiterungszwecke 1 Ofengehäuse für 8 Retorten. Für die Speicherung des Gases wurde ein Gasbehälter von 1 000 cbm Inhalt erstellt. Gleichzeitig mit dem Bau des Gaswerkes wurde die Gas-Straßenbeleuchtung eingerichtet, und zwar wurden 165 Straßenlampen aufgestellt. Aber nicht nur für die neue Straßenbeleuchtung wurde das Gas geliefert, sondern es fand auch bald in zahlreichen Privathaushaltungen und öffentlichen Gebäuden zu Beleuchtungs-, teilweise auch schon zu Kochzwecken Verwendung, ebenso wurde es für Kraftzwecke zum Betrieb von Gasmotoren benutzt. Durch das Anwachsen der Bevölkerung im Laufe der Jahre und durch die Verbesserung der Gasgeräte stieg die Gaserzeugung, die im ersten vollen Betriebsjahr, und zwar 1901, 278 400 Kubikmeter betrug, im Jahre 1921 bis auf 1 033 700 cbm. Zwischenzeitlich waren wiederholte Erweiterungen vorgenommen. 1908 war zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit noch ein zweiter Gasbehälter mit 2 000 cbm Fassungsvermögen erstellt worden. Im Jahre 1924 bestand die Ofenanlage aus 2 Öfen mit je 8 Retorten, 1 Ofen mit 7 Retorten und 1 Ofen mit 5 Retorten. Damals ergab sich, daß die Ofenanlage vollkommen erneuert und auch erweitert werden mußte. Da für die Instandsetzung und Erweiterung der Ofenanlage unverhältnismäßig hohe Kosten aufgewendet werden mußten, so entschloß man sich zum Bau einer modernen Vertikalkammerofenanlage mit Abhitzeverwertung, weil die Rentabilitätsberechnungen ergeben hatten, daß damit eine Verbilligung der Produktionskosten erzielt werden konnte. Die neue Vertikalkammerofenanlage, bestehend aus 5 Kammern, ist für eine Jahresleistung von 2 000 000 cbm gebaut und von der Stettiner Chamottefabrik 1924/25 errichtet worden. Infolge der im Jahre 1925 erfolgten Einführung der Elektrizität ging die Gasabgabe in den darauffolgenden Jahren erheblich zurück. 1928 betrug sie nur noch 586 800 cbm. Durch entsprechende Werbemaßnahmen wurde versucht, die Hebung des Gasabsatzes zu fördern. Mitte 1929 wurde ein Ausstellungsraum eingerichtet zur fachlichen Beratung des Publikums und Vorführung der modernsten und zweckentsprechendsten Gas- und elektrischen Geräte. Ferner wurde eine Gaslehrküche eingerichtet, in der die Hausfrauen kostenlos mit der richtigen Bedienung der Geräte zum Zwecke sparsamsten Kochens vertraut gemacht wurden. Ferner wurde der Betrieb durch Einbau einer Gasunterfeuerung mehr auf Kokserzeugung eingestellt. Leider konnten sich die getroffenen Maßnahmen nicht im beabsichtigten Umfange voll auswirken, weil dann die Wirtschaftskatastrophe, die sich in der abgetrennten Provinz Ostpreußen besonders scharf auswirkte, hereinbrach. Die Gaserzeugung betrug 1932 808 200 cbm.

#### *d) Elektrizitätswerk*

Die Elektrizitätsversorgung wurde in den Jahren 1924/25 eingerichtet. Die Anlagen wurden von der Firma Elektro-Bau-Union gebaut. Die Stromlieferung erfolgt durch das Ostpreußenwerk. Anfangs waren 2 Transformatorstationen vorhanden. Diesen wurde der Strom mit einer Spannung von 15 000 Volt zugeführt. Die Weiterleitung der elektrischen Energie erfolgt als Drehstrom 380/220 Volt durch Kabel und Freileitung. 1928 wurde der Bau einer dritten Transformatorstation durchgeführt. Die Elektrizitätsversorgung entwickelte sich befriedigend. Leider blieb jedoch die dann hereinbrechende Wirtschaftskrise nicht ohne Einfluß auf die Abgabeverhältnisse. 1932 bezifferte sich die Gesamtabgabe ohne Wasserwerk auf 634 300 kWh. Die eingebaute Transformatorleistung beträgt 420 KVA.

nach „Führer durch Rastenburg“ 1903 und Haushaltsplänen 1926—1932

Der neue Schlachthof, nach dessen Fertigstellung im Oktober 1902 der alte in der Moltkestraße gelegene Schlachthof zur Unterbringung des städtischen Fuhrparks und der Feuerwehr eingerichtet ist, befand sich in einer ausgedehnten Anlage an der Hippelstraße am Südwestrand der Stadt. Auf dem neuen Schlachthofe befanden sich außer dem Verwaltungsgebäude in 6 gesonderten Gebäuden die Schlachthallen für Groß- und Kleinvieh, Schweine und Pferde, die Freibank und die Stallungen zur einstweiligen Einstellung des Schlachtviehs. Außerdem ist noch ein besonderes Maschinenhaus mit Kühlanlagen und Vorrichtungen zur Fabrikation von Eis vorhanden gewesen. Die Verwaltung des Schlachthofes stand 1903 unter einem Tierarzt und Hallenmeister. Für den Betrieb der Maschinen sorgte ein besonderer Maschinenmeister. Auf dem vor dem Schlachthofe befindlichen Platze wurden die Vieh- und Pferdemarkte abgehalten. Sehr richtig heißt es im Jahre 1903, die ganze Anlage sei noch zu neu, als daß sich schon über ihre Rentabilität Schlußfolgerungen ziehen ließen, der alte Schlachthof habe sich jedoch so gut rentiert, daß das Anlagekapital bereits amortisiert war. Es wurden schon um 1903 jährlich durchschnittlich 900 Rinder, 300 Stück Jungvieh, 1500 Kälber, 5 200 Schweine und 3 400 Schafe resp. Ziegen geschlachtet. Der neue Schlachthof war auch an die Gasanstalt angeschlossen, ebenso an das im Jahre 1902 vollendete städtische Wasserwerk.

Nach dem Haushaltsplan von 1926 waren am Schlachthof fest angestellt: 1 Schlachthofs-Inspektor, 1 Hallen-Meister, 1 Maschinist und 1 Trichinenschauer. Für ihr Gehalt waren im Jahre 1925 16 500,— RM aufgebracht worden. Der Kreistierarzt Eicke erhielt 1925 50,— RM Aufsichtsentschädigung. Die Arbeitslöhne betragen für den Faktor 1 500,— RM, für Hilfskräfte 360,— RM. Einnahme und Ausgabe wurden für 1925 mit 52 000,— RM berechnet, für 1926 mit 24 710,— RM. Ständig abzuzahlen waren Restbaukosten für die Erweiterung der Kühlhalle, die anscheinend kurz vor 1925 erfolgt war.

Ab 1929 hatte die Leitung des Schlachthofs ein Stadtveterinärat. Kreistierarzt Eicke aber hatte nach wie vor Entschädigungen für Revision und Aufsicht kassiert. Einnahme und Ausgabe werden für 1929 mit 62 000,— RM angegeben. In diesem Jahre wurde die Kühlanlage neu eingerichtet (11 000,— RM) und eine Pflasterung der Auffahrt von der Georgstraße durchgeführt (1 500,— RM).

Im Rechnungsjahr 1930 erscheint ein neuer Kreistierarzt, Dr. Felchner. Die Zusammensetzung der übrigen Belegschaft ist in all den Jahren gleichgeblieben.

Im Jahre 1931 betrug der Haushalt in Einnahme und Ausgabe 56 900,— RM. Eine neue Viehwaage wurde angeschafft, und der Betrieb wurde Mitglied in der Unfallversicherung der Fleischereigenossenschaft Mainz. Die Revision der Kühlanlage übernahm der Dampfkesselrevisionsverein. Und im Haushaltsplan von 1932 übernahm die Gesellschaft für Eismaschinen die Revision der Eismaschinen. In Einnahme und Ausgabe wird der Haushalt für 1932 auf 43 500,— RM berechnet. Die Zahl und Art der Angestellten läßt sich nach der ab 1932 aufgetretenen Neugliederung des Haushaltsplanes nach Haushaltsstellen nicht mehr ablesen.